Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kreb, Halle

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Montag, 9. August 1926 | 6. Jahrgang • Nr. 185

Die zweite deutsche Arbeiter-Delegation in Moskau

Der SPD.-Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes für die proletarische Einheitsfront

(Inprekor.) Moskau, 4. August.

Heute ist die zweite deutsche Arbeiterdelegation mit dem Leningrader Schnellzug in Moskau eingetroffen. Von frühmorgens an sammelten sich Vertreter der verschiedensten Arbeiterorganisationen und aller größeren Betriebe Moskaus auf Bahnhöfe zum Empfang der Delegationen. Offizielle Delegierte wurden vom Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion, von den Zentralkomitees der einzelnen Industrieverbände, vom Moskauer Gewerkschaftsrat sowie von den einzelnen Moskauer Ortsverbänden entsandt.

Die gespannte Ungeduld, mit der die versammelten Arbeiter die Ankunft der Delegation erwarteten, steigerte sich zu einer unbeschreiblichen Begeisterung, als der Zug einfuhr. Die Moskauer Arbeiter liefen den Delegierten entgegen, umarmten sie. Unter den Tönen der „Internationale" bewegte sich die Gäste auf den Platz vor dem Bahnhofe, wo sofort eine Versammlung abgehalten wurde.

Im Namen des Moskauer Gewerkschaftsrates begrüßte Genosse Reichelow die Delegierten. Er erklärt: das Werk des deutschen Proletariats ist Gemeingut der Arbeitenden aller Länder. Deshalb haben die ausländischen Arbeiter volles Recht, unsere Arbeit zu kontrollieren. Wir werden Euch danken, wenn ihr neben unseren Errungenschaften auf unsere Fehler hinweisen werdet.

Genosse Zaglow erinnerte an den Besuch der ersten deutschen Delegation. Wir haben nicht vergessen, daß die erste Delegation als solche ihre Versprechen ehrlich gehalten hat. Sie erzählte den deutschen Arbeitern wahrheitsgetreu alles, was sie bei uns sah, und sie wurde deshalb auch Verfolgungen ausgesetzt. Ihr werdet die volle Möglichkeit haben, die Verhältnisse in der Sowjetunion zu untersuchen. Wir wollen die Organisation Eurer Arbeit nicht vorgreifen. Aber von Euch und wir sind überzeugt: Das Ergebnis Eurer Untersuchungen in der Sowjetunion wird das Erstarken des Bündnisses der Arbeiterklasse Deutschlands und der Sowjetunion zum Schrecken der Bourgeoisie.

Nun meldet sich ein Arbeiter aus der Metallfabrik zum Wort und erklärt: Wir arbeiten unter sehr schwierigen Verhältnissen. Die Angriffe der Imperialisten gegen uns werden nicht aufhören. Wir würden es noch schwerer haben, wenn die Arbeiter anderer Länder uns nicht unterstützten. Zu dieser Unterstützung liegt das Pfand unseres Sieges. Die deutschen Genossen werden sich über unsere Errungenschaften überzeugen; sie werden sich aber natürlich auch überzeugen, daß man den Sozialismus nicht in Pantoffelschuhen und nicht ohne Fehler zu machen, aufbauen kann. Es lebe die Einheit der deutschen und russischen Arbeiter!

Herzlich begrüßt antwortet der sozialdemokratische Vorsitzende der Delegation, Koerber, auf die Begrüßung: Wir sind Euren Gewerkschaften dankbar, daß sie uns ermöglicht haben, Eure Errungenschaften kennen zu lernen.

Bei uns in Deutschland verbreitet die bürgerliche Presse von Tag zu Tag Lügenberichte über die Sowjetunion.

Deshalb ist es sehr wichtig, daß wir nach unserer Rückkehr in die Heimat den deutschen Arbeitern die Wahrheit über Euer Land erzählen können. Wir haben acht Tage in Leningrad verbracht, wo wir sehr viel gelernt haben. Wenn wir auch nichts mehr anderes sehen würden, so könnten wir schon auf Grund dieser Eindrücke und des in Leningrad gesammelten Materials den deutschen Arbeitern sagen:

Das, was die bürgerlichen Zeitungen in Deutschland über die Sowjetunion sagen, ist Lüge. Wir begreifen, weshalb die deutsche Bourgeoisie die Arbeiter betrügt. Ohne diesen Betrug würden die deutschen Arbeiter nicht lange warten, um Euren Weg zu beschreiten.

Wir haben in Leningrad alle Seiten Eures Lebens kennen gelernt. Wir haben auch Eure Gefängnisse besucht und wir können sagen, wir würden sehr zufrieden sein, wenn bei uns die politischen Gefangenen unter den Verhältnissen gehalten würden, wie ihr die letzten Verbrecher haltet. Wir werden die Lüge, die über Euer Land verbreitet wird, zerstreuen, und wir werden aus voller Kraft zur Herstellung einer Einheitsfront des deutschen und des sowjetrussischen Proletariats beitragen. Es lebe die Einheit der Arbeiter aller Länder! Es lebe die Weltrevolution!

Nach den Begrüßungsreden des Genossen Uhlmann und der Genossin Rausch begaben sich die Delegierten in ihre Quartiere.

Ihre Untersuchungen begannen die Delegierten mit der Besichtigung der Moskauer Fabriken und der Wasserwerke.

•

Die Berichte der zweiten deutschen Arbeiterdelegation sind gerade heute, wo die deutsche Bourgeoisie zu einer neuen Lügenkampagne gegen die Sowjetunion rüstet und dabei von der SPD.-Führung nur übertroffen wird, von unschätzbarer Bedeutung. Wenn der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, der angesehene sozialdemokratische Funktionär Koerber, nur von den Lügen der deutschen bürgerlichen Presse spricht, so muß man hinzufügen, daß die Feststellungen Koerbers für die sozialdemokratische Parteipresse ebenso gelten, als für die bürgerliche. Wenn aber unter dem kombinierten Einfluß einer zerstörenden Fraktionsarbeit und der sozialdemokratischen und bürgerlichen fortgesetzten Lügenberichte und Tendenzmeldungen sogar einzelne Genossen den Glauben an die schöpferischen Kräfte des Proletariats, an seine Fähigkeit, den Sozialismus aufzubauen, zu verlieren beginnen, so mögen sie die Berichte der zweiten deutschen Arbeiterdelegation mit besonderer Gründlichkeit studieren und aus ihnen die Folgerungen ziehen.

Bezirks-Parteiarbeiterkonferenz Halle-Merseburg für die Beschlüsse des ZK. der KPD. der Sowjetunion

Wie bereits am 8. August stattgefundenen Konferenz wurde mit 77 gegen 10 Stimmen bei 13 Stimmenthaltungen folgende Entschließung angenommen:

„Die Bezirks-Parteiarbeiterkonferenz des Bezirks Halle-Merseburg der KPD. billigt vollständig die Beschlüsse des ZK. der KPD. der Sowjetunion.

Die Konferenz der Parteiarbeiter hält es für ihre Pflicht, die Parteiarbeiter erneut darauf hinzuweisen, daß es die Aufgabe eines jeden Parteigenossen ist, jeden Versuch, die Einheit der bolschewistischen Partei zu zerstören, mit allen Mitteln abzuwehren. Weil die Genossen Sinowjew geführte Opposition innerhalb der KPD. der Sowjetunion illegale Fraktionen schuf, illegale Geheimdruckerei verbreitete, illegale Versammlungen organisierte und weil Genosse Sinowjew durch seine Funktion im EKKI. Fraktionsarbeit auf die Kommunistische Internationale zu übertragen versuchte, stimmt die Bezirks-Parteiarbeiterkonferenz den Beschlüssen zu, um die Einheit der Partei Lenins und der Kommunistischen Internationale zu verteidigen. Die Opposition durch ein solches disziplinloses Vorgehen die Durchführung der Beschlüsse des 14. Parteitages der KPD. der Sowjetunion verhindert und damit die Einheit der Partei sowie die Aufrechterhaltung der Diktatur des Proletariats gefährdet.

Durch die Haltung der Opposition wird offen dokumentiert, daß sie den Boden des Leninismus verlassen hat, ihre bisherige politische Haltung aufgibt und zusammen mit den Revisionisten des Leninismus, Trotzki und Genossen, in einer Fraktion kämpft. Der Genosse Sinowjew, einer der Führer des Kampfes gegen den Trotzkismus in den Jahren 1923 und 1924, hat damit seine Kapitulation vor Trotzki — dessen politische Haltung als unvereinbar mit dem Leninismus vom 13. Parteitag verworfen wurde — vollzogen.

Die Einstellung der Opposition zeigt einen unbegreiflichen Unglauben an die Kraft des Proletariats, im engen Bündnis der Werktätigen in Stadt und Land den sozialistischen Aufbau der Sowjetunion trotz aller Schwierigkeiten zu vollbringen.

Auch in der Einschätzung des englischen Streiks weicht die Auffassung der Opposition ab von der durch die Beschlüsse der Parteitage und Komintern festgelegten, durch die Praxis als richtig erwiesenen Taktik der Einheitsfront. Die Opposition fordert den Austritt aus dem anglo-russischen Einheitskomitee, sie verlangt somit eine Taktik, die noch vom Genossen Sinowjew selbst auf dem 5. Weltkongreß als falsch bezeichnet und aufs schärfste bekämpft wurde. Durch Eingehen auf diesen Vorschlag würde die Kommunistische Internationale ihren bisher erreichten Einfluß auf große Schichten der Arbeiter verlieren, sich in eine isolierte Stellung hineinmanövrieren.

Die Bezirks-Parteiarbeiterkonferenz lehnt eine solche grundsätzlose, schwankende Politik ab. Sie sieht in dem Vorgehen des Genossen Sinowjew eine große Gefahr für die russische Partei und die Kommunistische Internationale. Die Leitung der KI. muß eine Führung haben, die unbeirrt durch alle objektiven Schwierigkeiten den Weg des Leninismus geht.

(Wir kommen auf die Konferenz noch morgen zurück.)

Für den Bolschewismus!

Berlin, 8. August.

Die Vollsitzung des Zentralkomitees der KPD. beschäftigte sich am 6. August mit den letzten Beschlüssen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Nach der Entgegennahme eines Berichts und nach einer äußerst lebhaften, zwölfstündigen Aussprache wurde die Stellungnahme des Zentralkomitees in einer ausführlichen Resolution niedergelegt. Alle Parteimitglieder müssen dieses Dokument, das wir in unserer morgigen Nummer veröffentlichen, aufmerksam studieren.

Die Diskussion im Juli-Plenum des ZK. der KP. der Sowjetunion war nur die Fortsetzung der Debatten des 14. Parteitags. Die Opposition unter Führung des Genossen Sinowjew hat die Beschlüsse des Parteitags und den Willen von 95 Prozent der Parteimitglieder nicht anerkannt, sondern sie setzten ihren Kampf mit allen Mitteln fort. Sie führte ihre falsche politische Linie bis zu den gefährlichsten Konsequenzen weiter. Sie entwickelte ihre Abweichungen in Einzelfragen zu einem politischen Gesamtsystem, das in vollkommenem Gegensatz zum Leninismus und zur bolschewistischen Partei steht. Die Opposition unter Führung des Genossen Sinowjew schloß einen prinzipienlosen Block mit Trotzki und allen Trotzkisten, mit der menschewistischen „Arbeiteropposition" und ähnlichen rechten Gruppierungen. Nicht Trotzki, der seine antileninistische Theorie der „permanenten Revolution" mit keinem Wort widerrief, kam zu Sinowjew, sondern Genosse Sinowjew und seine Anhänger gingen mit vollen Segeln zum Trotzkismus über. Sie stellten folgerichtig auch in den Fragen der Komintern eine „Kampfplattform" auf, die ein Gemisch von „linken", lektiererischen Phrasen und einer rechten, opportunistischen Politik darstellt. Darüber hinaus versuchte die „Neue Opposition" ein Netz illegaler, fraktioneller Gruppen zur Spaltung der bolschewistischen Partei zu organisieren.

Die Debatte in unserem deutschen Zentralkomitee schälte klar und scharf die beiden entgegengesetzten Standpunkte heraus:

Die Mehrheit nahm mit allen gegen 2 Stimmen für die Politik der bolschewistischen Partei und der proletarischen Diktatur Stellung. Sie bejahte den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion. Sie bejahte das feste, unverbrüchliche Bündnis zwischen dem Proletariat und dem Bauerntum. Sie bejahte den sozialistischen Charakter der Staatsindustrie im Arbeiterstaat. Sie stellte fest, daß die „Neue Oekonomische Politik" (Nep) die richtige Wirtschaftspolitik des herrschenden Proletariats ist, die nach vorwärts, zur Verwirklichung der vollständig sozialistischen Gesellschaft, und nicht nach rückwärts, zur kapitalistischen Ausbeutung, führt. Die Mehrheit verurteilte schließlich jeden Versuch, die Einheit der Leninschen Partei und damit das Bestehen der proletarischen Diktatur zu untergraben. Darum stimmte sie den Beschlüssen des Plenums einschließlich der Maßnahmen gegen die Fraktionsmacher, mit Sinowjew an der Spitze, vorbehaltlos zu und zog die notwendigen Konsequenzen für die künftige Sicherung der leninistischen Führung der Kommunistischen Internationale.

Die Minderheit, wenn man die zwei Mann starke Gruppe der Genossen Urbahns und Weber so bezeichnen kann, war im Zentralkomitee völlig isoliert. Sie vermochte der geschlossenen Mehrheit des Zentralkomitees kein einziges, ernsthaftes Argument entgegenzustellen. Die ganze Weisheit der ultralinken Wortführer erschöpft sich im Verneinen der Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus, Verneinung des Kurses auf die Festsetzung des Arbeiter- und Bauernblocks, Verneinung der proletarischen Wirtschaftspolitik, Verneinung der Parteieinheit und der Parteidisziplin. Die Ultralinken verlangen und bekämpfen alles das, was die Arbeiterklasse der Sowjetunion um den Preis der größten Opfer, im Feuer der schwersten Kämpfe erobert und aufgebaut hat. Anstatt dessen behaupten diese „Linken": In der Sowjetunion wird der Kapitalismus wieder aufgebaut; die Herrschaft besitzt nicht mehr das Proletariat, sondern der fettgewordene Nepmann und der reiche Bauer; die Arbeiterklasse verwirklicht nicht den Sozialismus, sondern sie wird geplündert, unterjocht und betrogen; die bolschewistische Partei ist nicht mehr die Vorhut der internationalen proletarischen Revolution, sondern ein Haufen von Arbeiterverrätern, die im Interesse der Kapitalisten und Kulaken die proletarische Diktatur preisgeben und die Komintern „liquidieren".

Auf diese „revolutionären" Behauptungen läuft der ultralinke Standpunkt hinaus. Jeder kommunistische Arbeiter muß begreifen, daß diese Gedanken sich durch nichts von der sozialdemokratischen Agitation unterscheiden — es sei denn durch den unsinnigen Anspruch, als „links" betrachtet zu werden. Was die Genossen Urbahns und Weber zur russischen Frage sagen, ist — bewußt oder unbewußt — das Echo des „Vorwärts". Es sind die gleichen „Argumente", mit denen die reformistischen Gewerkschaftsführer die Entsendung von Arbeiterdelegationen nach der Sowjetunion bekämpfen. Es sind die gleichen „Argumente", mit denen Kautsky und Hilferding den Zweifel am Sozialismus und den Unglauben in die proletarische Revolution zu verbreiten suchen. Es ist die Sprache des Menschewismus!

Die Zeiten sind vorüber, wo man mit solchen Behauptungen revolutionäre Arbeiter verwirren konnte. Mögen die menschewistischen Gedanken hundertmal in „linke" Phrasen verpackt sein: Unsere Kommunistische Partei Deutschlands besitzt genügend Kraft und Klassenbewußtsein, um sie richtig einzuschätzen, um sie einmütig zu bekämpfen und um sie unerbittlich zu zerschlagen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260809-16/fragment/page=0001

Dieser Kampfgeist, der Wille zur Offensive gegen den Menschewismus kennzeichnete die Sitzung unseres Zentralkomitees.

Unsere Partei hat die Ultralinken seit den Tagen des Offenen Briefes in zähem, systematischem Kampf Tag für Tag, Schritt um Schritt zurückgedrängt. Heute besteht eine erdrückende, überzeugte Mehrheit für den Leninismus. Die Ultralinken sind geistig und politisch bankrott. Sie haben die stärksten Organisationen, den größten Teil ihrer eigenen Anhänger verloren. Aus Angst vor der Abkehr jenes letzten Teils der Mitgliedschaft, der ihren linken Phrasen noch glaubt, greifen sie jetzt zu verzweifelten Maßnahmen. Sie bemühen sich, ihre vielen, zerrissenen Gruppchen zu vereinigen. Sie verbünden sich mit dem Trotzkismus, den sie jahrelang zu bekämpfen vorgaben. Sie werfen sich schließlich, geschlagen und enttäuscht, dem rechtesten Menschewismus, den Agitatoren des Kreuzzugs gegen Moskau in die Arme.

Die kommunistischen Arbeiter schreiten über sie hinweg. Es ist an der Zeit, zum Angriff gegen die Verneiner des Sozialismus überzugehen. Gegen den kleinbürgerlichen Unglauben an die proletarischen Revolution! Für den Bolschewismus!

46 Jahre Zuchthaus für zehn Kommunisten

(WTB.) **Leipzig, 7. August.**

Im Prozeß gegen die bayrischen Kommunisten wurde vom Ferienstrafsenat des Reichsgerichts am Sonnabendmittag das Urteil gefällt. Sämtliche Angeklagten wurden unter Annahme eines besonders schweren Falles nach §§ 5 und 6 des Sprengstoffgesetzes und §§ 5 und 7 des Republikschutzgesetzes verurteilt, u. a. die Angeklagten Rothärmel, Cuprian und Frank zu je 6 Jahren Zuchthaus und 600 Mk. Geldstrafe, Röger zu 10 Jahren Zuchthaus und 1000 Mk. Geldstrafe und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust, Köpf zu 7 Jahren Zuchthaus und 700 Mk. Geldstrafe, Klebsch zu 8 Jahren 4 Monaten Zuchthaus und 850 Mk. Geldstrafe, Steindl zu 3 Jahren Zuchthaus und 300 Mk. Geldstrafe, Thaler zu 2 Jahren Zuchthaus und 200 Mk. Geldstrafe. Gegen Cuprian und Klebsch wurde außerdem auf Ausweisung aus dem Reichsgebiet erkannt. Sämtlichen Angeklagten wurde ein Teil der Geldstrafen und 5 bis 7 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Die ungeheuerlichen Urteile gegen kommunistische Arbeiter gehören zu der Vorbereitung des neuen Terrorfeldzuges, der nicht nur gegen einzelne kommunistische Arbeiter, sondern gegen alle Kommunisten und revolutionären Arbeiter geführt wird. Während das Reichsgericht unerhörte Bluturteile fällt, häufen sich die Provokationen des RFB. durch die Polizei und durch die von den Polizeiorganen unterstützten Faschistenorganisationen. Kommunistische Funktionäre erhalten Drohbriefe von den Femebanditen, während Fememörder nacheinander aus der Haft entlassen werden.

Die verschärfte Kommunistenhetze auf der ganzen Linie bezweckt die Einschüchterung der Arbeiterschaft, die im Herbst weitere Lohnherabsetzungen abwehren muß und die angesichts der wachsenden Teuerung mit Recht die Forderung auf Lohnerhöhung stellt. Diese Methoden des deutschen Großkapitals sind den Arbeitern allzusehr bekannt. Allzu klar ist der Zusammenhang zwischen den Terrorurteilen, Terrormethoden und der Rationalisierungskampagne des Kapitals. Es gilt, die Antwort auf die Einschüchterungsversuche der herrschenden Klasse zu geben: Einmütiger Protest der gesamten Arbeiterklasse gegen die Schandurteile des Reichsgerichts!

Faschisten und Polizei im Bunde gegen RFB.

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf,** 9. August.

In Unterrath fand gestern eine Demonstration des Roten Frontkämpfer-Bundes statt. Auf dem Marsch zurück in die Stadt wurden sie in Stockum beschimpft und angegriffen. Als die Polizei hinzukam, kam es zu Zusammenstößen. Wie wir bis jetzt feststellen konnten, wurden etwa vier rote Frontkämpfer verwundet und über 200 Personen wurden verhaftet. Sie wurden in einer Kaserne untergebracht, wo sie bis Mitternacht vernommen wurden. 16 Personen befinden sich noch in Haft, die übrigen wurden gegen Mitternacht entlassen.

Die bürgerliche Presse meldet dazu, daß die Frontkämpfer an einem Gartenrestaurant vorübergezogen sind und von da aus beschimpft und auch angegriffen wurden. Es sind acht Personen erheblich verletzt.

•

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf,** 9. August.

Als gestern in Benrath der Demonstrationszug durch die Stadt zog, wurde in der Duisburger Straße aus der Menge, die auf der Straße stand, geschossen. Ein roter Frontkämpfer erhielt erhebliche Schußverletzungen und wurde ins Krankenhaus abtransportiert. Der Täter wurde als Stahlhelmer ermittelt und verhaftet.

Proletarische Reichsbannermitglieder für Einheitsfront

(Eig. Drahtm.) **Gera,** 9. August.

Die gestrige Antikriegskundgebung der KPD., des RFB. und des JB. war von über 7000 Personen besucht. Am Demonstrationszug beteiligten sich über 5000 Arbeiter. Reichsbanner-Kameraden gaben ihrer Solidarität durch eine Ansprache Ausdruck.

Feme-Terror gegen Kommunisten!

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 9. August.

Der Berliner Genosse und bekannte Funktionär Deutsch erhielt gestern folgendes Schreiben:

„Felix Deutsch, hüte Dich! Du bist der Feme verfallen. Bei einer der nächsten Veranstaltungen Deiner Organisation packt sie Dich! **K. K. K."**

Darunter befand sich eine Zeichnung, die einen Totenkopf mit gekreuzten Knochen und zwei Hakenkreuzen darstellte. Der Genosse wird, wie festgestellt wurde, schon längere Zeit von Faschisten bespitzelt.

Kommunistenhatz

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 9. August.

Nach Meldungen bürgerlicher Blätter ist am Sonntagvormittag in Heringsdorf ein Berliner Arzt von drei Betrunkenen erschlagen worden. Der Berliner „Lokalanzeiger" behauptet sofort in seiner Montags-Ausgabe, daß die Täter Kommunisten seien!!

Der Magdeburger Skandal

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 9. August.

Der „Montag Morgen" bringt heute Enthüllungen über den Hintermann Köllirzgs. Nach dem Bericht des Madeburger Korrespondenten des „MM." ist Kölling nur das ausführende Organ eines Landgerichtsrats Hoffmann. Hoffmann hat nach den Angaben des „MM." den vor einiger Zeit in der Presse veröffentlichten Brief Köllings an den Magdeburger Polizeipräsidenten diktiert. Kölling hat nur unterschrieben. Hoffmann ist bis zum 1. August Vorsitzender der Beschwerdekammer gewesen, die über die Haftbeschwerde des Rudolf Haas zu entscheiden hatte. Nach den Mitteilungen des „MM." war Hoffmann die einzige Person, die bei der Vernehmung des Schröder durch Kölling, in der Schröder sein Geständnis zurückzog und Haas erneut beschuldigte, zugegen war.

Der Reichsbannertag in Bitterfeld eine Pleite

(Eig. Drahtm.) **Bitterfeld,** 9. August.

Gestern fand in Bitterfeld die offizielle Verfassungsfeier des Reichsbanners Schwarz-rot-gold für den hiesigen Bezirk statt. Während im vorigen Jahre der Verfassungstag für den Bezirk in Halle begangen wurde und immerhin eine Beteiligung von **7000 bis 8000 Mann uniformierter Reichsbanner-Leute aufwies,** konnte der gestrige Verfassungstag in Bitterfeld **höchstens 1200 Mann auf die Beine bringen.** Die Bitterfelder Bevölkerung nahm kaum Notiz von dem ganzen Verfassungsrummel. Alle noch so starke Propaganda des „Volksblatt" hat nichts genützt. Das Reichs-Reichsbannerarbeiter, daß als einziger Schutz gegen die immer Reichsbannerarbeiter, daß der einzige Schutz gegen die immer stärker werdende Reaktion der Zusammenschluß aller Arbeiter, aller Werktätigen auf dem Boden des Klassenkampfes unter der roten Fahne geschehen muß.

Verfassungsrummel und Ebert-Feiern

Protest der Reichsbanner-Leute gegen das Deutschland-Lied

Gestern fand in München eine Verfassungsfeier statt, bei der der Sozialdemokrat Wels die Ansprache hielt. Er meinte, seine Liebe zum Vaterland sei niemals ein Lippenbekenntnis gewesen. Mit Bedauern stellte er fest, daß sich die bayrische Regierung dieses Jahr die Verfassungsfeier versage. — Die Reichsbannerfeier in Charlottenberg verlief nicht so störungslos, wie es sich die Initianten gedacht hatten. Als das Deutschland-Lied gespielt bzw. gesungen wurde, entstand ein großer Tumult. **Von einem großen Teil der anwesenden Reichsbannerarbeiter wurde das Deutschland-Lied mit Niederrufen und Pfeifen beantwortet.**

Gestern wurde bei Witten ein Ebert-Erzberger-Rathenau-Gedenkstein auf dem Hohenstein eingeweiht.

Ebenfalls der Ort Querum bei Braunschweig wurde mit einem Ebert-Denkmal geehrt, das von den Spitzen der Behörden zusammen mit Reichsbannerdelegationen eingeweiht wurde.

Fieberphantasien der bürgerlichen Presse

Die durch ihre russischen Schwindelmeldungen bekannte Telegraphenagentur TU. verbreitet eine Meldung, wonach der neue Chef der Staatspolizei der Sowjetunion, Menschinski, einen „Befehl zur Beschleunigung Sinowjews" erlassen habe. Die deutsche bürgerliche Presse, der jeder Blödsinn gut ist, wenn er nur der Sowjetheze dient, druckt diese Meldung natürlich ab. Selbst der „demokratische" „Montag-Morgen" bringt die Meldung, um sie dann zu widerrufen. Die Telegraphenagentur TU. ist ein Organ der deutschen Schwerindustrie. Die Zusammenhänge ergeben sich von selbst.

Poincarés Kammersieg

Paris, 7. August.

Der Senat hat die Vorlage über die Tilgungskasse und das neue Abkommen des Staates mit der Bank von Frankreich mit 281 gegen 8 Stimmen angenommen. Die Nationalversammlung in Versailles wurde auf Dienstag einberufen. Damit wird die Session schließen. Die Ferien sollen bis zum 1. Oktober [illegible]

Die sozialdemokratische Presse, so der „Vorwärts", [illegible] lich, daß die Parteien der bürgerlichen Demokratie [illegible] Steigbügel gehalten haben. Viele Jahre hindurch wurde [illegible] Bündnis mit diesen Parteien der bürgerlichen Demokratie [illegible] einzige Weg zum Fortschritt vom selben „Vorwärts" [illegible]

Praktisch bedeutet die Schaffung einer Tilgungskasse [illegible] lung der Sanierung nichts. Der Weg der Inflation ist [illegible] da Poincaré ein Mann der Schwerindustrie ist, ist es [illegible] nehmen, daß er keine Regierungsmaßnahmen gegen die [illegible] ergreifen wird.

Pilsudski mobilisiert

Die Verordnung des Staatspräsidenten, die eine [illegible] sierung des gesamten polnischen Heeres bedeutet, ist [illegible] Pilsudski wird Oberbefehlshaber der Armee im Kriege [illegible] ralinspektor des Heeres im Frieden. Der oberste Heer[illegible] hält Befugnisse, die dem Wesen nach eine vollkommene [illegible] bedeuten.

Diese höchst wichtigsten Maßnahmen sind Vorbereitungen [illegible] von England finanzierten polnischen Offensive gegen die [illegible] union. Die ganze Welt weiß davon, nur die sozialdem[illegible] Presse in Deutschland schweigt zu den Mobilisierungsmaß[illegible] Pilsudskis.

7 Jahre Zuchthaus im Prozeß Flessa

Frankfurt, 7. [illegible]

Die Krankenschwester Flessa, die bekanntlich den Ehe[illegible] Seitz erschossen hat, wurde wegen Totschlagsverdachts [illegible] lässiger Tötung zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt.

Das Urteil hat vor allem den Zweck, die Moral der [illegible] zu verewigen. Die Krankenschwester Flessa ist, soweit [illegible] der Gerichtsverhandlung den Eindruck gewinnen konnte, [illegible] eine durch pathologische Minderwertigkeitsgefühle und [illegible] ihrer Zurechnungsfähigkeit stark beeinträchtigte Person. [illegible] derte das Gericht nicht, von mildernden Umständen abzu[illegible] einem Todesurteil wurde nur abgesehen, weil sich rein [illegible] nicht beweisen ließ, daß eine „vollendete Tötung" vorliege.

Kurze politische Meldungen aus aller [illegible]

Die Mehrheit der englischen Bergarbeiter für [illegible] Vermittlungsvorschläge der Kirche?

(WTB.) London, 9. [illegible]

„Daily News" zufolge hat eine Mehrheit der Bergarbe[illegible] Friedensvorschläge der Kirche, die der Vollzugsausschuß des [illegible] arbeiterverbandes angenommen hatte, gutgeheißen.

•

Das Wolffsche Telegraphenbureau, das diese Meldung [illegible] versieht sie selbst mit einem Fragezeichen. Wir hatten bereits [illegible] öfteren auf die Teilergebnisse der Abstimmung über [illegible] Vorschläge der Bischöfe geschrieben, die gegen die Bergleute [illegible] Bischöfe Stellung nahmen. Diese Meldung der „Daily [illegible] scheint demnach nichts anderes zu sein, als ein Verwirrungsmanöver, um die Bergarbeiter mürbe zu machen.

Fortfall des Sichtvermerkszwangs. Der Reichskanzler [illegible] licht eine Bekanntmachung über den Fortfall des Sichtvermerkszwangs im Verkehr mit dem Deutschen Reich. Oesterreich, Schweiz, den Niederlanden, Japan, Dänemark und Schweden [illegible] mit der freien Stadt Danzig, mit Kuba, Haiti, Panama [illegible] Island.

Pfarrer Münchmeyer nicht mehr Pfarrer. Die [illegible] Zeitung" gibt folgendes bekannt: Dem früheren Inhaber [illegible] hiesigen Pfarrstelle, Münchmeyer, ist der ihm bei seinem [illegible] aus dem Pfarramt zunächst noch belassene Titel „Pfarrer a. D." vom Landeskirchenamt in Hannover jetzt [illegible] sondere Verfügung entzogen worden. Der Pfarrer Münchmeyer [illegible] bekannt durch seine ultrafaschistische Einstellung und [illegible] durch seine Seelsorge an jüngeren Damen, die er mit seelsorgerlichen Liebkosungen zu verbinden wußte. Jetzt scheint es der Kirche doch ein bißchen zu stark getrieben zu haben.

Vertagung des vierten Rätekongresses. Das Präsidium des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion beschloß, den [illegible] ordentlichen Rätekongreß auf das Frühjahr 1927 zu vertagen, da es angesichts der Tatsache, daß in verschiedenen Teilen der Sowjetunion erst im Jahre 1925 Wahlen stattgefunden haben, unmöglich ist, jetzt wieder Neuwahlen auszuschreiben.

Wieder ein Attentatsversuch auf ein Faschistenhaupt. [illegible] **Pangalos.** Gestern ist auf den Präsidenten der Republik Griechenland, Pangalos, der zu seiner Erholung auf Spetzai [illegible] ein Attentatsversuch unternommen worden. [illegible] 2 Uhr nachmittags versuchte ein Mann, namens Andreas [illegible] den Präsidenten, der sich zum Frühstück ins Hotel Poseidon begeben wollte, zu ermorden. Die Ausführung des Vorhabens [illegible] aber vereitelt. Er wurde festgenommen und gab seine Absicht [illegible] Der Täter ist ein gewesener Kaufmann aus dem Rößmarkt [illegible]

Sieg der revolutionären Kantontruppen gegen Wupeifu. [illegible] meldet aus Kanton: Der Generalstab der revolutionären Truppen von Kanton hat an die Regierung in Kanton ein Telegramm geschickt, in dem er mitteilt, die Truppen Wupeifus seien [illegible] Tschagtsch geschlagen worden und zögen sich in nördlicher Richtung zurück.

Ueber Presse und „Pressefreiheit"

Von L. Trotzki

In den ersten Junimonaten fand in Moskau die dritte Konferenz der Arbeiter-, Bauern-, Armee- und Jugendkorrespondenten statt. Die Konferenz war von 500 Delegierten besucht, die insgesamt 250 000 Korrespondenten und 40 000 Wandzeitungen vertraten. Aus der großen Rede des Genossen Trotzki vor den Arbeiter- und Bauernkorrespondenten entnehmen wir folgenden Abschnitt.

D. Red.

Ich habe hier eine englische und eine amerikanische Zeitung mitgebracht. Das hier ist die „Times", ein wahres Zeitungsungetüm. Sie ist konservativ und das Hauptorgan der englischen Presse. In außenpolitischen Fragen unterstützt sie stets die jeweilige Regierung, sei sie nun liberal, konservativ oder selbst die sogenannte Arbeiterregierung Macdonalds, die übrigens eine konservative Politik nach außen wie nach innen führte. Diese tägliche Zeitungsnummer enthält 32 in Petit und Nonpareille gedruckte Seiten. Auf meine Bitte hat ein Genosse nachgezählt, daß auf den sechs Seiten unserer „Prawda" (dem Zentralorgan der KP. der Sowjetunion. D. Red.) 270 000 Druckzeichen stehen, auf diesen 32 Seiten dagegen 2 300 000, d. h. achtdreivierteil mal mehr. Wieviel mag davon gelogen sein! Ihr fragt: woher nehmen die denn jeden Tag das Material? Wieviel Bourgeois-Korrespondenten müssen denn die haben? Nun, das werde ich Euch zeigen: die erste, zweite und dritte Seite sind in der kleinsten Schrift gesetzt und enthalten Annoncen. Jeder Raumverlust ist hier vermieden, dafür herrscht hier eine musterhafte Ordnung und ein strenges System, nach dem man jede Anzeige leicht herausfindet. Hierauf folgt eine Seite „Gerichtssaal", in dem sich die Kehrseite der Gesellschaft abspielt... Zwei weitere Seiten behandeln den Sport in all seinen Spielarten: wer wen wo niedergeboxt hat; einen Riesenplatz nimmt Fußball ein und schließlich findet dort auch jeder von einem Lord erlegte Fuchs seine Biographie. Dann kommt das Parlament, wiederum zwei Seiten kleinster Druck, also ungefähr dasselbe Interesse wie für Fußball und Boxen. Es folgen „Innere Angelegenheiten" in kompakten undurchdringlichen Spalten. Darauf „Vermischtes". Schließlich: Handel, Theater und eine Seite illustrierte Neuigkeiten. Und erst die vier Seiten des mittelsten Bogens stellen das dar, was wir „Zeitung" nennen. Hier stehen die wichtigsten auswärtigen Nachrichten, Leitartikel und sonstige Dinge. Diese vier Seiten bilden das Herz der Zeitung. Um sie herum befinden sich 28 Seiten: Finanzen; Börse; Handel; Illustrationen; Anzeigen. Das ist die tägliche Nummer der „Times". Wenn Ihr aber glaubt, sie sei dem Umfange nach eine Rekordzeitung, so täuscht Ihr Euch: Amerika hat England in dieser Hinsicht weit überholt, mindestens quantitativ. (Zwischenruf: „Und qualitativ?") Technisch ist die „Times" allen Zeitungen überlegen. Was Vulgarität, Sensation und Spekulation auf die niedrigsten Gefühle anbelangt, mögen die Amerikaner vielleicht den Rekord schlagen. Genau läßt sich das schwer sagen. Während des englischen Generalstreiks ist die Regierungszeitung mit ganzen vier Seiten erschienen, aber welche gigantische Menge komprimierter Lüge stand darin!... Hier zeige ich Euch die **Sonntagsnummer einer amerikanischen Zeitung. 114 Seiten, nicht mehr und nicht weniger!** Die Buchstaben habe ich nicht nachgerechnet, es wäre eine astronomische Ziffer dabei herauszukommen. Ein Genosse hat gesagt: wann lesen sie denn das? Die Frage ist überflüssig, um so mehr, als die Zeitungen dort nicht einmal, sondern drei bis viermal am Tage erscheinen. Natürlich liest niemand eine derartige Zeitung ganz. Aber jedes Familienmitglied findet darin, was es braucht. Interessiert man sich für Sport oder Jagd, bitte hier sind zwei, drei Seiten, darauf steht alles, was das Herz erfreut. Ist man ehrenwertes Mitglied der anglikanischen oder einer sonstigen Kirche — hier sind ein, zwei Seiten über Predigten und alle möglichen sonstigen kirchlichen Angelegenheiten. Ist man Börsenjobber, gut, einen genaueren Börsenbericht gibt es gar nicht. Worum handelt es sich also hier? Die Presse hat es mit Lesern von verschiedenem Geschmack, verschiedenen Temperamenten und verschiedenen Interessen zu tun und ist bestrebt, einen **jeden bei seinem persönlichen Haken zu angeln.** Aber es handelt sich hier keineswegs um die Bourgeoisie. Denn vor allem ist die Presse auch sehr billig. Diese Sonntagsnummer mit 114 Seiten kostet fünf Cent, eine gewöhnliche Nummer im Umfange der „Times" zwei Cent. Damit ist nicht einmal das Papier bezahlt. Das übrige bezahlt sich aus den Annoncen und aus Bankfubventionen; hinter diesem billigen Preis verbirgt sich überhaupt so allerhand. Das Resultat ist jedenfalls, daß eine billige Zeitung auf die Straße geworfen wird, in der alles dem einzigen Zwecke dient, jeden einzelnen zu erfassen, abzulehnen, zu zerstreuen und ihn nebenbei mit den infamsten Vorurteilen zu vergiften. Der Arbeitersportler, der in dieser Zeitung Sportnachrichten sucht, gerät über die [illegible] unweigerlich auf die nächste Seite usw., bis er sich von [illegible] in das bourgeoise Lügennetz verwickelt.

Nicht zu vergessen ist dabei, daß es in England — [illegible] bürgerlicher Zeitungen noch weiter verbreitet sind als die [illegible] **nur eine einzige „Arbeiter-Tageszeitung"** gibt; und auch [illegible] vom Schlage Macdonalds, d. h. wenn sie auch hier nicht gerade [illegible] Bourgeoisie selbst gehört, so doch ihren Agenten. [illegible] Umstand erklärt zur Genüge, **weshalb die Bourgeoisie eine [illegible] zensur aufrechthält,** weshalb in ihren Ländern — wenigstens [illegible] normalen Zeiten — „Pressefreiheit" herrscht.

Wozu braucht sie auch eine Zensur, wenn sie doch Druckerei[illegible] Schriftsteller und Papier voll und ganz in der Hand hat!

Schon in „Friedenszeiten" ist die kapitalistische Presse eine [illegible] sierte Verschwörung zum Interessenschutz der Landlords und [illegible] talisten. Eine derartige Presse hat ihre eigene innere Zensur. [illegible] Innern eines **jeden bürgerlichen Journalisten sitzt ein Gendarm der jeden äußeren Gendarm überflüssig macht...**

Lest die Inprekorr!

Nr. 100 und 101 der „Internationalen Presse-Korrespondenz" sind soeben erschienen. Sie sind zusammen 44 Seiten stark.

Im Vordergrunde stehen die Ergebnisse des Plenums des [illegible] und der ZKK. der KPSU. Die Rede Rykows in der [illegible] Funktionärversammlung, ferner die letzte Rede Dzerjinskis [illegible] auf dem Plenum werden im Wortlaut wiedergegeben. [illegible] kommen eine Reihe weiterer Beiträge, Wiedergabe der Resolutionen der Kommunistischen Parteien usw.

Lenins bisher in deutscher Sprache nicht veröffentlichte [illegible] zum Weltkrieg werden publiziert.

Der Ausgang des Prozesses gegen Rakosi und Genossen [illegible] durch Artikel von Münzenberg und Antal beleuchtet. Die [illegible] Reden der Genossen Rakosi, Oery, Gögös, Katharina [illegible] Weinberger, Vagi usw. werden genau wiedergegeben.

Rigault schreibt über die Lage in Frankreich, Tang [illegible] über die Entwicklung in China, Roy über die in Indien, [illegible] über den Faschismus, Murphy über drei Monate Bergarbeiterkampf.

Dazu kommen noch zahlreiche andere Beiträge.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260809-16/fragment/page=0002

17. ord. Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes

9. Verhandlungstag. — Vormittagssitzung.

Es erfolgt zunächst der Bericht der Mandatsprüfungskommission. Der Berichterstatter erklärt, der Vorstand habe bereits die Wahlproteste, die auf Grund des kommunistischen Flugblattes eingegangen sind, abgelehnt. Die Mandatsprüfungskommission sei jedoch der Auffassung, daß der Inhalt des kommunistischen Flugblattes geeignet sei, sämtliche Mandate der Opposition für ungültig zu erklären. Sie sehe davon ab, allgemein die Mandate zu kassieren und erkläre, über die einzelnen Proteste, die der Wahlprüfungskommission vorlagen, abzustimmen. Sämtliche Proteste von seiten der Opposition wurden von der sozialdemokratischen Mehrheit abgelehnt. Besonders traß lagen seitens der SPD Wahlverfehlungen in den Kreisen Jena, Suhl, Ichtershausen und Essen vor. In Jena waren schwere persönliche Beleidigungen gegen den Genossen Zimmermann ergangen, in Suhl lagen zweifellos Wahlschiebungen vor die eine Unterlassung unbedingt erforderten; die Verbandstagsmehrheit wies trotzdem die von der Opposition eingereichten Proteste zurück. Die Mandate der Opposition in diesen Orten wurden für ungültig erklärt. Bezeichnend ist, daß der Bericht der Mandatsprüfungskommission erst am 4. Verbandstagstag erfolgte wodurch eine Untersuchung der Wahlmethoden der Unterdamer unmöglich gemacht wurde.

Es erfolgt sodann die Beratung über Punkt 4 der Tagesordnung: „Der 11. Internationale Metallarbeiter-Kongreß und Wahl der Delegierten."

Reichel vom Vorstand berichtet über die Maßnahmen des Zentralkomitees des IMB seit dem letzten Verbandstag. Er streift die Vorgänge in der Weltwirtschaft und erklärt, die Entwicklung zeige Ansätze der Verständigung der verschiedenen internationalen Industrien und die internationale Metallarbeiterbewegung könne an diesen Erscheinungen nicht vorbeigehen. Das Ziel der Arbeiter auf die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft schließe nicht aus, daß Reformarbeit auch im internationalen Maßstabe geleistet werden müsse. Die Opposition erhebe den Vorwurf der Unterstützung des Aufbaues der kapitalistischen Wirtschaft; demgegenüber müsse er festhalten an der bisherigen Einstellung der Gewerkschaften, daß diese sich nicht gegen Verbesserungen der Organisation und Produktion der kapitalistischen Wirtschaft stemmen würde. Ohne den Dawes-Plan sei z. B. keine Sanierung der deutschen Wirtschaft möglich gewesen und die Locarno-Verträge seien eine Gewähr für die friedliche Entwicklung der internationalen Wirtschaft. Wenn sich auch nicht von heute auf morgen eine Wirtschaftsunion der ganzen Welt bilden lasse, so müsse das Wirken des Internationalen Metallarbeiterbundes diese Entwicklung unterstützen. Das schließe nicht aus, daß die Organisationen der einzelnen Länder für höhere Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit kämpfen müssen. — Die Frage der Gewerkschaftseinheit könne nicht so gelöst werden, wie es sich die Freunde der Moskauer Richtung vorstellen. Auf dem Boden des Leninismus könne keine Gewerkschaftseinheit gefunden kommen. Die Einberufung von Einheits-Kongressen sei eine falsche Methode auf dem Wege zur Einheit. In bezug auf den Anschluß der russischen Metallarbeiter an den IMB seien Bedingungen gestellt, die auch heute noch aufrechterhalten werden müssen. Auf das erneute Aufnahmegesuch der russischen Metallarbeiter in den IMB sei versucht worden, mit den russischen Metallarbeitern zu verhandeln, wobei Fragen gestellt wurden die den früheren Bedingungen entsprechen. Daraufhin hätten die russischen Metallarbeiter ihrerseits Bedingungen gestellt, und zurzeit stehen die Dinge so, daß eine Aussprache zur Klärung der kritischen Fragen erfolgen soll, die wahrscheinlich in den ersten Monaten des nächsten Jahres stattfinden wird. Von dem Ergebnis dieser Aussprache wird der Anschluß des russischen Metallarbeiterverbandes an den IMB abhängen.

Die Aufnahme der abgesplitterten Organisationen in den anderen Ländern, wie in Frankreich, der Tschechoslowakei und Rumänien sei nicht möglich, bevor nicht mit den russischen Metallarbeitern eine endgültige Klärung herbeigeführt sei. Die Russen erklären, daß eine Auflösung der nationalen Organisationen Moskauer Richtung nicht in Frage komme, daß außerdem nationale Kongresse beider Richtungen einzuberufen seien die die Vereinigung beider Internationalen vorbereiten sollen. Zweifellos sei die Einheit der Gewerkschaften mit Einschluß der russischen Metallarbeiter für den IMB ein Bedürfnis. Wir können uns aber nicht den Bedingungen der russischen Metallarbeiter unterwerfen, die eine Ablehnung der Reformarbeit fordern, umso mehr, als diese Reformarbeit tatsächlich revolutionäre Arbeit im Sinne der sozialistischen Entwicklung sei.

Der Kongreß in Paris wird die bisherige Linie des IMB im wesentlichen bestätigen müssen. Aus diesem Grunde könne die Opposition keine Vertretung in der Delegation erhalten, da die Delegation des DMV einheitlich auftreten müsse. Das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse vollziehe sich im unermüdlichen Kampf um die Tagesnöte der Arbeiterschaft, und in diesem Sinne sei auch die Delegation zum Kongreß einzustellen.

Als Redner der Opposition mit verlängerter Redezeit erhält das Wort

Genosse Niederkirchner-Berlin

Der Kollege Reichel hat hier die These aufgestellt, die Unterdamer befänden sich auf dem Vormarsch und das sei ein Beweis für die Richtigkeit ihrer Politik. Dieser Vormarsch sieht so aus, daß ein erheblicher Rückgang der Mitgliederzahl der Organisationen aller Länder zu verzeichnen ist und daß tatsächlich sich die revolutionäre Richtung der Gewerkschaftsbewegung auf dem Vormarsch befindet. Der IMB behauptet, die größten Mitgliedermassen in sich zu vereinigen. Diese Behauptung kann zumindestens stark bezweifelt werden und aus diesem Grunde verlangen wir die Einberufung nationaler Kongresse, um die internationale Gewerkschaftseinheit vorzubereiten. Der Kollege Urich hat in Berlin einer entsprechenden Resolution zugestimmt, wendet sich aber hier gegen diese Auffassung. (Zwischenruf Urich: Das ist nicht richtig!) Urich gewendet, antwortet N.: „Wir werden uns in Berlin sprechen."

Die kapitalistische Restauration und Rationalisierung bedeutet doch, daß erfolgreich versucht wird, mit wenig Arbeitskräften die gleiche, wenn nicht noch größere Menge von Produkten herzustellen und durch eine große industrielle Reservearmee die Tageskämpfe zu erschweren. Wenn der IMB also diese kapitalistischen Maßnahmen unterstützt, so wirkt er selbst hemmend auf die Entfaltung größerer Kampfkraft. Wir wollen nicht die Einheit um der Einheit willen, für uns ist ausschlaggebend der Zweck dieser Einheit, die Metallarbeiterschaft international instand zu setzen, erfolgversprechende Kampfmaßnahmen durchzuführen auf der Basis der internationalen Solidarität.

Heute erklärt Reichel daß die Einladung der Russen zum Wiener Kongreß nicht hätte erfolgen können; auf dem Kasseler Verbandstag hat aber derselbe Kollege Reichel erklärt, die Russen würden eingeladen. Das zeigt die zwiespältige Haltung des Zentralkomitees zur Gewerkschaftseinheit und selbst eine Einladung der russischen Metallarbeiter zu ihrem Kongreß hat der IMB nicht befolgt. Der IMB fordert Garantien für das kameradschaftliche Zusammenarbeiten; dann muß man aber seinerseits ebenfalls kameradschaftlich arbeiten. Der neuerliche Briefwechsel des IMB mit dem russischen Metallarbeiterverband zeigt, wie geradezu ultimative Forderungen gestellt werden, die der russische Metallarbeiterverband gar nicht in der Lage ist zu erfüllen. Die Auflösung der Metallarbeiter-Organisationen in Frankreich und anderen Ländern liegt nicht im Machtbereich des russischen Metallarbeiterverbandes. Angesichts der Tatsache, daß der RMB alles tut, um die Einheit herzustellen, der IMB jedoch diese Bemühungen nicht unterstützt, ist der Vorwurf der parteiischen Stellungnahme des Zentralkomitees des IMB zur Gewerkschaftseinheit durchaus berechtigt. Die Anhänger des Kollegen Reichel haben die Bedeutung der internationalen Einheit nicht erkannt, denn sie lassen ganz außer acht, welche Bedeutung die Stellungnahme der russischen Gewerkschaften zum englischen Kampf hat. Wenn der IMB eine ebenso die internationale Klassensolidarität herbeiführen will, dann würde die Frage der Einheit nicht so nebensächlich behandelt werden, und der Verbandstag hat nachdrücklichst diese Verschleppung der Verwirklichung der Einheit zu verurteilen. Aus diesem Grunde empfehlen wir die Annahme des Antrages der Opposition. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Der 17. Verbandstag sieht die wichtigste Aufgabe des 11. Internationalen Metallarbeiter-Kongresses in der Herstellung der wirklichen gewerkschaftlichen Einheit aller Metallarbeiterorganisationen der Welt, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Da der russische Metallarbeiterverband seinen schon wiederholt gestellten Antrag auf Aufnahme in den IMB formell wiederholt hat, beauftragt der Verbandstag den Vorstand und die Kongreßdelegierten, sich mit aller Energie für die sofortige und bedingungslose Aufnahme des russischen Metallarbeiterverbandes in den IMB einzusetzen. Die deutschen Delegierten werden weiter verpflichtet, auf dem Kongreß alle Anträge und Bestrebungen zu unterstützen, die zum Ziel haben, die Zersplitterung der Metallarbeiterverbände in den einzelnen Ländern zu beseitigen und die Verschmelzung zu einheitlichen Landesorganisationen herbeizuführen. Um die Herstellung der Einheit der Metallarbeiterverbände in den einzelnen Ländern zu beschleunigen, müssen schon jetzt alle Metallarbeiterorganisationen in den IMB aufgenommen werden."

Es erfolgt sodann die Beratung des nächsten Punktes der Tagesordnung:

„Beitrags- und Unterstützungswesen"

Als Berichterstatter der Statutenkommission führt Kollege Ziegler aus, daß die finanziellen Verhältnisse des Verbandes befriedigend seien, aus diesem Grunde sei die beantragte Beitragserhöhung ohne gleichzeitige Gegenleistung nicht wünschenswert. Jedoch solle der Vorstand eine Vollmacht erhalten, ähnlich wie in Kassel für eine eventuell vorzunehmende Beitragserhöhung. Gegen die Erteilung einer derartigen Vollmacht wenden sich eine ganze Reihe Delegierter und die Opposition erklärt, daß sie niemals eine derartige Blankovollmacht geben würde, sondern, wenn eine Beitragserhöhung notwendig sei, müsse darüber eine Urabstimmung vorgenommen werden. Der Vorstand erklärt, daß zu dieser Vollmachterteilung eine Zweidrittelmehrheit des Verbandstages notwendig sei und bei der Abstimmung wird die Vollmachtserteilung gegen 47 Stimmen angenommen. Die Anträge auf Beitragserhöhung und Urabstimmung werden abgelehnt

Die Anträge auf Erhöhung der Streikunterstützung, darunter ein Antrag der Opposition, den zwanzigfachen jeweiligen Wochenbeitrag als Satz für die Streikunterstützung festzusetzen, werden abgelehnt, die Anträge auf Staffelung der Streik- und Maßregelungsunterstützung dem Vorstand überwiesen. Ein Antrag auf Schaffung einer besonderen Beitragsklasse für Ausgesteuerte mit 5 Pfennig Beitrag wird angenommen; ein anderer Antrag auf Einführung einer Altersversicherung dem Vorstand überwiesen.

In der Aussprache über die Einführung der Verhältniswahl erklärte der Berichterstatter, daß dadurch die Fraktionen nur zu einem Dauerzustand gemacht und die vorhandenen Gegensätze nicht überbrückt, sondern erweitert würden. Die Opposition erklärt dazu, daß die Erfahrungen in den von Kommunisten beherrschten Ortsverwaltungen bestätigen, daß durch die Verhältniswahl erst eine Gesundung der Organisation erreicht wurde. Gegen eine starke Minderheit werden die diesbezüglichen Anträge abgelehnt. Ebenso ergeht es dem Antrag der Opposition auf Zurückgewinnung der nach dem 31. Dezember 1921 ausgeschiedenen Mitglieder. Die Wiederaufnahme dieser Mitglieder würde nach der Argumentation des Vorstandes eine Prämie für Fahnenflüchtige sein.

Einzelberatung des Statuts:

Die Statutenberatungskommission schlägt vor, alle dem Sinne nach gleichlautenden Anträge summarisch zu behandeln. In den meisten Fällen liegt ein Antrag des Vorstandes vor, der alle Abänderungen ausschaltet, soweit sie die Machtbefugnisse und Rechte der Verbandsleitungen beschränken. Ein Antrag, der die Wahlberechtigung erst nach einer 12wöchigen Mitgliedschaft fordert, wird von einigen SPD-Delegierten damit begründet, daß die Kommunisten bei bevorstehenden Wahlen berufsfremde Kollegen zum Eintritt in den Verband aufforderten nur um so eine Oppositionsmehrheit zu erreichen. Der Antrag wird abgelehnt. Gegen den Vorschlag des Vorstandes wird ein Antrag angenommen, der fordert daß die Mitglieder des erweiterten Beitrates und der erweiterten Kommission zu den Bezirkskonferenzen hinzugezogen werden müssen.

Ein Antrag der Opposition, der alle zwei Jahre die Urwahl der Angestellten verlangt, wird vom Vorstand zur Ablehnung empfohlen. Dadurch würden die Angestellten mehr als bisher der Willkür der verhetzenden Agitation ausgesetzt. Die Opposition erklärt, daß gerade Berlin ein treffendes Beispiel für die undemokratischen Wahlmethoden im Verband sei. Die Mitgliedschaft muß das selbstverständliche Recht erhalten, die Angestellten selbst zu wählen. Der Antrag wird von der Mehrheit abgelehnt, gegen die Stimmen der Opposition.

Aus 13 Bezirken liegt der Antrag vor, in jedem Ort Jugendabteilungen zu schaffen und einen Vertreter der Jugendabteilung den Ortsverwaltungen anzugliedern. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt, ebenso ein Antrag, der die Wahl von Jugendvertrauensleuten und die Anstellung von Jugendsekretären bei den Ortsverwaltungen, wo mehr als 1000 Jugendliche dem Verband angehören, fordert. Das gleiche Schicksal ereilet ein Antrag, der bereits dem Kasseler Verbandstag vorlag und dem Vorstand als Material überwiesen wurde; er fordert vor jedem Verbandstag eine Reichsmetallarbeiter-Jugend-Konferenz. Genosse Saefkow erklärt dazu, der Verbandstag habe für die Jugendarbeit anscheinend kein großes Interesse.

Die Opposition greift den Antrag von 9 Ortsverwaltungen auf, der das Sanktionsrecht für Streiks auch den Ortsverwaltungen gibt; die Verwaltungsmehrheit lehnt diesen Antrag ab, ebenso einen Antrag, der die im Statut bestehenden Bestimmungen, daß vor Einleitung eines Streiks die Schlichtungsstellen angerufen werden müssen, beseitigen will. Eine Abweichung von den diesbezüglichen Bestimmungen können nur im Einvernehmen mit dem Vorstand erfolgen.

Dißmann erklärt, daß zwar die Schlichtungsstellen nicht das Vertrauen des Verbandes hätten, daß aber die Regreßpflicht des Verbandes den Vorstand verpflichte, sehr vorsichtig in diesen Dingen zu sein. Der Antrag, der anstelle der Dreiviertel-Mehrheit bei Abstimmung über Streikkämpfe eine Zweidrittel-Mehrheit fordert — die Opposition macht darauf aufmerksam, daß gerade bei Abbruch eines Streiks die Dreiviertel-Mehrheit oftmals eine Ausnützung einer erfolgreichen Position unmöglich mache — wird ebenfalls gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt.

In der Gesamtabstimmung wird das abgeänderte Statut, das am 29. August 1926 in Kraft treten soll, gegen die Stimmen der Opposition angenommen.

Erledigung sonstiger Verbandsangelegenheiten

Unter diesem Tagungsordnungspunkt fällt die Wahl des Vorstandes. Die Vorschlagsliste der Mehrheit wird auch gewählt. Es erhalten als Vorsitzende die Kollegen von insgesamt 177 Stimmen:

Brandes	141 Stimmen
Dißmann	125 Stimmen
Reichel	141 Stimmen

als Kassierer die Kollegen:

Schäfer	141 Stimmen
Schott	142 Stimmen

als Sekretäre die Kollegen:

Baje	148 Stimmen
Handke	27 Stimmen
Schliestedt	128 Stimmen
Toß	146 Stimmen

Als Beisitzer werden 9 Kollegen in Vorschlag gebracht und gewählt die sämtlich der SPD angehören.

Für den Ausschuß werden die bisherigen Mitglieder, Kollege Weißig und Siegel mit je 155 Stimmen gewählt.

Als Redakteure der Metallarbeiter-Zeitung werden die Kollegen Kummer (mit 130) und Hagle (mit 143 Stimmen) gewählt. Die Opposition erklärt durch den Genossen Kraus, Stuttgart, daß die Beratungen des Statuts gezeigt haben, daß man nicht den Willen habe, mit der Opposition loyal zusammenzuarbeiten. Noch stärker zeige sich diese Kampfeinstellung der Opposition gegenüber bei der Zusammensetzung der Kommissionen und des Vorstandes. Die Opposition verzichtet darauf, eine selbständige Liste zum Vorstand einzureichen, sie verlange aber daß als Beisitzer die Kollegen Otto Weidenbach, Stuttgart Heinrich Schnaitmann und Hermann Weiler Stuttgart, gewählt würden. Bei der Wahl erhält jeder der vorgeschlagenen Kollegen je 30 Stimmen.

Es folgt der Bericht der Beschwerdekommission. Der Berichterstatter führt aus daß 12 Beschwerden vorlagen, wovon 10 Beschwerden zur Entscheidung standen. Bezeichnend für die Behandlung der Beschwerden, war der Fall des Genossen Kurt Schumann, Chemnitz. Er hatte das „Verbrechen" begangen, in einer Sitzung der Vertrauensleute in Chemnitz eine Resolution einzubringen, in der eine grundsätzliche Aenderung der gewerkschaftlichen Kampftaktik gefordert wurde. Der Bevollmächtigte Strobel weigerte sich, diese Resolution abstimmen zu lassen, da sie verbandsschädigend sei. Gegen diese Vergewaltigung der Meinungsfreiheit im Verband erhob Genosse Schumann mit Recht Beschwerde, doch der Verbandstag wies die Beschwerde als unbegründet ab.

Brandes vom Vorstand berichtet sodann über das Ergebnis des Antrages auf Haftentlassung des Genossen Georg Schumann. Der Feriensenat des Reichsgerichts hat auf den Antrag des Verbandsvorstandes nicht geantwortet. Auf den Antrag, das Verbot der kommunistischen Bremer „Arbeiter-Zeitung" aufzuheben erklärt der Senat der Stadt Bremen, daß er dazu nicht in der Lage sei. Brandes hält dann einen Rückblick über die Tagungen und glaubt feststellen zu können, daß der Verbandstag gute und vorbildliche Arbeit im Interesse der Arbeiterbewegung geleistet habe. Der Weg, den der Verband gehe, sei ein mühseliger, er führe aber sicherer zum Ziel, als Putsche und Bürgerkriege. Und er glaubt, die Opposition einmahnen zu müssen, die Schwierigkeiten der Gewerkschaftsarbeit nicht zu unterschätzen. Die Waffen seien auf dem Verbandstag neu geschärft. Sie müssen jetzt aufs neue im Kampfe gegen die Unternehmer und im Dienste der Arbeiterbewegung erprobt werden.

Mit dem Gesang der Internationale wird der Verbandstag geschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260809-16/fragment/page=0003

WALHALLA
8 Uhr Tel. 8385
Meister-Ringkämpfe
Heute Montag ringen:
Luppa gegen Debie
Kochansky gegen Wehram
Entscheidungskampf!
Max Steinle gegen Urbach
Vorher: Varieté!

Volkspark
Burgstraße 27 Tel. 1107 u. 9025
Straßenbahnverbindung Linie 5 u. 7
Morgen, Dienstag, abds. 8 Uhr
14. Sommer-Konzert
(Mendelsohn-Abend)
unter gütiger Mitwirkung des Arbeiter-Frauen- u. Mädchen-Chors
Eintritt 0,50 Erwerbslose 0,30

Solbad Wittekind
Dienstag, den 10. August
früh ½7, nachm. 4 u. abends 8 Uhr
KONZERTE
des Hallischen Sinfonie-Orchesters
Leitung: Benno Blüh
Abendprogramm: Deutscher Opernabend

Haushaltungen! kauft nur bei unseren Inserenten!

Nur blutfrische Ware

Hochfeine, fette, Grüne Heringe Pfd. nur 25 ₰
Knurrhahn Pfd. 25 ₰
Extra billig!
Nur noch heute u. Dienstag
allerfeinste, zarte, Hamburger Fettbücklinge Pfd. nur 40 ₰
Eine Delikatesse!

Wo speise ich gut und billig im Volkspark?
Burgstr. 27 Telephon 11 07

„In der Sitzung des Amtsgerichts Lützen vom 28. Juli 1926 (B. 14/26) ist der Arbeiter Friedrich Schmidt in Goddula wegen öffentlicher Beleidigung des Handelsmanns Otto Gunnert in Goddula zu einer Geldstrafe von 10 Reichsmark, im Nichtbeitreibungsfalle zu einem Tag Gefängnis und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt worden. Dem Kläger wird Publikationsbefugnis zugesprochen" *289.

Bekanntmachung
Rückstände an Grundvermögens-, Hauszinssteuer für Juli, Lohnsummensteuer für Juni, sowie Hundesteuer für Juli u. September, Wassergeld für 1. Vierteljahr 1926 und Landwirtschaftskammerbeiträge für 1926, sind innerhalb acht Tagen an unsere Stadtsteuerkasse zu zahlen. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist erfolgt Zwangseinziehung.
Eisleben, den 4. August 1926
Der Magistrat *2894

Zeitungsträgerin
für Querfurt-Theldorf für sofort gesucht. Gewissenhafte Bewerber wollen sich in der Verkaufsstelle des Allgemeinen Konsumvereins melden

Saison-Ausverkauf
v. Sonnabd., 7. b. Sonnabd., 14. Aug.
Herabgesetzt sind alle Preise
Herr.-, Dam.- u. Kinderschuhe in braun, farbig und Lack 10-15 %
alle anderen Lederschuhwaren in schwarz . . . . . 10 %
Sandalen u. Segeltuch-Turnschuhe . . . . . 15 %
Restpaare in schwarz u. braun verkaufe unter Einkaufspreis
Jetzt haben Sie die denkbar günstigste Gelegenheit, meine bekannt gute Qualitäten in Schuhwaren zu den bedeutend herabgesetzten Preisen zu kaufen
Annaburg Max Freidank
Schuhmachermeister

Lederfohlen
Gummiabsätze billig bei 142
Wilh. Kranig
Neue Promenade 15

Druck sachen
aller Art liefert zu zeitgemäßen Preisen die Abteilung Buch- und Kunstdruckerei der Produktiv-Genossensch. e. G. m. b. H. Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045, 1047, 2251. — Verlangen Sie Preisvorschläge oder den Besuch unserer Werbeleiter

Nach langem, schwerem Leiden verschied heute abend mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwager und Onkel, der
Schriftsetzer
Otto Mocker
im 43. Lebensjahre
Halle a. Saale, den 9. August 1926
Glauchaer Str. 59
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Minna Mockert und Kinder
Die Beerdigung findet Mittwoch 2½ Uhr von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt

Zu Arbeiterfesten
empfiehlt
Lampions, Stocklaternen, Dekorationsschilder und rote Fähnchen
mit und ohne Aufdruck „Rot Front"
billigst
Bezirks-Zentralbuchhandlung, Halle a. d. S.
Lerchenfeldstraße 14
und deren auswärtige Filialen

Todesanzeige
Am 7. August 1926 verstarb nach langem schwerem Leiden, unser langjähriger Mitarbeiter, der
Schriftsetzer
Otto Mocker
im Alter von 43 Jahren
Wir verlieren in ihm einen Kollegen und Genossen, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden
Halle a. d. Saale, den 9. August 1926
Geschäftsleitung und Personal der Produktiv-Genossenschaft für d. Druckgewerbe Halle-Merseburg eGmbH.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. August, nachm. 2½ Uhr von der Leichenhalle des Südfriedhofs aus statt

Gute Blauschimmel-Käse
Ia. Qualität
Frische Molkerei-Butter, sowie täglich frische Eier liefert an Wiederverkäufer zu billigstem Tagespreis frei Haus
Paul Krüger
Käserei
Stand Wochenmarkt
Tel. 5237

Zigarren, Zigaretten und Tabake
kauft man in guten Qualitäten preiswert bei
Herm. Schütze
Plauenschöne 52
Telephon 8216

Strumpfwaren
zum Teil aus eigener Fabrikation, kaufen Sie am vorteilhaftesten im Spezial-Haus
Strumpf-Geßner
Halle a. d. S.
Merseburger Straße 161
Eingang Königstr.

Flugplatz-Kasino
Der beliebte Ausflugsort aller Genossen
Max Weber
7 Minuten von der Endstation der Linie 1

Empfehle für diese Woche:
Pa. Roßfleisch
sowie
sämtliche Wurstwaren
in bekannter Güte
Herm. Quandt, Schlachterei
Halle a. d. S., Langestraße 21
und
Kl. Klausstr. 6

Schokoladen, Kakao
sowie sämtliche Süßwaren
kaufen Wiederverkäufer nach wie vor am billigsten bei der
Schokoladen-Spezial-Großhandlung
Willy Voigt
Halle a. d. S., Schmeerstr. 11
Telephon 4736

Klassenkampfleser
kaufen nur bei ihren
★ Inserenten ★

Schuhwaren
von billigster bis bester Qualität
in größter Auswahl
kauft man bei
Max Naundorf
Halle, Geiststraße 35
Vorzeiger dieser Annonce erhält 5% Rabatt

Die Niemberg-Molkerei
empfiehlt ihre dauerpasteurisierte, tiefgekühlte Vollmilch, sowie Butter, Sahne und Quark
Hauptfilialen:
Lindenstr. 52, Riebeckstr. 1
Marktstr. 12, Rannischstr. 21
Ludwig-Wucherer-Str. 59
Kaufmannerstraße 47
Schillerstr. 16

Ida Lotze
Halle-Trotha
Kurz-, Weiß- u. Baumwollwaren, Kleiderstoffe, Damen- u. Herren-Konfektion
Anfertigung nach Maß

Otto Ulbricht
Rind- und Schweineschlachterei
Glauchaer Straße 5
Aufschnitt
ff. Fleisch- u. Wurstwaren

Vereine
bestellen am besten ihre Drucksachen bei der Produktiv-Genossenschaft in Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14, die schnell und preiswert liefert. Fernruf 1045, 1047, 2251

Zahnpraxis Zimmermann
Halle an der Saale
Riebeckplatz
(Eing. Landwehrstr. 23 I)
Fernruf Nr. 4830
Schonende Behandlung

Friedrichsbad Zwintschöna
Station Diestau, 8 Min. Bahnfahrt
Gernbesuchtes Familienbad
Kristallklares, schlammfreies, anerkannt bestes Wasser der Provinz
mit Kiesunterlage
Herrliches Planschwasser für Kinder
Turngelegenheit, Sonnenbad
Staatlich geprüfter Schwimm-Meister
— Mäßige Preise —
Um freundl. Zuspruch bittet
Fr. Kaiser

Billigste Bezugsquelle für Herren- und Knaben-Kleidung
sowie sämtliche Berufskleidung
Gustav Reinsch
Markt, im Roten Turm

Mitteldeutsche Werkstätten f. Lederverarbeitung
(Schuh-Instandsetzungs-Fabrik)
Meckelstr. 4 Fernspr. 2902
Sämtliche Schuh-Reparaturen zu billigen Preisen
Herren-Sohlen . . . . . 2,75 gem.
Absätze . . . . . von 1,00 an
Damen-Sohlen . . . . . 2,40 gem.
Absätze . . . . . von 0,80 an
Prima Kernleder! Saubere Ausführung! Schnellste Bedienung!

Schuhwaren-Spezialgeschäft
Otto Block
Kl. Ulrichstr. 2, gegenüber Möbel-Hawtmann
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in erstklassigen Schuhwaren für Beruf, Sport und Straße zu mäßigen Preisen
Eigene Maß- und Reparaturwerkstatt

Kolonialwaren
Spezialität:
Hausschlachten
Fritz Reizig
Glauchaer Straße 57

Hermann Böhlert
Roßschlächterei
Glauchaer Str. 75, Bärgasse 4
Seebener Straße 164
empfiehlt seine
pa. Fleisch- u. Wurstwaren

AGO-Schuhbesohlung
ohne Naht und Nagel
dadurch weitaus größere Lebensdauer der Schuhe
Annahme in unseren Filialen: Merseburger Str. 29
Mansfelder Straße 4, Kleine Ulrichstraße 8
Hartmann & Hansen

Kunststopferei
in Stoffen jeder Art
A. Schmidt
Alter Markt 25

Korn & Zöllner
Brüderstraße 13
Eisenwaren
Werkzeuge
für Tischler, Glaser und Zimmerleute

Alle Wasch-Artikel und Kernseifen
zu bekannt billigsten Preisen
Wilhelm Reipsch
Triftstraße 5
Jede Woche Schlachtefest

Gasthof Wörmlitz
Inhaber: Hermann Rauschenbach
hält seine Lokalitäten mit schattigen Garten und Saal bestens empfohlen

RADIO
Einzelteile zum Selbstbau
Schaltbilder u. Anleitungen
billigst im Spezial-Geschäft
William Fabel
Fleischerstr. 1, Ecke Geiststr.
Anfertigung u. Installation u. Reparatur

Fahrräder Nähmaschinen
auf Teilzahlung
Lohrengel
Große Klausstraße 7

Franz Conrad
Lorstraße 28 Lorstraße 28
Kolonialwaren
ff. hausschlachtene Wurstwaren

Restaurant und Gartenlokal Lüderitzberg
Reilstraße 47 Inh.: E. Stark
empfiehlt seine Lokalitäten mit Vereinszimmer zu Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen und Ausflügen

Zigarren, Zigaretten und Tabake
empfiehlt zu äußerst billigen Preisen
Ernst Geißler
Kutschgasse 1, am Alten Markt

Otto Schwarzkopf
Burgstraße 7
Empfehle der Arbeiterschaft meine Lokalitäten
Für gutgepflegte Biere u. musikalische Unterhaltung wird bestens Sorge getragen

31

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260809-16/fragment/page=0004

Rede des Genossen Rykow

vor den Moskauer Parteifunktionären

über die Ergebnisse der vereinigten Plenartagung des ZK. und der ZKK. der KPSU. am 26. Juli 1926

Aus dem Stenogramm meines Berichtes in der Moskauer Funktionärversammlung habe ich einige Stellen ausgelassen, deren Veröffentlichung in der Presse ich für unzweckmäßig erachte. Hingegen sind in nachstehender Fassung meines Referats auch Gedanken enthalten, die ich erst in meinem Schlußworte erörtert habe. A. Rykow.

Genossen! Die Tagung des gemeinsamen Plenums des ZK und der ZKK. wurde am Freitag (23. Juli) abgeschlossen. Für die Presse bestimmten Resolutionen sind bereits veröffentlicht worden. Von den gefaßten Beschlüssen des Plenums sind meiner Ansicht nach die Resolution über die Angelegenheit der Genossen Laschewitsch u. a., sowie die Resolution über die Ergebnisse der Sowjetwahlen die wichtigsten. Ich werde mich also in der Hauptsache mit diesen beiden Resolutionen beschäftigen.

Die Angelegenheit der Genossen Laschewitsch, Bjelenki usw.

Die Resolution in der Angelegenheit Laschewitsch, Bjelenki und anderer besagt, daß der Genosse Laschewitsch aus der Liste der Kandidaten des ZK. der Partei ausgeschlossen wird, wobei ihm gleichzeitig die Verwarnung erteilt wird, daß er im Falle der Fortsetzung des Fraktionskampfes außerhalb der Partei stellen würde. Ferner wird in der gleichen Resolution der Genosse Sinowjew aus dem Politbüro abberufen, er bleibt aber Mitglied des ZK.

Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich feststelle, daß in der Geschichte unserer Partei wohl nie zuvor in so scharfer Form Stellung genommen werden mußte gegen die Verletzung der Parteidisziplin, wie auf dem letzten Plenum. Die Geschichte unserer Partei kannte bisher keinen Fall, in dem so einflußreiche Parteimitglieder wie Sinowjew ähnliche Beschlüsse gefaßt werden mußten. Ich persönlich entsinne mich nur eines ähnlichen Falles, der mit dem Namen des Genossen Schljapnikow in Verbindung steht. Da nur wenige Parteimitglieder über diesen Fall unterrichtet sein dürften, werde ich ihn ausführlich schildern.

Er spielte sich 1921 ab, als Lenin noch am Leben war. Genosse Schljapnikow war damals noch Mitglied des ZK. und der Zentralen Parteisäuberungskommission. Auf einer Parteiversammlung kritisierte er einige Regierungsbeschlüsse. Lenin erfuhr davon in einem Schriftstück, das bis heute noch aufbewahrt ist und in dem es heißt (ich zitiere das Dokument mit geringen stilistischen Korrekturen, wahre aber genau seinen Sinn):

„... In einer Zellenversammlung hielt der frühere Volkskommissar Schljapnikow ein Referat, das heißt kein Referat — Referat kann man es eigentlich nicht nennen —, sondern eine Kritik an Regierungserlassen, wobei er sich im besonderen auf die Resolution des Präsidiums des Obersten Volkswirtschaftsrates über die Verpachtung von Betrieben stützte. Er begann mit dem Punkt 1, in dem gesagt wurde: „Es muß gewiesen werden, daß unökonomisch gewirtschaftet wurde." Genosse Schljapnikow bemerkte dazu lachend: „Was heißt das? Wie ist das möglich? Vier Jahre haben wir doch für die Besitzer gewirtschaftet." Sodann kritisierte er die Stelle der Resolution, in der gesagt wird: „Obwohl die Arbeiter mit Berufskleidung und Lebensmitteln versorgt wurden, sind die Produktivität auf ein Minimum." Diesen Punkt kritisierte Genosse Schljapnikow besonders scharf. Er stellte fest, daß die Arbeiter fast gar nichts erhielten, die Produktivität dagegen in einigen Betrieben sogar höher war als vor dem Krieg. Als dritten Punkt behandelte Genosse Schljapnikow seine Kritik die Unterschlagungen. Nicht die Arbeiter wären schuldig, sondern die Wirtschaftsorgane, die die Arbeiter zum Diebstahl zwingen. Die ganze Resolution wäre von einem arbeiterfeindlichen Geiste erfüllt. Die Arbeiter müssen auf der Hut sein."

Als Wladimir Iljitsch diese Information erhielt, forderte er die Einberufung einer außerordentlichen Plenartagung des ZK. und der ZKK. zur Beratung seines — Lenins — Antrages betreffend den Ausschluß des Genossen Schljapnikow aus dem ZK. der Partei wegen Verletzung der Parteidisziplin. Er begründete seinen Antrag damit, daß das ZK. nicht dulden dürfte, daß einzelne Mitglieder seine Politik unterminieren. Die Mitglieder des ZK. dürfen wohl innerhalb des ZK. ihre eigene Ansicht haben, diskutieren, streiten, sie sind aber ohne Ausnahme verpflichtet, ohne jegliche Abweichung davon, ob sie mit den Beschlüssen einverstanden sind oder nicht, verpflichtet, die gefaßten Beschlüsse vorbehaltlos durchzuführen, sie sowohl unter den Parteilosen, wie auch unter den Parteimitgliedern zu vertreten. Die Frage des Genossen Schljapnikow, eines Mitgliedes des ZK., an der Resolution des Obersten Volkswirtschaftsrates, die im Zusammenhang mit der allgemeinen Politik des ZK. gefaßt wurde, war in den Augen des Genossen Lenin ein hinreichender Grund, um den Ausschluß des Genossen Schljapnikow aus dem Zentralkomitee der Partei auf die Tagesordnung zu setzen. Auf Vorschlag des Genossen Lenin faßte das Plenum des ZK. damals folgende Entschließung:

„Berichtet wurde über die Verletzung der Parteidisziplin durch den Genossen Schljapnikow. Beschlossen wurde:

a) Die organisatorische Einmischung des Zentralkomitees unverzüglich. Morgen, am 9. August, um 11 Uhr früh, wird in dem Beschluß des X. Parteitages über die Einheit der Partei vorgesehene Kollegium aus den in Moskau anwesenden Mitgliedern des ZK. der RKP., der Kandidaten und Mitglieder der ZKK. einberufen."

Wie gesagt, Genosse Lenin beantragte auf jener Tagung den Ausschluß des Genossen Schljapnikow aus dem ZK. der Partei. Er blieb aber in der Minderheit. Die Mehrheit beschloß mit der Entfernung des Genossen Schljapnikow aus der Zentralen Kommission für Parteisäuberung. Der Beschluß lautete:

„Mit Rücksicht auf die mehrsache Verletzung der Parteidisziplin durch den Genossen Schljapnikow als Mitglied des ZK. erachtet die Versammlung es als vollkommen unzulässig, daß Genosse Schljapnikow außerhalb des ZK.'s solche Reden und Erklärungen abgibt und Kritik übt, die gegen die Politik des ZK. gerichtet sind und gegen die die tatsächliche Meinung des Parteitages widerspiegelnden Beschlüsse verstoßen. Eine solche Tätigkeit des Genossen Schljapnikow in dieser Richtung macht die Frage der Möglichkeit seiner weiteren Mitarbeit im ZK. auf die Tagesordnung stellen. Daher fordert die Versammlung den Genossen Schljapnikow folgerichtig auf, seine politische Haltung zu ändern, sich der Linie des ZK., dem er angehört, anzupassen. Sollte Genosse Schljapnikow sein Verhalten nicht ändern, so wird das ZK. beauftragt, eine ähnliche Versammlung zur nochmaligen Prüfung der Frage einzuberufen.

Einstimmig angenommen, bei drei Stimmenthaltungen.

b) Der vorliegende Beschluß ist sofort, jedoch nur den Gouvernementskomitees, bekanntzugeben und nur im Nachrichtenblatt der ZK. der RKP." zu veröffentlichen.

c) Genosse Schljapnikow wird seiner Tätigkeit als Mitglied der Zentralen Kommission für Parteisäuberung enthoben."

Das Vorgehen des Genossen Schljapnikow verdaßt aber vollständig, wenn man ihm den Fall Laschewitsch, Bjelenki usw. entgegenhält. Genosse Schljapnikow kritisierte immerhin in legaler Weise in einer legalen kommunistischen Versammlung vor der Parteiöffentlichkeit die Beschlüsse des Obersten Volkswirtschaftsrates. Lenin legte jedoch den Fragen der Parteidisziplin eine so außerordentliche Bedeutung bei, er war so rücksichtslos bei der Beurteilung von Handlungen, die, wenn auch nur im geringsten Grade, die Parteidisziplin schwächten, daß er für ein Vergehen, das im Vergleich zur Spaltungstätigkeit der Genossen Laschewitsch, Bjelenki usw. nur unwesentlich erscheint, den Ausschluß Schljapnikows aus dem ZK. forderte.

Die gemeinsame Plenartagung der ZK. und der ZKK. hat die Angelegenheit der Genossen Laschewitsch, Bjelenki usw. sehr sorgfältig geprüft. Einige Mitglieder der Partei haben in grober Weise gegen die Satzungen der Partei verstoßen, indem sie praktische Maßnahmen zur Organisierung einer Fraktion unternahmen und zu diesem Zweck illegale Versammlungen abhielten, eine Geheimchiffre für ihre Korrespondenz zusammenstellten, konspirative Standquartiere einrichteten usw.

Eine der geheimen illegalen Versammlungen fand unter Vorsitz des Genossen Bjelenki in der Nähe von Moskau statt. Der Berichterstatter in der Versammlung war der Mitgliedskandidat des ZK., Gen. Laschewitsch. Darüber hinaus hat die ZKK. auch noch andere Tatsachen festgestellt. Bjelenki reiste nach Odessa, organisierte dort eine dreigliedrige Kommission für die Fraktionsarbeit und korrespondierte mit dieser Dreierkommission unter Benutzung einer Geheimchiffre. Natürlich wurde die Geheimschrift durch den Genossen Bjelenki nicht zu persönlichen Zwecken zusammengestellt, sondern sie verfolgte lediglich den Zweck einer gegen die Partei gerichteten konspirativen Korrespondenz mit einem Fraktionszentrum. Sodann sind nachweislich in einer Reihe von Fällen von den Oppositionsmitgliedern Geheimdokumente des Politbüros an zahlreiche Adressen verschickt worden. Erst kürzlich haben fast alle Moskauer Zellen ein Schreiben eines Mitgliedes der Opposition mit dem Poststempel Leningrad, Nikolaibahnhof, erhalten, das diese Zellen gegen das ZK. der Partei aufzuputschen versuchte. Festgestellt ist ferner, daß Geheimdokumente der Partei durch parteilose Stenotypistinnen vervielfältigt wurden und in parteilosen Kreisen zur Kenntnis gelangten. Es sind auch Fälle zu verzeichnen, in denen Mitglieder der Opposition mit Parteilosen über die Stellungnahme der letzteren im Falle eines offenen Kampfes der Opposition gegen die Mehrheit des ZK. der Partei verhandelten.

Genosse Bjelenki ist bekanntlich verantwortlicher Mitarbeiter der KJ. Zwei andere Mitarbeiter der KJ., Guralski und Wujowitsch, versuchten nach dem 14. Parteitage eine ähnliche fraktionelle Verbindung mit einzelnen Mitgliedern und Gruppen ausländischer kommunistischer Parteien anzuknüpfen.

Bjelenki und seine Gesinnungsgenossen konnten natürlich ihre illegale Arbeit nur entsprechend den Wünschen und Anweisungen jener Genossen führen, die politisch an der Spitze der Opposition stehen. Da nun zahlreiche Fäden der Fraktionstätigkeit zum Vorsitzenden der KJ., dem Genossen Sinowjew, führten, erachtete es das Plenum des ZK. und der ZKK. für unmöglich, bei der Prüfung der Angelegenheit der Genossen Laschewitsch u. a. nur die weniger verantwortlichen Genossen zu verurteilen, die Frage des Verhältnisses des Genossen Sinowjew zur praktischen Organisation einer Fraktionsbewegung dagegen mit Schweigen zu übergehen. Hätte Genosse Sinowjew auf dem Plenum des ZK. und der ZKK. zwischen sich und allen diesen fraktionellen, illegalen Spaltungsaktionen einen scharfen Trennungsstrich gezogen, so wäre die Frage seiner Person weder in der Kontrollkommission, noch auf dem Plenum des ZK. und der ZKK. aufgeworfen worden. Genosse Sinowjew erschien jedoch nicht zur Sitzung der ZKK., obwohl er mehrmals aufgefordert wurde. Er erklärte, mit der Zusammenstellung der Thesen für die Sowjetwahlen beschäftigt zu sein und rückte auch auf dem Plenum selbst von allen diesen Spaltungsmaßnahmen nicht ab.

Die Beschlüsse der Partei und die Opposition

Die Frage der Spaltungsarbeit innerhalb der Partei wurde vom Plenum des ZK. und der ZKK. ohne Zusammenhang mit den politischen Meinungsverschiedenheiten beraten, die zwischen der Mehrheit der Partei und den Genossen Sinowjew, Trotzki und noch anderen bestehen. Die Meinungsverschiedenheiten der Partei mit dem Genossen Trotzki zum Beispiel sind größer als die mit dem Genossen Sinowjew; mit Medwedew sind sie noch wesentlich größer als mit den Genossen Trotzki und Sinowjew. Soweit aber die Genossen, die in einigen politischen Fragen einen anderen Standpunkt vertreten als die Gesamtpartei, nicht Fraktionen schaffen, keine Parteispaltung organisieren, vielmehr die Beschlüsse der Partei durchführen, kann auch nicht von irgendwelchen organisatorischen Maßnahmen die Rede sein. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Mehrheit und dem Genossen Trotzki begannen schon lange vor dem 14. Parteitage. Die Partei hat bereits mehrfach zur politischen Plattform des Genossen Trotzki Stellung genommen. In den Beschlüssen der 13. Parteikonferenz (Januar 1924) heißt es:

„Als Bilanz dieser Differenzen und auf Grund der Analyse des ganzen Charakters der Handlungen der Oppositionsvertreter gelangt die Reichsparteikonferenz zur Schlußfolgerung, daß wir in der Gestalt der heutigen Opposition es nicht nur mit einem Revisionsversuch des Bolschewismus, nicht nur mit einer direkten Abschwenkung vom Leninismus, sondern auch mit einer ausgesprochenen kleinbürgerlichen Abweichung zu tun haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese „Opposition" objektiv den Druck der Kleinbourgeoisie auf die Positionen der proletarischen Partei und deren Politik widerspiegelt. Die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie beginnt man außerhalb der Partei schon in erweitertem Sinne zu interpretieren, und zwar wird sie gedeutet als eine Schwächung der Diktatur des Proletariats und eine Erweiterung der politischen Rechte der neuen Bourgeoisie.

Bei der Tatsache, daß die RKP., die die Diktatur des Proletariats verkörpert, ein Monopolrecht auf die Legalität im Lande besitzt, ist es unvermeidlich, daß die innerlich am wenigsten gefestigten Gruppen der Kommunisten zuweilen nichtproletarischen Einflüssen unterliegen. Die gesamte Partei muß sich über diese Gefahren klar sein und entschieden für die Erhaltung der proletarischen Linie der Partei eintreten.

Diese kleinbürgerliche Abweichung erheischt einen systematischen und energischen Kampf unserer gesamten Partei."

Diese Charakteristik wurde vom XIII. Parteitage im vollen Umfange bestätigt. Der Parteitag betonte im besonderen das ideologische Wesen der Opposition als Ausdruck einer kleinbürgerlichen Abweichung. In der Resolution „Ueber die nächsten Aufgaben des Parteiaufbaus" wird unter anderem gesagt:

„... Neben dem Wachstum der politischen Aktivität der neuen bürgerlichen Schichten Kulaki auf dem Lande, NEP-Männer in den Städten) wurde auch innerhalb unserer Partei ein Eindringen kleinbürgerlicher Stimmungen festgestellt. Die XIII. Reichsparteikonferenz hat bereits die innerparteiliche Opposition Ende des vorigen Jahres als „eine offensichtlich kleinbürgerliche Abweichung" gekennzeichnet.

Die weniger widerstandsfähigen Elemente der Partei, hauptsächlich aus nichtproletarischen Bezirken und Zellen, sind diesem kleinbürgerlichen Einfluß zum Teil unterlegen. Für die Partei bedeuten jedoch solche Schwankungen eine außerordentliche Gefahr sowohl wegen ihres dem Leninismus feindlichen ideologischen Inhalts, als auch wegen der möglichen Folgen für den Bestand der proletarischen Diktatur in unserem Lande.

Unsere Partei, die die führende Partei der proletarischen Diktatur ist, muß nicht nur solche Schwankungen innerhalb der Partei mit aller Entschlossenheit abwehren, sondern auch ideologische und organisatorische Vorbeugungsmaßnahmen gegen ihre Entstehung in der Zukunft treffen ..."

Ferner nahm der V. Kongreß der KJ. auf dem der Genosse Sinowjew den Vorsitz führte, zu den Meinungsverschiedenheiten zwischen der Partei und Trotzki gleichfalls Stellung. Der V. Kongreß der KJ., an dem sich der Genosse Sinowjew lebhaft beteiligte, faßte bezüglich der Opposition von 1923 folgende Resolution:

„Der Kongreß stellt fest, daß die Opposition in der RKP. von den Gruppierungen in anderen Parteien (in der polnischen, einige Elemente in der deutschen und französischen Partei usw.) unterstützt worden ist, die ebenso wie die Opposition in der RKP. einen Ausdruck der rechten (opportunistischen) Abweichung in diesen Parteien darstellen und vom V. Kongreß der Kommunistischen Internationale verurteilt worden ist.

Nach Anhören eines speziellen Referats über die Lage der Sowjetunion und der RKP., nach Prüfung des Materials zu diesen Fragen in seinen Sektionen beschließt der Kongreß:

a) Im Namen des V. Kongresses der Kommunistischen Internationale die Resolutionen der XIII. Parteikonferenz und des XIII. Parteitages der RKP. zu bestätigen, die die Plattform der Opposition als Plattform mit kleinbürgerlichem Einschlag und ihr Vorgehen als Bedrohung der Einheit der Partei und folglich auch der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion verurteilen.

b) Die Resolutionen der XIII. Parteikonferenz und des XIII. Parteitages sind diesem Beschluß beizufügen und als Beschluß des V. Kongresses der Komintern zu veröffentlichen."

Heute geht Genosse Sinowjew mit dem Genossen Trotzki zusammen.

Zur sogenannten „Arbeiteropposition" faßte der von Lenin geleitete X. Parteitag nachstehenden Beschluß:

„... Die Ansichten der „Arbeiteropposition" und der ihr ähnlichen Elemente sind nicht nur theoretisch falsch, sondern stellen auch praktisch einen Ausdruck kleinbürgerlicher und anarchistischer Schwankungen dar, sie schwächen die strafe Linie der Kommunistischen Partei und helfen tatsächlich den Klassengegnern der proletarischen Revolution.

... Der Kongreß der RKP. lehnt entschieden diese Idee ab, die syndikalistische und anarchistische Abweichungen zum Ausdruck bringen, und beschließt:

1. Notwendig ist ein unermüdlicher systematischer Kampf gegen diese Ideen.

2. Die Propaganda dieser Bewegung ist mit der Zugehörigkeit zur RKP. unvereinbar.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Genossen Sinowjew, Kamenew und der Mehrheit der Partei erhielten auf dem XIV. Parteitage eine ausgeprägte Form. Es dürfte wohl allgemein bekannt sein, in welcher Richtung sich diese Meinungsverschiedenheiten bewegten, wie jede Streitfrage auf dem Parteitage sorgfältig diskutiert wurde, wie der Standpunkt der neuen Opposition von dem Parteitage verurteilt wurde. Das Falsche an diesem Standpunkt wurde wie folgt charakterisiert:

„Aber gleichzeitig verurteilt der Parteitag ebenso entschieden (wie er die erste Abweichung, die Unterschätzung der Kulakengefahr verurteilte. A. R.) die Versuche, die Grundfrage der kommunistischen Politik im Dorfe zu verfälschen: die Frage des Kampfes um den Mittelbauern als zentrale Figur der Landwirtschaft und die Frage der Kooperation als grundlegende organisatorische Form der Bewegung des Dorfes zum Sozialismus."

„... Unter den gegenwärtigen Verhältnissen droht diese zweite Abweichung mit der Rückkehr zur Politik der Bekämpfung des Kulakentums durch die Methoden des Kriegskommunismus und durch das Verlassen der jetzigen Parteilinie im Dorfe, die bereits ernste politische Erfolge gewährleistete, und also mit der Sprengung des Zusammenschlusses zwischen Proletariat und Bauerntum, das heißt mit der Sprengung unserer ganzen Aufbauarbeit."

Ich habe die Zitate angeführt, um Ihnen die wichtigsten prinzipiellen Momente des Kampfes der Partei, ihrer Kongresse und Konferenzen gegen die Abweichungen von der Leninschen revolutionären proletarischen Parteipolitik ins Gedächtnis zu rufen. Diese Parteibeschlüsse sind niemals abgeändert worden und gelten auch augenblicklich voll und ganz. Die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten mit der gegenwärtigen Opposition ergeben sich in ihren Grundzügen aus den Entschließungen der Partei und werden durch sie bestimmt. Natürlich können sie aber ebensowenig wie auch früher zu organisatorischen Schlußfolgerungen in der Partei Anlaß geben.

Sie sind auch nicht die unmittelbare Ursache der organisatorischen Maßnahmen, die den Genossen Sinowjew, Lasche-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260809-16/fragment/page=0005

wisch und den anderen gegenüber gefaßt wurden. Es wäre schädlich, unnötig und verderblich, solche organisatorischen Maßnahmen Genossen gegenüber anzuwenden, die mit der Partei in einzelnen politischen Fragen auseinandergehen.

Die innerparteiliche Demokratie und die Einheit der Partei

Daß Schattierungen in politischen Ansichten bestehen können, ist eine ganz natürliche gesetzmäßige Erscheinung. Würde man deswegen Verfolgungen ausgesetzt sein, so wäre die innerparteiliche Demokratie ein leeres Wort. Organisatorische Maßnahmen sind nur dann notwendig, wenn auf dem Boden von Meinungsverschiedenheiten Gruppierungen und Fraktionen entstehen, wenn gegen die Parteisatzungen verstoßen wird, wenn eine Spaltung droht.

Ich wiederhole: die Partei hat mit dem Genossen Trotzki viel größere Meinungsverschiedenheiten als mit den Genossen Kamenew und Sinowjew. Dazu kommt, daß Trotzki früher als die anderen eine von der Partei abgelehnte politische Plattform aufstellte. Die Partei ist mit den Genossen Sinowjew und Kamenew bedeutend länger zusammengegangen als mit dem Genossen Trotzki. Da aber Genosse Trotzki keine derartigen Spaltungsschritte unternahm, wurde ihm gegenüber nicht zu den Maßnahmen gegriffen, die das letzte Plenum dem Genossen Sinowjew gegenüber beschlossen hat.

Mir scheint, daß vom Standpunkte der Parteiinteressen eine solche Fragestellung die einzig richtige ist, denn die größte Gefahr, die der Diktatur der Arbeiterklasse überhaupt drohen kann, ist natürlich die Spaltung der Partei. Ich habe den Fall Schljapnikow angeführt, um zu zeigen, mit welcher Entschlossenheit Genosse Lenin auf diese Angelegenheit reagierte, die im Vergleich zu der Sache Laschewitsch, Bjelenki usw. ein Kinderspiel war.

Das Plenum des ZK. und der ZKK. war geradezu frappiert, daß der Genosse Sinowjew keinen Trennungsstrich zog zwischen sich und den Laschewitsch, Bjelenki, Michailow und anderen, sowie von dem Verhalten dieser Genossen vor der Zentralen Kontrollkommission und dem Plenum des ZK.

Diese Genossen verhielten sich vor ihrem höchsten Parteiorgan in einer Weise, als ob sie Mitglieder einer fremden Partei wären, indem sie vor unserer Partei ihre Tätigkeit geheim hielten, die Namen derjenigen nicht preisgaben, die mit ihnen an der Spaltungsarbeit beteiligt waren. Daraus ersah das Plenum des ZK. und der ZKK., wie weit sich einige Genossen in der Spaltungstätigkeit, in ihren Versuchen, eine Fraktion innerhalb der Partei zu organisieren, verstiegen haben. Die Geschichte der bolschewistischen Partei kennt bisher keinen Fall, in dem ihre Mitglieder aus ihrer Parteitätigkeit ein Geheimnis vor der Partei gemacht hätten. Die Konspiration ist aber nunmehr soweit gediehen, daß Parteimitglieder sogar vor dem Plenum des ZK. und der ZKK. ihre Parteihandlungen verbergen. Wie die Genossen, die heute die Opposition leiten, seinerzeit zu solchen Erscheinungen im Parteileben Stellung nahmen, ergibt sich aus einigen Zitaten, die ich verlesen werde. Auf der Leningrader Konferenz am 1. Januar 1924 sagte Genosse Sinowjew:

„Manchmal sagt man, daß alles Unglück der Partei vom X Parteitag ausgeht. Wiesok Gerade der X. Parteitag hat die Freiheit der Diskussion und der Besprechungen in der Partei anerkannt. Derselbe X. Parteitag aber nahm den Vorschlag des Genossen Lenin an über das Verbot der Fraktionen und Gruppierungen. Das ist es denn auch, was manchem nicht gefällt.

Die Politik des X. Parteitages ist die Politik des Genossen Lenin. Darum gilt es, klar zu erkennen, daß hier ein Vorstoß gegen die Grundlagen der bolschewistischen Politik, gegen die Grundlagen des Leninismus, gegen seine grundlegende Bilanz vorliegt, die der X. Parteitag gezogen hat. Und deshalb muß aufs strengste unterschieden werden zwischen der Diskussionsfreiheit und der Freiheit von Beratungen, die die Lage erlaubt, und der Freiheit von Gruppierungen und Fraktionen. Das sind zwei verschiedene Sachen.

Die proletarische Diktatur beruht ja gerade darin, daß sie etwas Einheitliches, Geschlossenes darstellt. Eine zwiespältige Politik ist sozusagen trockenes Wasser; sie ist nicht mehr Diktatur, sondern Untergang der Diktatur. Darum müssen wir, Genossen, darauf bestehen, daß ein Unterschied gemacht wird zwischen der Freiheit der Diskussion und der Freiheit von Gruppierungen und Fraktionen."

Die in dem Zitat erwähnte Resolution wurde vom X. Parteitag gefaßt. Genosse Lenin hatte sie selbst verfaßt und dem X. Parteitage zur Annahme vorgeschlagen. Sie wurde auf dem XIII. Parteitage bestätigt. In der Zeit zwischen dem X Parteitage und der XIII. Parteikonferenz galt sie laut Beschluß der X. Tagung als Geheimdokument der Partei und wurde erst auf Grund eines Beschlusses der XIII. Parteikonferenz veröffentlicht. Sie lautet:

„Um eine strenge Disziplin innerhalb der Partei und in der gesamten Sowjetarbeit zu verwirklichen und die größtmöglichste Einheit unter Beseitigung jeder Fraktionstätigkeit zu erreichen, bevollmächtigt der Parteitag das ZK. im Falle von Verstößen gegen die Disziplin oder Wiederentstehung oder Zulassung der Fraktionstätigkeit alle Maßnahmen der parteilichen Maßregelung, einschließlich des Ausschlusses aus der Partei, zu ergreifen, und den Mitgliedern des ZK. gegenüber ihre Abberufung als Mitglieder unter Belassung als Kandidaten des ZK. oder in äußersten Fällen den Ausschluß aus der Partei. Bedingung für die Anwendung einer solchen äußersten Maßnahme den Mitgliedern des ZK., den Kandidaten des ZK. und den Mitgliedern der ZKK. gegenüber ist die Einberufung des Plenums des ZK. unter Heranziehung der Kandidaten des ZK. und aller Mitglieder der ZKK. Bestätigt eine solche allgemeine Versammlung der verantwortlichsten Parteiführer mit zwei Drittel Mehrheit die Abberufung der Mitglieder des ZK. unter Belassung als Kandidaten oder den Ausschluß aus der Partei, so ist diese Maßnahme sofort durchzuführen."

Ich führe noch ein Zitat aus der Rede des Genossen Sinowjew in der Moskauer Funktionärversammlung vom 11. Dezember 1924 an, wo er sich noch schärfer gegen die Gruppen- und Fraktionsbildung aussprach:

„Daher bitten wir Euch, die Moskauer Organisation, uns eine klare eindeutige Antwort zu geben. Wenn Ihr glaubt, daß die Zeit gekommen ist, die Fraktionen und Gruppierungen zu legalisieren, so sprecht das offen aus. Wir glauben, daß diese Zeit noch nicht gekommen ist und daß sie überhaupt nicht kommen wird in der Periode der Diktatur des Proletariats. (Stürmischer Beifall!) Sie kann nicht kommen, weil diese Frage mit der Frage der Pressefreiheit, der politischen Rechte der nicht proletarischen Schichten der Bevölkerung überhaupt usw. zusammenhängt. Wer dies nicht begreift, der versteht überhaupt nichts von der Gesamtlage. Das steht in Verbindung mit unserer Einstellung der Bauern gegenüber. Wir können nicht eine Zwiespältigkeit der Partei zulassen, da wir damit eine Zwiespältigkeit des Staates zulassen würden. Die geringste Unordnung in der Partei wirkt sich sofort auf den gesamten Staatsapparat aus. Seht Ihr denn nicht, was sich gegenwärtig abspielt? Es gibt augenblicklich kein Kommissariat, in dem nicht das Versuch sabotiert wird, daß in unserer Partei ungewöhnliche Dinge vor sich gehen. Wie das wohl enden mag, das wisse noch niemand. Darüber sprechen sowohl die Spezialisten als auch die anderen Kategorien der Angestellten. Die Zwiespältigkeit in der Partei ruft unvermeidlich eine Zwiespältigkeit des gesamten Staatsapparates hervor. Daher ist die Frage der Gruppierungen für die Partei eine Lebensfrage."

Das sagte Genosse Sinowjew Ende 1924, und Anfang 1925 an einer anderen Stelle bemerkte er:

„... Der Schlag gegen die Fraktionstätigkeit muß sofort geführt werden, solange sie noch im Entstehen begriffen ist, denn zuweilen ist es schon zu spät, um die Fraktionstätigkeit auszurotten, da sie inzwischen bereits ausgewachsen ist, wie wir dies in einigen anderen Ländern beobachten können. Dann kann eine Spaltung entstehen ..."

Ich habe den letzten Satz deswegen angeführt, weil ich damit beweisen wollte, daß wir nach Sinowjew etwas verspätet zum Schlage ausgeholt haben. (Heiterkeit.) Das sahen auch alle Mitglieder des ZK. und der ZKK. ein. In zahlreichen Fällen wurde dem ZK. und der ZKK. auf dem Plenum vorgeworfen, das Zentralkomitee hätte zuviel Milde walten lassen, es kämpfe zu schwach und unentschlossen gegen die Opposition. Einige Genossen schlugen schärfere Maßnahmen gegen Laschewitsch, Bjelenki und verschiedene andere Genossen vor. Meines Erachtens hat aber der 14. Parteitag ganz richtig gehandelt, indem er alles aufbot, um eine friedliche Ueberwindung der Meinungsverschiedenheiten durch Aufnahme der Oppositionsvertreter in das ZK. zu ermöglichen, und das ZK. der Partei hat richtig gehandelt, indem es die Vertreter der Opposition in das Politbüro aufnahm.

Das war notwendig, damit der Opposition die Möglichkeit geboten würde, in der Partei sachlich mitzuarbeiten und eine legale Vertretung ihrer Ansichten innerhalb des ZK. im Politbüro und in der ZKK. zu haben.

Seit dem Parteitag sind sechseinhalb Monate vergangen, in deren Verlauf die Partei, das ZK. und die ZKK. alle Anstrengungen machten, um auf dem Boden einer gemeinsamen Arbeit die Einheit der Partei und die Einheit der Aktionen, die Ueberwindung der Meinungsverschiedenheiten zu sichern. Die Opposition hat aber ihrerseits nicht nur nicht den notwendigen Eifer in dieser Richtung gezeigt, vielmehr durch ihre ständigen Angriffe gegen die Mehrheit des ZK., durch ihr ständiges Streben nach Zuspitzung, Aufbauschung der Meinungsverschiedenheiten, indem sie sie dort suchte, wo solche nicht bestanden, eine Atmosphäre geschaffen, die eine systematische planmäßige Leitung der Partei und der Staatsarbeit erschwerte. Die Partei befand sich sozusagen in der Defensive. Nun ist aber der Augenblick gekommen, in dem im Interesse der Einheit, der Aufrechterhaltung der proletarischen Diktatur die Partei von der Verteidigung zum Angriff übergehen muß. Die Spaltungstätigkeit der Genossen Laschewitsch, Bjelenki u. a. zeigt deutlich daß die Einheit der Partei gegenwärtig viel stärker bedroht ist als je zuvor. Das ist um so gefährlicher, da der Genosse Lenin nicht mehr in unserer Mitte ist. Als Lenin noch lebte, hat die Partei im Zusammenhang mit dem Brester Frieden, der Gewerkschaftsdiskussion, der Arbeiteropposition usw., eine ganze Reihe von Krisen durchgemacht. Gestützt auf die Mehrheit der Partei, ging Genosse Lenin mit einer solchen Schärfe gegen die Opposition vor, daß sie sehr rasch jede politische Bedeutung verlor.

Die wichtigste Frage, die nach dem Tode des Genossen Lenin im Parteileben auftauchte, bestand darin, durch engen Zusammenschluß der Parteikaders, durch die Erhöhung ihrer Verantwortlichkeit und die Konzentrierung der Aufmerksamkeit jedes einzelnen Parteimitgliedes auf die Fragen der Parteidisziplin, durch die ganze Masse von einer Million Mitgliedern den Genossen Lenin in seiner außerordentlichen Rolle zu ersetzen, die Einheitlichkeit, die Geschlossenheit der Partei zu sichern, mit aller Entschlossenheit für die Erhaltung der Einheit der Partei zu kämpfen, die Parteimitgliedschaft so zu erziehen, daß sie mit der gleichen Kraft und Energie wie Genosse Lenin alle Versuche, die Partei zu spalten, von wo immer sie auch kämen, abzuwehren vermag. Die 13. Parteikonferenz, der 13. und 14. Parteitag, das letzte gemeinsame Plenum des ZK. und der ZKK. haben gezeigt, daß gegenwärtig bereits eine solche Geschlossenheit der Parteifunktionäre erreicht ist, daß die Partei jedes Mitglied, dessen Tätigkeit die Einheit bedroht, zur Ordnung rufen kann.

Die organisatorischen Maßnahmen, die von der Partei durch das Plenum des ZK. und der ZKK. getroffen wurden, sind für jeden, dessen Tätigkeit die Einheit der Partei zu untergraben droht, eine ernste Warnung, welchen Posten auch immer er in der Partei bekleidet. Unsere KPSU. ist die Partei der proletarischen Diktatur, ist eine Partei, die diese Diktatur unter ungewöhnlich schwierigen Verhältnissen der bürgerlichen Einkreisung und des Kampfes der Klassenkräfte im Innern des Landes verwirklicht. Das Proletariat ist in unserem Lande zahlenmäßig noch in der Minderheit. Die KPSU. kann ihre historische Aufgabe des Aufbaues der sozialistischen Gesellschaft nur dann erfüllen, wenn in den Reihen der Partei eine unerschütterliche eiserne Einheit herrscht. Wenn jeder, der die proletarische Disziplin während eines Streiks verletzt, als Streikbrecher gilt, so ist jeder, der gegen die Disziplin der Partei der proletarischen Diktatur verstößt, noch schlimmer als ein Streikbrecher. Wenn die Partei in der Periode, die wir augenblicklich durchmachen, nicht die Kraft, den Mut und die Entschlossenheit aufbringt, rechtzeitig die Spaltungsversuche jedes Führers zu unterbinden, mag es nun Sinowjew sein oder Rykow oder Trotzki oder sonst jemand, so würde das bedeuten, daß die KPSU. noch nicht für die Diktatur des Proletariats reif ist.

Einige Genossen stellen nun die Frage so: Wäre es nicht für die Partei besser, wenn die Führer der Mehrheit und der Opposition durch gegenseitige Konzessionen und Kompromisse eine Vereinbarung erzielen?

Die Frage so zu stellen, ist falsch. Das hieße, die Partei als Föderation, als eine Union verschiedener Strömungen, Fraktionen und Gruppen betrachten, deren Führer politische Kompromisse und Abkommen schließen. Das hieße, die Partei und die Fraktion als zwei gleichberechtigte Vertragsparteien bezeichnen und das Zentralkomitee der Partei als ein Koalitionsorgan, sozusagen als unparteiliches Koalitions-Parteiministerium aus Vertretern verschiedener Fraktionen und Gruppen mit selbständigen Plattformen betrachten. Voraussetzung eines solchen Standpunktes ist die Ablehnung des Prinzips der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit selbst, mit anderen Worten, er setzt die Unvermeidlichkeit oder das Vorhandensein einer Spaltung voraus. Die einzig richtige, einzig proletarische und einzig demokratische Methode, den Willen der proletarischen Kommunistischen Partei zu bestimmen, ist der Beschluß ihrer Mehrheit. Jeder andere Standpunkt, das Eintreten für freie Fraktions- und Gruppenbildung ist ein liberaler Intellektuellenstandpunkt, der die Grundprinzipien des Aufbaus der Leninschen Partei, die ganze Geschichte, die ganzen organisatorischen Traditionen des Bolschewismus verleugnet.

Unsere Partei ist nicht nur die regierende Partei, sondern auch die einzig legale Partei in einem ungeheuren Lande. In den einzelnen Mitgliedern und in den einzelnen Schattierungen der politischen Meinungen, die innerhalb der Partei vertreten werden, muß sich der Kampf auswirken, der außerhalb der Partei geführt wird, müssen die Klasseninteressen der nichtproletarischen Bevölkerungsgruppen zum Ausdruck kommen. Daher würde der freie Kampf der Fraktionen innerhalb der Partei im Grunde genommen nichts anderes sein, als ein Ersatz für den Kampf der politischen Parteien im Lande. Ja, mehr noch, der Kampf der Fraktionen innerhalb der Partei ist nur der erste Schritt zur Organisierung verschiedener Parteien im Lande und zum bürgerlichen Parlamentarismus. Da die einzelnen Schattierungen innerhalb der Partei letzten Endes verschiedene Interessen vertreten, werden sie bestrebt sein, sich in Fraktionen zu formen mit eigener Disziplin und eigener Vertretung in den Zentralorganen der Partei, bis damit in Koalitionsorgane umwandelnd. Folglich ist die vor der neuen Opposition verteidigte Losung „Freiheit der Fraktionen und Gruppen" der Köder, die Losung, um die sich alle oppositionellen Elemente zusammenschließen.

Der Fall Laschewitsch und der anderen Genossen ist deswegen von so großem Interesse, weil diese Genossen die entschiedensten Schritte zur Organisierung einer Fraktion machten.

Neuerdings werden eifrig Gerüchte verbreitet, daß sich die Mehrheit der Partei ebenfalls in eine Fraktion zusammengeschlossen habe, daß diese Fraktion der Mehrheit die gefährlichste und schädlichste für die Einheit der Partei sei. Die politische Rechtfertigung für die Verteidigung der Freiheit der Fraktionen und Gruppen ist der Unterschied in den politischen Ansichten, politischen Plattformen eines Teiles der Parteimitglieder und der Partei in ihrer Gesamtheit. Die Mehrheit der Partei kann keine solchen politischen Ansichten, keine solche politische Plattform haben und hat auch keine, die sich von denen der Partei in ihrer Gesamtheit unterscheiden, da die Mehrheit die Plattform und die politische Tätigkeit der Partei bestimmt. Daher entwehrt das Argument, daß die Mehrheit der Partei sich in eine besondere Fraktion organisiert habe, die die gefährlichste und schädlichste ist, jedes politischen Sinnes. Das schließt natürlich nicht die Möglichkeit von Beratungen der Anhänger der allgemeinen Parteilinie über einzelne Fragen aus, besonders in der Zeit eines innerparteilichen Kampfes. Das geschah auch des öfteren während der Lebenszeit des Genossen Lenin, der z. B. in der Periode der Diskussion mit Trotzki über die Gewerkschaftsbewegung nicht nur eine von 11 Mitgliedern der Partei unterzeichnete Plattform veröffentlichte, sondern auch mehrfach die Anhänger seines Standpunktes zum Kampf gegen die Opposition zusammenberief.

Die Resolution über den Fall Laschewitsch usw. ist in der Presse veröffentlicht. Das ZK. hat sich zu diesem Schritt entschlossen, weil die Angelegenheit schon so weit gedieh, war, daß die Aufrufung aller Parteimitglieder zur geschlossenen Verteidigung der Einheit notwendig war. Um diese brennende, entscheidende Frage der Einheit der Partei muß die gesamte Masse der Parteimitgliedschaft mobilisiert werden. Das Plenum des ZK. und der ZKK. hat einflußreiche Mitglieder der Partei wegen Verletzung der Satzungen und der Parteidisziplin zur Ordnung gerufen. Die gesamte Mitgliedschaft muß das Plenum mit solcher erdrückenden Wucht unterstützen, daß niemandem mehr der Gedanke kommt, die Einheit der Partei zu stören. (Beifall.)

Genossen! Ich sehe voraus, daß man mir die Frage stellen wird, welche Bedeutung die Abberufung des Genossen Sinowjew aus dem Politbüro für die Kommunistische Internationale haben wird. Der Vorsitzende der Kommunistischen Internationale wird durch den internationalen Kongreß der KI. gewählt. Daher kann das Politbüro der KPSU. weder den Vorsitzenden der KI. ernennen noch abberufen.

In den Sitzungen des Plenums des ZK. und der ZKK. waren anwesend das Präsidium des EKKI und eine Reihe einflußreicher Mitglieder ausländischer Kommunistischer Parteien, darunter die Genossen Remmele, Ercoli, Smeral, Murphy, Neumann usw., die im Namen ihrer Partei die Erklärungen abgaben, daß sie sich mit der Mehrheit unserer Partei vorbehaltlos solidarisieren und es als ihre revolutionäre Pflicht betrachten, unsere Partei im Kampfe gegen die Opposition sowohl in der USSR. als auch im Auslande zu helfen. (Beifall.)

Bevor ich mit der innerpolitische Lage abschließe, werde ich auf die mir schriftlich gestellte und wie folgt formulierte Frage antworten: „Läßt es sich mit der Demokratie vereinbaren, daß Ihr Sinowjew aus dem Politbüro abberufen habt, ist darüber in Mitgliederversammlungen diskutiert worden?" Zunächst habe ich zu bemerken, daß das Politbüro nicht vom Kongreß, sondern vom ZK. der Partei gewählt wird. Der Kongreß wählt nur das Zentralkomitee und die Zentrale Kontrollkommission. Das ZK. wiederum wählt aus seiner Mitte das Polit- und Orgbüro und das Sekretariat. Die Demokratie besteht nicht nur darin, daß die Mitglieder der Partei frei die Parteiorgane wählen, sondern auch darin, daß sie in aller Freiheit neu wählen und ihre Zusammensetzung ändern. Das Plenum des ZK. und der ZKK. hat mit überwältigender Mehrheit Sinowjew aus dem Politbüro abberufen. Man sagt: „Das ist nicht Demokratie." Besteht etwa die Demokratie darin, daß Genosse Sinowjew gegen den Willen und den Wunsch des ZK. das in der Zeit zwischen den Kongressen den Willen der gesamten Partei zum Ausdruck bringt, im Politbüro bleibt? (Heiterkeit.) Unsere Partei ist eine auf den Grundsätzen des demokratischen Zentralismus, nicht auf der Theorie der geborenen Führer aufgebaute proletarische Partei.

Die Sowjetwahlen

Ich gehe nun zu einer anderen wichtigen Frage über, die sehr ausführlich auf dem Plenum beraten wurde, zur Frage der Sowjetwahlen. Die letzten Wahlen, an denen sich alle Bevölkerungsschichten mit gesteigerter Aktivität beteiligten, und die im Zeichen der neuen Arbeitsmethoden der Partei auf dem Lande standen, haben insofern eine besondere Bedeutung, als sie sozusagen einen Prüfstein für unsere Partei bildeten die diese äußerst schwierige und verantwortungsvolle politische Kampagne durchführte. Das Plenum mußte nun die Richtigkeit der Parteilinie prüfen, feststellen, ob sie die Festigung der Diktatur des Proletariats gewährleistet, dem praktischen Aufbau des Sozialismus entspricht, den Zusammenschluß zwischen den armen und mittleren Bauern festigt usw.

In der Diskussion wurde hauptsächlich die Frage angeschnitten, ob die Sowjetwahlen zu einer Schwächung des Einflusses der Arbeiterklasse und zu einer Abweichung des Systems in der Richtung der Bourgeoisie geführt haben oder ob sie im Gegenteil die Diktatur des Proletariats bekräftigt haben. Ich werde nicht die zahlenmäßigen Ergebnisse der Wahlen anführen. Sie sind in der Presse veröffentlicht und können von jedermann eingesehen werden. Im allgemeinen konstatiert daß sich die Arbeiterklasse an den Wahlen aktiver beteiligte, als die übrigen Bevölkerungsschichten. Der Prozentsatz der Arbeiter, die an den Wahlen teilgenommen haben, war im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeiterklasse höher als in den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260809-16/fragment/page=0006

anderen Schichten der Bevölkerung. Vergleicht man jedoch das Tempo des Wachstums der Aktivität der verschiedenen sozialen Gruppen, so ergibt sich, daß die Aktivität einiger Schichten rascher zunahm, als die der Arbeiterschaft. Das steht fest.

Zum erstenmal nach vielen Jahren gingen den Wahlen breite öffentliche Wahlkampagnen voraus, zum erstenmal fanden sie unter den Verhältnissen des vollständigen Bürgerfriedens und der Aktivität der gesamten Bevölkerung der USSR. statt. Auf dem Lande entwickelten die Massen der mittleren Bauern nach den vorliegenden Berichten und Daten die größte Aktivität, während die armen Bauern sowohl in dieser Hinsicht, als auch in bezug auf den Stand ihrer Organisierung hinter den anderen Schichten der Landbevölkerung zurückblieben. Zieht man aber einen Vergleich zwischen der Organisiertheit und der Aktivität der armen Bauern während der letzten Wahlen und in den vorigen Jahren, so muß man feststellen, daß sie sich durch ihre Selbsttätigung zum erstenmal eine feste Position in der Oeffentlichkeit erobert haben. Die Partei muß daher mit noch größerer Zähigkeit und Energie als bisher ihre Arbeit unter der Dorfarmut fortsetzen.

Zieht man das Fazit der Führung der Wahlkampagne durch die Partei, so ist darauf hinzuweisen, daß seitens der Parteiorganisationen in einer ganzen Reihe von Bezirken wesentliche Fehler begangen wurden. Es sind Fälle zu verzeichnen, in denen unsere Zellen passiv blieben, keine eigenen Kandidaten aufstellten, keine eigene Plattform veröffentlichten. Mit einem Wort, sie verhielten sich so, wie seinerzeit die „Schleppteuleiter" in der Arbeiterbewegung. Es sind Fälle einer gewissen Verletzung oder genauer gesagt, von Versuchen der Verletzung der Verfassung und der Wahlvorschriften zu verzeichnen, die das Wahlrecht der nichtproletarischen Bevölkerung erweiterten. Auf Veranlassung des Sekretariats des ZK. wurden diese Wahlvorschriften revidiert.

Man kann nicht leugnen, daß Fehler und negative Erscheinungen bei Durchführung der Wahlkampagne vorkamen. Es ist besser, sie zu übertreiben, als sie zu verkleinern, da es dann leichter sein wird, sie auszumerzen. Es wäre aber vollkommen falsch aus diesen einzelnen negativen Erscheinungen die Schlußfolgerungen zu ziehen, daß die Wahlkampagne die Diktatur des Proletariats, die Rolle, Bedeutung und den Einfluß der Partei geschwächt hat. Man muß sich über das Wichtigste klar werden und zwar darüber, daß sowohl in bezug auf die Arbeitsmethode unter der Bevölkerung als auch die Methode der Verwirklichung des Parteieinflusses auf dem Lande und in bezug auf die Formen der Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und Bauernschaft die Diktatur der Arbeiterklasse auf ein Niveau gehoben wurde, auf dem sie bisher nie gestanden hat. Vor kurzem noch herrschte auf dem Lande der Befehlston, die behördliche Willkür. Man wählte nicht, man ernannte.

Mit Recht sagte ein Redner, ich glaube, es war ein Delegierter aus dem Nordkaukasus, das früher an der Spitze der Behörden in den Dorfgemeinden solche Kommunisten standen, die häufig bei den Bauern nicht die notwendige Autorität besaßen. Gegenwärtig jedoch besitzen die unteren Organe der Sowjetmacht das Vertrauen der Bevölkerung. Diejenigen, die sich auf Bauern zusammensetzen, umfassen häufig Parteilose, die aber mit wenigen Ausnahmen aufrichtig das Sowjetsystem verwirklichen und mit der Partei sympathisieren.

Trotz einer ganzen Reihe von Fehlern während der letzten Wahlen haben wir insofern zum erstenmal große Erfolge erzielt als es uns gelungen ist, die Hauptmasse der Bauernschaft, d. h. die mittleren Bauern von den Ausbeuterelementen, den sogenannten Kulaks, zu trennen. Die Schaffung aktiver Bauernbeirates, die Organisierung der Dorfarmut ermöglichte es der Partei, in einer öffentlichen politischen Kampagne den Kampf gegen die großbäuerlichen Elemente mit Hilfe neuer Methoden bei politischen Wettstreits aufzunehmen. Bisher wurde der Kampf gegen die Ausbeuter überwiegend durch Befehle, behördliche Maßnahmen und der unmittelbaren Entziehung des Lebens der ausbeuterischen Elemente geführt. Solche Kampagnen wie die gegenwärtige sind bisher von der Partei nicht organisiert worden. Das Plenum hatte vollkommen recht, als es die Fehler und Unterlassungen, sowohl seitens der Partei als auch der Sowjetorganisationen betonte, gleichzeitig aber darauf hinwies, daß die Wahlen den Beweis für die angeborenen Erfolge der Partei in der Leitung des politischen Lebens erbracht haben, daß die Wahlen zur Festigung der Diktatur des Proletariats und des Zusammenschlusses der Arbeiter und Bauern geführt haben.

Auf Arbeiter- und Parteiversammlungen habe ich schon mehrmals unterstrichen, daß die wachsende Aktivität der werktätigen Massen der Sowjetunion ein großer politischer Faktor unseres Wirtschaftsaufstiegs und der praktischen Verwirklichung des Sozialismus ist. Die letzte Wahlkampagne hat von neuem das Wachstum der Aktivität der Bevölkerungsschichten bestätigt, gleichzeitig jedoch gezeigt, daß dieses Wachsen der Aktivität in den Reihen der Arbeiterklasse im Vergleich zu den anderen Schichten der Bevölkerung im langsameres Tempo hat. Eine gewisse Erklärung dafür muß natürlich in der Tatsache gefunden werden, daß früher die Aktivität der nichtrevolutionären Schichten ganz minimal war. Das gilt nicht nur von den Bauern, sondern auch von solchen Schichten, wie die Frauen in den Städten. Berücksichtigt man ihre bisherige prozentual schwache Beteiligung beispielsweise bei den vorigen Wahlen 10 bis 20 Prozent betrug, so kann eine Verdoppelung ihrer Aktivität leicht erreicht werden. Die Arbeiterklasse dagegen muß zur Erhöhung ihrer Aktivität bei Wahlkampagnen ihre letzten Reserven aufbieten. Dabei ist noch zu beachten, daß sie ihre Aktivitätsarbeit auf die Mitarbeit in den Wirtschafts- und Gewerkschaftsorganen konzentriert und eine Gefahr für ihre dominierende Rolle in den Sowjets nicht besteht. Dessen ungeachtet muß die Partei im Zusammenhang mit der stockenden Zunahme der Aktivität der Arbeiterschaft sich im besonderen der Frage der Belebung der Arbeiterdemokratie widmen. Ihre führende Rolle an anderen Bevölkerungsschichten gegenüber kann die Arbeiterklasse nur dann bis zum Ende behaupten, wenn die Entwicklung ihrer politischen Aktivität hinter der Entwicklung der Selbstbetätigung der übrigen Bevölkerung nicht nur nicht zurückbleibt, sondern sie überflügelt.

Geschieht nun in der Praxis, in unserer alltäglichen Arbeit alles Notwendige für die Erziehung zu dieser Selbstbetätigung, zur Belebung der Arbeiterdemokratie?

Mir scheint, daß dem nicht so ist. Es kommt noch immer vor, daß einige Genossen, die zum Teil in der Verwaltung oder in Parteiorganen beschäftigt sind, sich gegenüber der sachlichen, häufig gerechten Kritik an den einen oder anderen Maßnahmen der Partei- und Sowjetorgane feindselig verhalten. Immerhin glaube ich nicht, daß dies eine häufige Erscheinung ist. Aber selbst vorausgesetzt, daß solche Fälle einer auf tausend kommen, so ist das anormal. Wer die Kritik unterdrückt, die Partei fürchtet, hat sich nicht die Politik der Partei zu eigen gemacht, für ihn ist die innerparteiliche Demokratie die Belebung der Selbsttätigkeit der breiten werktätigen Massen ein leeres Wort. Er begreift nicht die Kompliziertheit unserer ungeheuren Aufgaben und die Unmöglichkeit ihrer Verwirklichung ohne aktivste Beteiligung der Bevölkerung an ihrer Lösung.

Neben diesen beiden wichtigsten Fragen (Fall Laschewitsch und Sowjetwahlen) standen auf der Tagesordnung des Plenums noch drei Punkte: Wohnungsbau, Getreidebeschaffung und englischer Streik. Meines Erachtens sind dem Wohnungsbau und der Getreidebeschaffung auf dem Plenum des ZK. und der ZKK. weniger Aufmerksamkeit und Zeit gewidmet worden, als sie es verdienten. Das ist wohl darauf zurückzuführen, daß der innerparteiliche Kampf, der Kampf der Opposition gegen die Mehrheit, unsere positive schöpferische Arbeit hemmt. Die Frage der Sowjetwahlen, des englischen Streiks und der Fall Laschewitsch wurden in zahlreichen Sitzungen besprochen. Die Debatten verlasen unter reger Beteiligung sowohl der gesamten Opposition als auch der anderen Mitglieder des Plenums. Die Fragen des Wohnungsbaus und der Getreidebeschaffung verblaßten dagegen, sie erregten, wie schon gesagt, nicht die verdiente Aufmerksamkeit. An diesem einen Beispiel läßt sich ermessen, was aus unserer positiven Arbeit, aus dem Aufbau des Sozialismus in unserem ungeheuren Lande werden wird, wenn alle Parteiorganisationen eine breite Diskussion über die Meinungsverschiedenheiten mit der Opposition eröffnen. Wenn sich die Verhältnisse für die Führung des komplizierten Staats- und Wirtschaftsaufbaues durch die Partei so gestalten, werden wir wohl kaum jene Erfolge beim Aufbau des Sozialismus erzielen, die unter objektiven Verhältnissen möglich sind.

Getreidebeschaffung und Wohnungsbau

Die Frage der Getreidebeschaffung ist von großer Tragweite. Wir haben in diesem Jahr wieder eine gute Ernte. Der Aufbauprozeß unserer Wirtschaft, die Entwicklung der Industrie und die Industrialisierung des Landes, dies alles hängt zum großen Teil davon ab, daß wir die diesjährige Ernte richtig ausnutzen, besser als im vorigen Jahre, daß wir genügende Getreidemengen zu annehmbaren Preisen sammeln, um das Land zu versorgen, einen staatlichen Getreidereservefonds bilden und den Ueberschuß exportieren. Davon hängt ab, bis zu welchem Grade es uns in dem nächsten Jahre gelingt, Fortschritte und Hebung in der gesamten Wirtschaft der Union und in der Industrialisierung des Landes zu machen. Es muß aber gesagt werden, daß die erfolgreiche Lösung dieser Frage auf zahlreiche Hindernisse stößt. Der Umfang der diesjährigen Ernte wird nach den vorliegenden provisorischen, noch unvollständigen Angaben auf 10 Prozent mehr als im vorigen Jahre geschätzt. Der Umfang des für den Markt in Betracht kommenden Getreides, des Getreideüberschusses der Bauern wird auf rund 1 Milliarde Pud geschätzt.

Infolge der Ernte muß der Warenaustausch zwischen Stadt und Land anwachsen. Ist nun die Stadt, die Fabrik, die Arbeiterklasse zu diesem Warenaustausch mit dem Dorfe besser vorbereitet als im vorigen Jahr, oder wird die neue Ernte den Beweis erbringen, daß die Rolle der Landwirtschaft, der Bauernwirtschaft im Vergleich zur Industrie gewachsen ist? Die Angaben, die mir von den Wirtschaftsorganen vorgelegt wurden, und die die Genossen Dzerzjinski und Kwiring auf dem Plenum des ZK. erläuterten, besagen, daß unsere Industrie bei der Realisierung der neuen Ernte imstande sein wird, die Bauern stärker mit Waren zu beliefern als im Vorjahre. Die Produktion von Massenbedarfsartikeln im letzten Halbjahr des laufenden Wirtschaftsjahres wird gegenüber dem vorigen Jahre in Wertziffern ausgedrückt um 250 bis 300 Millionen Rubel höher sein. Es fragt sich nun, ob eine solche Zunahme der Industrie die Nachfrage der Bauern besonders in einem guten Erntejahr decken kann. Mir scheint aber, daß dies nicht der Fall sein wird und daß wir auch im nächsten Jahr einen Warenhunger kaum werden vermeiden können. Es wird aber schon ein bedeutender Erfolg sein, wenn es uns in dem einen Jahre erhöhter Nachfrage der Bauern gelingt, den Warenmangel etwas abzuschwächen, ohne Fertigfabrikate aus dem Auslande einzuführen. Zur Vorjahre waren wir bestrebt, den Warenhunger: dadurch zu mindern, daß unsere Wirtschaftsorgane in den ersten drei Herbstmonaten Stoffe, Leder usw. im Werte von rund 75 Millionen Rubeln aus dem Auslande einführten. In diesem Jahr realisieren wir die Ernte und organisieren den Warenaustausch zwischen Stadt und Land, ausschließlich gestützt auf die bei der Erweiterung unserer Industrie erzielten Errungenschaften.

Das wichtigste Problem der Getreidebeschaffung ist der Preis. Die Einkünfte der Bauern werden noch immer nach dem pro Pud erzielten Preis berechnet, obwohl diese Methode nicht ganz richtig sein dürfte. Im Auslande berechnet man die Einnahmen der Bauernwirtschaft nach dem Ertrage der Flächeneinheit.

Wenn der Getreideertrag bei gleichbleibender Bodenfläche höher ist, so werden die Einnahmen auch bei herabgesetzten Getreidepreisen nicht sinken, sondern womöglich noch wachsen. Im vergangenen Jahr waren die Getreidepreise so hoch, daß sie die Kaufkraft des Tschernowetz beeinträchtigten, eine Verteuerung auch der anderen Waren nach sich zogen und die Ausfuhr nach dem Auslande unrentabel machten. In diesem Jahr müssen unter Berücksichtigung des Ausfalls der Ernte Getreidepreise festgesetzt werden, die einerseits für die Bauern annehmbar wären und andererseits die Einträglichkeit der Ausfuhr der Getreideüberschüsse nach dem Auslande sichern. Das würde auf die gesamte Wirtschaft der Sowjetunion, im besonderen auf ihr Geldsystem, einen günstigen Einfluß haben. Durchschnittlich müßten sich die Weizenpreise meines Erachtens in diesem Jahre ungefähr auf einen Rubel stellen mit geringen Schwankungen nach oben, so daß der Durchschnittspreis für die vier wichtigsten Getreidesorten, Roggen, Weizen, Hafer und Gerste 85 bis 90 Kopeken betrüge. Diese Preispolitik müßte verbunden werden mit einer Erhöhung der Kaufkraft des Tschernowetz und Senkung der Kleinhandelspreise in der Industrie. Die notwendigen Maßnahmen sind vom Rate für Arbeit und Verteidigung, dem Handelskommissariat und den Provinzbehörden getroffen worden. Wir können bereits die ersten Erfolge in bezug auf die Senkung der Kleinhandelspreise für Industrieerzeugnisse in den letzten zwei Monaten feststellen. Sie gehen allmählich herunter.

Bezüglich des Wohnungsbaus muß ich zunächst sagen, daß das Plenum des ZK. eine der Streitfragen von der Tagesordnung absetzte, und zwar die Frage der Möglichkeit einer nach den ausbezahlten Lohnsummen berechneten Abgabe zwecks Gründung eines Wohnungsbaufonds. Das Plenum des ZK. beauftragte das Politbüro, zur Lösung dieses Problems die Vertreter der Gewerkschaften und der Wirtschaftsorgane heranzuziehen und seine Entscheidung auf Grund genauer Angaben und unter Berücksichtigung der bestehenden verschiedenen Meinungen zu treffen.

Die Lösung der Wohnungsfrage ist gegenwärtig die wichtigste Voraussetzung für die Entwicklung der Industrie, für die Industrialisierung des Landes und für die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse. Die Wohnungsfrage ist schon jetzt wohl kaum weniger zugespitzt als die Lohnfrage und dürfte sich in der Zukunft noch mehr verschärfen. Sie ist zur Zeit in einigen Bezirken bereits akuteller als die Lohnfrage. Daher erachtete es das Plenum des ZK. und ZKK. für notwendig, dem Bau von Arbeiterwohnungen eine besondere Resolution zu widmen.

Der wichtigste Punkt dieser Resolution ist die Organisierung eines Spezialfonds, der den Kampf gegen die Wohnungsnot der Arbeiter stärken und planmäßig gestalten soll. Wir haben es bereits erreicht, daß in allen Zweigen der Wirtschaft nicht nur kein Raubbau mehr getrieben, sondern daß das Grundkapital erweitert wird. Nur der Wohnungsbaufonds der Sowjetunion schmilzt auch gegenwärtig zusammen. Die Summe, deren Anweisung notwendig wäre, um der Bevölkerung der Städte und der Fabrikfiedelungen die minimal erforderliche Wohnfläche zu garantieren, ist sehr hoch und übersteigt wahrscheinlich eine Milliarde Rubel. In den letzten zwei Jahren haben wir für den Wohnungsbau insgesamt 350 Millionen Rubel verausgabt, es ist uns aber nicht gelungen, die Abnahme der Wohnfläche pro Kopf zu verhindern. Die Organisierung eines ausreichenden Spezialfonds für den Wohnungsbau wird einen großen Schritt vorwärts bedeuten im Kampfe gegen die Wohnungsnot. Im engen Zusammenhang mit der Wohnungsfrage steht die Höhe der Mieten. Die Mieten decken gegenwärtig nicht die Abnutzungskosten. Sie sind so niedrig, daß nicht die notwendigen Reparaturen vorgenommen werden können, was zu einem allmählichen Zerfall der Wohnungen und zu einer weiteren Abnahme der Wohnfläche führt. Eine auf Erhöhung der Mieten abzielende Politik, um die Wohnungen instand halten zu können, ist somit unvermeidlich, sie kann aber wegen der gegenwärtigen Höhe der Löhne noch nicht durchgeführt werden. Vor kurzem haben wir den ersten schüchternen ungenügenden Schritt zur notwendigen Erhöhung der Mieten getan. Entsprechend dem Steigen des Reallohnes der Arbeiter wird es in der Zukunft notwendig sein, auch den Mietzins zu steigern, und zwar letzten Endes bis zu einer Höhe, die die Amortisierung der Wohnungen gewährleistet.

Die Aufgaben des sozialistischen Aufbaues und die Einheit der Partei

Auf dem Plenum des ZK. und der ZKK. wurde der englische Streik sehr ausführlich diskutiert. Die Resolution des ESKK. über den Generalstreik in England war schon lange vor Zusammentritt des Plenums erschienen. Vorher wurde ihr Entwurf im Politbüro eingehend und sorgfältig beraten. Auf dem Plenum gedachte man nur einen informativen Bericht entgegenzunehmen. Doch entbrannten im Zusammenhange mit diesem Referat die Debatten, die im Politbüro und in der Kommission des Politbüro geführt wurden, von neuem.

Ich will nicht auf all die Meinungsverschiedenheiten näher eingehen, die mit dem Verhalten zum englischen Streik und dem Anglo-Russischen Komitee in Verbindung stehen, um so mehr, als nicht alle Mitglieder der Opposition mit dem Standpunkte der Genossen Sinowjew und Trotzki einverstanden sind. Soweit ich unterrichtet bin, stehen die Genossen Rakowski und Radek in der Frage des Anglo-Russischen Komitees auf dem Standpunkt der Partei. Alle Vertreter der ausländischen Parteien, die auf dem Plenum des ZK. und der ZKK. gesprochen haben, nahmen für die Beschlüsse des Politbüros, des Zentralkomitees der KPSU. und des Präsidiums des ESKK. Stellung.

Genossen! Im Zusammenhang mit der innerparteilichen Lage begannen die Beratungen und Beschlüsse über die verschiedensten Fragen in den Zentralorganen der Partei im ZK. und im Politbüro sehr viel Zeit in Anspruch zu nehmen. Das letzte Plenum des ZK. tagte anderthalb Wochen. Im Politbüro sind wir häufig nicht imstande, alle auf der Tagesordnung stehenden Punkte zu erledigen. Das kommt daher, daß die Meinungsverschiedenheiten in unbedeutenden Fragen all die Streitigkeiten, die schon in der gemeinen Diskussion erörtert wurden, wieder aufgerollt haben. Das Arbeitstempo der zentralen Organe der Partei wird dadurch stark verlangsamt. Es würde für die Partei eine große Gefahr bedeuten, wenn es auf dem Boden der bestehenden Meinungsverschiedenheiten erneut zu einer öffentlichen Diskussion kommen würde. Wie gesagt, wirkt das hemmend auf die gesamte Partei und auf die Arbeit der Sowjetorgane, ganz abgesehen davon, daß es wohl kaum gelingen würde, die Diskussion auf den Rahmen der Partei zu beschränken. Es ist sehr wahrscheinlich, daß sie diesen Rahmen überschreiten würde.

Genossen! Auf dem Gebiete der inneren Lage ist nach meinem Dafürhalten augenblicklich die wichtigste Tatsache die, daß die Gefahr der Wirtschaftskrise, von der unser Land in der ersten Hälfte des laufenden Wirtschaftsjahres bedroht war, inzwischen beseitigt ist. Es ist uns gelungen, den Tschernowetz zu halten und den ausgearbeiteten Plan der Industrieentwicklung im allgemeinen zu verwirklichen. Es muß aber mit aller Entschiedenheit betont werden, daß es auch in der Zukunft gilt, sehr große Schwierigkeiten zu überwinden. Der Wiederaufbau unserer Wirtschaft, die Akkumulation von Mitteln für die Industrialisierung des Landes, die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und der Bauern wird nur dann genügenden Erfolg haben, wenn die Einheit der Partei gewahrt bleibt, wenn die Richtlinien der Partei auf politischem und auf dem Gebiete der Organisierung der Wirtschaft von allen Mitgliedern der Partei geschlossen durchgeführt werden.

Nur unter der Voraussetzung der Konzentrierung aller Parteikräfte auf die Industrialisierung des Landes, auf die Stärkung der Rolle der sozialistischen Elemente in unserer Wirtschaft, auf die Sicherung des Wachstums der Organisierung und der Aktivität der Arbeiterklasse, auf ihre Heranziehung zum Staatsapparat zwecks Bekämpfung der bürokratischen Auswüchse, auf die Festigung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft können wir mit Erfolg die vor uns stehenden Aufgaben lösen. Dazu ist aber die Einheit der Partei notwendig. In einer verantwortungsvollen Periode der Geschichte unserer Partei, da wir unmittelbar an den Aufbau des Sozialismus herangetreten sind, ist es erforderlich, daß alle Kräfte der Partei eingesetzt werden zur Wahrung ihrer vollständigen Einheit um jeden Preis, zur Verhinderung der Spaltung und der Diskussionen, zur Konzentrierung aller Parteikräfte zwecks Lösung der nicht nur für die USSR., sondern auch für die gesamte internationale revolutionäre Arbeiterbewegung äußerst wichtigen Fragen des Aufbaus des Sozialismus.

(Stürmischer, anhaltender Beifall!)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260809-16/fragment/page=0007

9.8.26

Arbeiter-Sport

Die Russenspiele in Sachsen

Vom Kreis-Zeitungsdienst der Arbeitersportler des 4. Kreises wird über die Russenspiele mitgeteilt:

Die in diesem Jahre mit Genehmigung des Bundesvorstandes veranstalteten Spiele gegen die russischen Arbeitersportler nehmen in der Reihe aller bisher stattgefundenen internationalen Spiele die Primärstellung ein. Sie wurden ein sportliches Ereignis, das mit ganz elementarer Wucht den gesamten ethischen Inhalt der internationalen Arbeitersportbewegung zum Ausdruck brachte. „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch" ist auch der Wahlspruch der Arbeitersportler geworden. Und wahrlich, sie verstehen es, im schlichten Spiele auf grünem Rasen für eine Zusammenführung von Menschen, die sich noch vor wenigen Jahren gegenseitig niedermetzeln mußten, zu werben. Sie gaben drei Spiele in Leipzig, Chemnitz und Dresden. In allen drei Orten war die Anteilnahme der Bevölkerung eine über alles Erwarten große. Die Stimmung ging mit den russischen Arbeitsbrüdern, die einen noch größeren Leidensweg hinter sich haben, als das deutsche Proletariat. Sie, die unter dem Absolutismus der russischen Zaren zu leiden hatten, bis endlich die siegreiche russische Revolution eine veränderte Situation brachte . . .

Schon bei den Empfängen auf den Bahnhöfen hatten sich in allen drei Städten Menschenmassen eingefunden, wie nie zuvor. Demonstrationszüge schlossen sich an und sorgten für Aufrittelung der indifferenten Bevölkerung.

Die Spiele selbst wiesen Besucherzahlen auf, die auch von den Bürgerlichen nicht erreicht werden. In Leipzig konnte der Preußen-Sportpark die Massen nicht fassen. Die Zahl der sich für das Spiel Interessierenden überschritt die 20 000. In Chemnitz sogar, der von den drei Städten relativ kleineren Pflegestätte des Arbeitersportes, wohnten dem Spiele 12 000 Zuschauer bei.

Und der gebotene Sport? — Er stand in keinem Verhältnis zu allem bisher Gesehenen. Die russischen Brüder führten einen Fußball in höchster Vollendung vor. Bezauberndd ihre Ballführung, ihr Dribbling, noch besser ihre Ballabgabe und ihr Schuß. Die Kopfarbeit war so vorbildlich als nur irgend etwas. Die ganze russische Spielweise bewies wieder einmal schlagend, daß die flache, kurze, schnelle und geistvolle Kombination zu Erfolgen führen muß. Die Russen vermochten, wenn sie es gewollt hätten, bis ins Tor zu kombinieren. Sie unterließen das aber und zeigten dafür einen gesunden flachen Schuß, denen unsere Torwächter, die sich doch in so manchen Kämpfen bewährten, machtlos gegenüberstanden. Kurz gesagt — die Russen demonstrierten einen Fußball in Reinkultur. Es muß glatt bestritten werden, daß sich gegenwärtig Fußball noch besser, noch zweckmäßiger, noch vollendeter spielen läßt, als es die Russen in Sachsen zeigten. — Natürlich konnten bei einer derartigen vollkommenen Spielfertigkeit unsre Mannschaften nicht bestehen. Sie zogen in allen drei Spielen den Kürzeren, was aber durchaus nicht als eine blamable Abfuhr deutschen Arbeitersports betrachtet werden kann. Neidlos sei das reifere Können der Brüder aus dem Osten anerkannt. Am besten zog sich Leipzig aus der Affäre. Es verlor nur 5 : 2, während Chemnitz mit 7 : 3 abgefertigt wurde. Das Dresdener Spiel, für das die Russen alle Energie aufgeboten hatten, sollte eine Revanche werden für die 3 : 1-Niederlage, die die im Vorjahr hier gewesene Mannschaft in Dresden erlitt. Und die wurde es auch. Mit 10:1 wurde die Dresdener Stadte-Elf hineingelegt; ein katastrophales Ergebnis, für besten Höhe vor allem der Halbrechte der russischen Mannschaft, ein Fußballvirtuos von fabelhaftem Talent, der allein sieben Tore schoß, verantwortlich zeichnete. Heller Jubel der mehr als 20 000 Zuschauer begleitet die serienweisen Torerfolge der Russen.

Alles in allem: Die drei Spiele in Sachsen waren Glanzpunkte des marschierenden Arbeitersports. Die Russen vollbrachten eine Großtat für die Agitation der Arbeitersportbewegung. Wer jetzt noch am Können der Arbeitersportler zweifelt und sich nicht zur Arbeitersportbewegung findet, dem ist fast nicht mehr zu helfen.

Hoffentlich gelingt es, für unseren Bezirk Halle-Merseburg ebenfalls eine Mannschaft aus Rußland zu verpflichten.

Sieger-Ergebnis vom Kreisschwimmfest am 1. August in Eisleben

Wie zu erwarten war, konnten wir für Eisleben mit einem großzügigen Programm aufwarten. Der Kommerz führte vor Augen, daß nicht nur Wasersport, sondern auch anderer körperbildender Sport gepflegt wird. Am Sonnabend, nachdem die meisten auswärtigen Schwimmgenossen abgeholt worden, nahm der Kommers seinen Anfang. Eröffnet durch Begrüßung des Vereinsvorsitzenden W. Damm folgten in bunter Reihenfolge die Aufführungen, die bis 12 Uhr alles im Bann hielten.

Sonntag früh 6 Uhr: Wecken der Tambourabteilungen des 6. und 7. Bezirks. 6½ Uhr: Anfang der Wettkämpfe, die in schneller Folge um 12 Uhr abgebrochen und nach dem Umzug, der durch die Stadt führte, fortgesetzt wurden. Es hatte sich eine stattliche Zahl von Zuschauern eingefunden. Lobend ist zu erwähnen, daß der Volkschor und die Arbeiter-Samariter sich mit in den Dienst des Arbeitersports stellen.

Das Sieger-Ergebnis ist folgendes:

Jugend, Lagen-Staffette, 18 bis 18 Jahre: 1. Halle 6.37⅕ Min., 2. Dessau 6.54⅕ Min.

Brustschwimmen, weibliche Jugend 14 bis 16 Jahre, 100 Meter: 1. Mattins (Halle) 2.5 Min. 2. Ryleer (Halle) 2.7⅕ Min.

Daselbe, 16 bis 18 Jahre: 1. Bischofes (Halle) 2.28.4 Min., 2. Matthies (Klein-Wittenberg) 2.36⅕ Min.

Brustschwimmen, männliche Jugend 14 bis 16 Jahre: 1. Fribus (Aschersleben) 1.53 Min. Der beste mit 1.40 Min. wurde disqualifiziert.

Daselbe, 16 bis 18 Jahre: 1. Kühlewind (Halle) 1.45 Min., 2. Wagner (Wettin) 1.53⅕ Min. Der beste mit 1.42⅕ Min. disqualifiziert.

Brustschwimmen, Männer, B-Klasse, 100 Meter: 1. Kahmann (Wettin) 1.55⅕ Min. Der beste disqualifiziert mit 1.40⅕ Min.

Jugendschwimmen, Seite, 400 Meter: 1. Scheer (Dessau) mit 7.36,1 Min.

Männer, Seite, B-Klasse, 100 Meter: 1. Volbert (Dessau) 1.35,4 Min.

Rückenschwimmen, Männer, B-Klasse: 1. Gerangen (Magdeburg) 1.33,2 Min.

Jugend, Freistil, 100 Meter, 14 bis 16 Jahre: 1. Krahl (Schwiedeß) 1.35,3 Min.

Daselbe, 16 bis 18 Jahre: 1. Lindnerck (Braunschweig) 1.38,3 Min.

Freistil, Männer, B-Klasse: 1. Schmehl (Halle) 1.30,3 Min.

Seitenkraulen, Männer, 4×50 Meter: 1. Magdeburg 3.34,3 Min.

Männer-Brustschwimmen, 100 Meter, B-Klasse: 1. Hoffmann (Köthen) 1.35 Min.

Streckentauchen: 1. Berger (Eisleben) 39 Meter in 35⅕ Sek.

Seitenschwimmen, B-Klasse, 100 Meter: 1. Richter (Dessau) 1.22.2 Min.

Brustschwimmen, B-Klasse, Männer: 1. Braunschweig 3.8 Min.

Männerspringen: 1. Stieler (Dessau) mit 42½ Punkten.

Männer-Rückenschwimmen, 100 Meter: 1. Krieler (Dessau) 1.30.2 Min.

Freistilschwimmen, Männer, B-Klasse: 1. Wild mit 1.33⅕ Min.

Jugendspringen: 1. Kletsch (Dessau) 18⅕ Punkte.

Brustlaufstelle, 4×100 Meter, Männer: 1. Magdeburg 6.45⅕ Min.

Männer, Rückenstaffette: 1. Dessau 5.55,2 Min.

Wasserballspiele, B-Klasse: Braunschweig — Halle 3 : 1.

Jugend: Halle — Osterwieck 9 : 0.

Braunschweig kombiniert — Eisleben 3 : 0.

Kreisausscheidungsschwimmen: Dessau 1 : 0.

Braunschweig B-Kl. — Zerbst B-Kl. 8 : 2.

Eingetzigt in das Programm war das Rettungsschwimmen. Schwimmgenosse Fischer verstand es ausgezeichnet, die vielen Arten der Rettungsweise vorzuführen. Das Publikum konnte daraus bei den Wasserballspielen in der Praxis sehen, ein Spieler betam Krampf. Ohne weiteres zog durch Kopfsprung ein Gegenspieler den Schwimmgenossen ans Land.

Am Abend vereinte ein Tanz die Arbeitersportler im „Volkshaus".

Das Bundesspielfest der Arbeitersportler, das am Sonntag im Gange war, mußte auf Verlangen des Magistrats (Dr. Waltsgott) entfernt werden. Wir werden die Sache noch untersuchen.

Der 19. September Bundesschulleinweihung (A.-T.- u. Sp.-B.)

Nur noch wenige Wochen trennen uns, und der Tag der Einweihung der Hochschule für Leibesübungen unseres Bundes ist da.

Was bedeutet nun dieser Tag für uns? Der 19. September soll ein Meilstein in der Geschichte der gesamten arbeitenden Bevölkerung, vor allem unseres Bundes werden. Mit eigener Kraft wurde das große Werk erbaut, und stolz wollen wir sein, ein derartiges Symbol unser eigen zu nennen.

Die Einweihungsfeierlichkeiten werden für Leipzigs arbeitende Bevölkerung ein unvergeßlicher Tag werden. Auch sollen und wollen auch wir als Wohlstuttgarten mit an dieser Feier teilnehmen. **Alter Spielbetrieb sollte an diesem Tage ruhen,** und eine treffliche Feier müßte allerorts stattfinden, um in Gedanken bei der Einweihung anwesend zu sein. Grüße aus allen Gegenden Deutschlands und des Auslandes werden an ein und derselben Stunde in Leipzig eintreffen. Um nun diese Grüße allen Sportlern so schnell als möglich zu übermitteln, findet die Uebermittlung durch Staffetten statt. Auch unser Bezirk wird durch zwei Staffetten berührt und wir haben pirka 500 Läufer dazu zu stellen. Alle Sportler müssen sich zu diesem Tage von allem frei machen und mit arbeiten an dem großen Werk. Die weiteren Anweisungen gehen den Vereinen in der nächsten Zeit noch zu.

Ein neuer moderner Sportplatz in Zangenberg

Mit der Aufnahme des Sportes, der Leichtathletik in dem Uebungsbetrieb im Arbeiter-Turn- und Sportbund, ist die Anlegung moderner Sportplätze eine Notwendigkeit geworden. Leider stehen diesem Bestreben allerlei Hindernisse im Wege. Besitzer von Land haben wenig das nötige Verständnis dafür.

Lange schon war in unserem Verein der Wunsch gehegt worden, einen Sportplatz zu schaffen. Unsere Arbeitervertreter in der Gemeinde hatten es sich angelegen sein lassen, diese kulturelle Notwendigkeit nicht aus dem Auge zu lassen. Jahrelange Verhandlungen mit der Gutsverwaltungsbehörde, der das in Frage kommende Gelände gehört, brachten das heute in seiner Vollendung stehende Werk zustande. Monatelang waren fleißige Hände tätig, um das Land zu einem brauchbaren Sportplatz zu machen. Unser Plan genügt allen Anforderungen. Ein Fußball-Spielfeld, eingeschlossen wird dasselbe von einer 5 Meter breiten und 300 Meter langen Rundbahn. Eine 100-Meter-Laufbahn gelandet, drei Weitsprunggruben, eine Hoch- und Stabhochsprungstrabe liegen je gelandert. Für Wurfspiele ist genügend Raum vorhanden, ebenso dabei das Spielfeld in Anspruch zu nehmen. Es gelamte Gelände ist eingezäunt. An der nördlichen Seite des Platzes gibt die Böschung des Flußgrabens eine natürliche Tribüne.

Am Sonnabend, dem 21., und am Sonntag, dem 22. August, gedenkt der Verein die Weihe des Platzes zu begehen. Der Sonnabend ist den Kindern gewidmet. Mitwirkende sind: Die Sozialistische Arbeiterjugend, Gesangverein Lue, Ausdorf, Zangenberg, Freie Turner und Turnerbund Zeitz. Zum Sonntag haben Vereine mit Leichtathletik-Sportabteilungen zugesagt. So z. B. Turner-Jena, Friesen Altenburg, Freie Turner Meuselwitz, Fr. Turner Jena, Leipzig-Gohlis, Leipzig-Plagwitz und Zichte-Halle.

Als Ehrenspiele bestreiten die bisherige Bundesmeister im Handball: Leipzig-Gohlis gegen Zichte-Halle und im Fußball Zichte-Halle 1. — Turnerbund Zangenberg 1.

Gruppenfest am 14. und 15. August in Ammendorf

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe des Arbeiter-Turn- und Sportbundes

Nur wenige Tage trennen uns noch von unserem Fest. Die Vorbereitungen sind vorüber und hatten leider sehr schwache Beteiligung aufzuweisen. Zum Gruppenfest muß das anders werden, wenn wir in Ammendorf zur Geltung kommen wollen.

Unser Programm ist folgendes:

Sonnabend abend ½7 Uhr: Kampfrichtersitzung (Turner und Sportler).

8 Uhr: Begrüßungsabend.

Sonntag früh ½6 Uhr: Wecken. ½7 Uhr: Antreten der Wettkämpfer. 7 Uhr: Beginn des Wettkampfes. ½1 Uhr: Sammeln zum Festzuge (Schülerspiel). 1 Uhr Abmarsch des Festzuges. Anschließend Massenvorführungen: a) Turner, b) Turnerinnen, c) Schüler, d) Schülerinnen. Staffetten, Einzelwettkämpfe, Gerätetturnen bei besseren Turner. Am Schluß findet ein handballspiel statt.

Der Festzug jetzt sich zusammen wie folgt: Fahnen, Schülerinnen, Turnerinnen, Sportlerinnen, Sportler, Turner. Anzug beim Festzug für Turner: Lange weiße Hose, weißes Hemd; bei den Freiübungen: Sommerliche Hose, Turnschuhe, ohne Hemd. Für den sportlichen Wettkampf hat jeder Verein, der Punktekämpfe gemeldet hat, zwei Mann zu bestimmen, die als Kampfrichter tätig sein müssen. Für den Gerätewettkampf müssen sämtliche Kampfrichter erscheinen. Außerdem muß jeder Verein einen Genossen bestimmen, der bei den Kampfrichtern als Listenführer tätig ist. Vereine, die im Besitz von Stoppuhren sind, stellen diese zur Verfügung zu stellen und schon am Sonnabend mitzubringen. Alle Vereinsfahnen machen den Festzug mit. Alle Vereine, die Kranzgeschenke bekommen haben, ist beim Fünfkampf für Sportler einen Kranz zu stiften. Alle Vereine (siehe Turnzeitung Nr. 13 vom 23. Juni), die noch nehmt diese Sportbeilage mit in Eure Uebungsstunde und sprecht darüber. Folgende Vereine haben den Kranzbogen noch nicht eingesandt: Hohenthurm, Dölau und Ochella, Halle. Bei jedem Sportfest muß am 14. und 15. August die Parole sein:

Auf, zum Gruppenfest nach Ammendorf!

Fußball

Stiftungsfest und Platzeinweihung in Gräfenhainichen

Die Einweihung des städtischen Sportplatzes paßtzen sich programmäßig Turn- und Sportfesten, die Gräfenhainichen veranstaltete ein Jugendturnier mit einstündiger Spielzeit. Der neue Platz war in der Tat [illegible] wird in Zukunft zu einem Stadion fertiggestellt werden. Die Spiele haben folgendes Ergebnis:

Fichte 1. Halle — Fichte 1. Gräfenhainichen 5 : 0.

Berlin-Luckenwalde 1. — Möhlau 1. 4 : 2.

Fichte 1. Halle — Berlin-Luckenwalde 1. 6 : 0.

Fichte 1. Gräfenhainichen — Möhlau 1. 7 : 0.

Fichte 1. Jugend Halle — Fichte 1. Jugend Gräfenhainichen 6 : 1.

Dem hart einsetzenden Regen fielen die meisten Spiele zum Opfer. Zwischen [illegible] wurden der Zentrale sehr wenig Spiele gemeldet.

Cröllwitz 1. — Viktoria 1. 9 : 3 (4 : 1).

Minerva 1. — Gröbers 2. 1 : 2.

Lusania 1. — Teutonia 1. 0 : 3. Wegen Regens zur Halbzeit abgebrochen.

Giebichenstein 2. — Teutonia 1 : 3.

Minerva 2. — Gröbers 2. 6 : 1.

Fichte 2. Jugend — Wörmlitz 0 : 1.

Teiche Jugend — Trotha Jugend 0 : 3. Teiche spielte nur mit neun Mann. Teiche 3. — Zörbig Jugend 2 : 1. Teiche 2. — Trotha 2. 2 : 0 für Trotha. Das Spiel wurde wegen Regens abgebrochen.

Heute, Montag, den 9. August, abends 8 Uhr, findet im „Volksport" eine Kassenabrechnung der Fußballsparte statt. J. A.: J. [illegible]

Handball

Bitterfeld 03 1. — Greppin 1. 2 : 2

Am Donnerstag, dem 5. August, standen sich ebengenannte Mannschaften in Gesellschaftsspiel in Bitterfeld gegenüber. Beide Mannschaften lieferten ein [illegible] Spiel. Beide Torhüter waren gut auf ihrem Posten.

Jeßnitz 1. — Bitterfeld 03 1. 1 : 0

Am 8. August wollte B. 03 in Jeßnitz und mußte obige knappe Niederlage stecken. Schiedsrichter war in seinen Entscheidungen gut.

Jeßnitz Jugend — Bitterfeld 03 Jugend 1 : 0

Am selben Tage war 03 Jugend auch Gast in Jeßnitz und mußte sich auch [illegible] geschlagen bekennen. Der Sieg für Jeßnitz war leicht verdient, weil der Schiedsrichter den Doppelfang im Strafraum übersehen hatte.

Vereinsspielleiter 1. Gruppe, 8. Bezirk. Vergesst die Spielleitersitzung am 21. August in Bitterfeld nicht. Schiedsrichterprüfung am 22. August.

Spiele zum Dienstag, den 10. August

1. Klasse: Bruckdorf 1. — Adler 1. 7 Uhr Bruckdorf (Ecke, Diemitz); ASC 1. — Teutonia 1. ½7 Uhr Peißnitz (Diener, Achilles).

2. Klasse: Fichte 3. — Othello 2. ½8 Uhr Minerva-Platz (Wörmlitz).

Mittwoch, den 11. August

2. Klasse: MSC. 2. — Wörmlitz 2. 7 Uhr Peißnitz (Schwimmer).

Sportlerinnen: Othello — Minerva ½8 Uhr Othello-Platz (Cröllwitz).

Donnerstag, den 12. August

2. Klasse: Reisch auf Nietleben 2. — Fichte 2. 7 Uhr Nietleben (Dölau).

Jugend: Othello 1. — Fichte 1. 7 Uhr Othello-Platz (Atlas).

Freitag, den 13. August

1. Klasse: Achilles 1. — ASC. 1. 7 Uhr Sandanger (Schange, Fichte).

Sonntag, den 15. August

1. Klasse: Wörmlitz 1. — ASC. 1., Ammendorf (Molebach, Sportlich). Wörmlitz muß nochmals das Spielrecht Mannzugunsten zum Spiel. Achtung Othello, da auf dem Formular nicht erkenntlich. Adolf Werge, Leiter Obmann.

Peißen 1. — Atlas 1. 4 : 1.

Am Montag, dem 2. August, spielte Adler Jugend — Atlas Jugend 4 : 0. Adler Jugend — Demmuhle Jugend 13 : 0.

Schwimmer Sportlerinnen — Cröllwitz 0 : 3.

Giebichenstein Sportlerinnen — Minerva 0 : 0. Zur Halbzeit wegen Regen abgebrochen.

Vereinsmitteilungen

HTC. Minerva 09. Mittwoch, den 11. August, Jugendversammlung. Wegen Serienspiele. Alle Jugendlichen haben zu erscheinen. Spielausschußsitzung [illegible] Dafür findet eine Vorstandssitzung bei Weinrich statt.

Sportlich 1909. Dienstag, den 10. August, abends 8 Uhr, findet im Vereinslokal Restaurant „zur Blume", Leipzigerstraße 26, eine Sitzung der Handballsektion statt. Erscheinen aller ist Pflicht. Laut Bundestagsbeschluß müssen auch wir [illegible] des Arbeiter-Athleten-Bundes Serienkämpfe austragen, die bis zur Gau- [illegible] und Bundesmeisterschaft gehen. Darum ans Werk, Sportfreunde, nur durch Training kann etwas erreicht werden. Der Verein hält seine Trainingsabende jeden Dienstag und Freitag abend auf dem Sandanger ab.

Arbeiter-Sportkartell Halle

Morgen, Dienstag, den 10. August, im „Volkspark", Sitzung.

Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

58] Ein englischer Arbeiterroman von **Robert Tressal** *)

Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin NW 7

Das Flugblatt das diese ganze Wut erregt hatte, lautete:

Was ist Sozialismus?

Gegenwärtig erzeugen die Hand- und Kopfarbeiter fortgesetzt Nahrungsmittel, Kleidungsgegenstände und alle nützlichen und schönen Dinge in größtem Ueberflusse.

Aber sie arbeiten vergeblich,

denn die meisten sind arm und viele leiden Mangel. Ihr Leben ist ein harter Kampf. Ihre Frauen und Kinder leiden, und im Alter bedroht sie völlige Verarmung.

Der Sozialismus ist ein Plan, der die Armut abschaffen soll, und durch den alle in die Lage versetzt werden sollen, auskömmlich und angenehm zu leben, mit Muße unter Möglichkeiten auf ein freieres Dasein.

Wer mehr von diesem Plan hören möchte, komme auf das Feld bei der Kreuzstraße am Berg von Windley, Dienstag abend um 8 Uhr, und

halte Umschau
nach dem sozialistischen Wagen.

Die Radfahrer fuhren unter Steinhagel ab. Sie nahmen jedoch nicht viel Schaden. Einem wurde die Hand verletzt und einem anderen, der sich zufällig umsah, traf ein Stein an der Stirne, doch waren dies die beiden einzigen Zwischenfälle.

Am folgenden Dienstagabend, lange vor der festgesetzten Zeit, sammelte sich eine große Menge an der Kreuzstraße am Berg von Windley, die offenbar bereit war, den Sozialisten einen warmen Empfang zu bereiten.

Nur ein uniformierter Polizist war da, doch waren verschiedene Kriminalschutzleute in der Menge.

Craß, Dick, Wantlen, der Halbbeloffene, Sawtins, Bill Bates und ein paar andere Kunden aus dem „Cricketspieler" waren da, und vereinzelt waren auch Gewerbetreibende unter der Menge, mit Einschluß des „alten Freundes" Herrn Kleins, des Kaufmannes, und von ein paar Damen und Herren, die alle ziemlich gut situiert, aussahen; doch die Masse der Versammlung bestand aus Arbeitern, gelernten und ungelernten, und halbwüchigen Burschen.

Da die Menge ganz offenbar Uebles plante — viele hatten die Taschen voller Steine und waren mit Stöcken bewaffnet —, so wollten ein paar von den Ortsansässigen dem Wagen entgegengehen, um die Leute zu überzeugen, nicht weiter heranzukommen, und in dieser Absicht gingen sie die Straße entlang in der Richtung, aus der der Wagen erwartet wurde.

Sie waren jedoch noch nicht weit, als die Leute, ihre Absicht erratend, ihnen folgten, und während sie noch zögerten, welchen Weg sie gehen sollten, kam der Wagen, begleitet von fünf oder sechs Radfahrern, schon um die Ecke am Fuße des Hügels.

Sobald die Menge ihn sah, stieß sie ein Frohlocken aus, das wie ein Schrei klang, und rannte den Hügel hinunter. In wenigen Minuten war der Wagen von einem heulenden Mob umgehen.

Der Wagen wurde von zwei Pferden gezogen. An der Rückseite befand sich eine Tür und eine kleine Plattform und darüber eine Zeichnung mit weißen Buchstaben auf rotem Grund: „Der Sozialismus, die einzige Hoffnung der Arbeiter!"

Der Kutscher hielt, und ein anderer Mann erschien hinten auf der Plattform und versuchte, zur Menge zu sprechen. Aber seine Stimme war unhörbar in dem Tumult, in dem Schreien, Heulen, Pfeifen, Zischen und den gemeinen Flüchen.

Als das wohl eine Stunde gedauert hatte, begann die Menge gegen den Wagen zu drücken, um ihn umzuwerfen.

Die erschreckten Pferde wurden störrisch und unfügsam, und der Mann, der auf dem Führersitz saß, versuchte, den Berg hinaufzufahren. Das schien die Horde Wilder, die den Wagen einschloß, noch mehr zu erbosen. Sie packten die Räder und drehten sie rückwärts, wobei sie brüllten, daß sie dahin gehen sollten, woher sie gekommen waren. Einige nahmen die Pferde beim Kopf und drehten sie unter Bravorufen herum. Der Mann auf der Plattform versuchte, sich noch verständlich zu machen, doch erfolglos.

Die Fremden, die mit dem Wagen gekommen waren, und die kleine Gruppe von Sozialisten aus dem Orte, die sich ihren Weg vor die Plattform zu dem verhindierten Redner gebahnt hatten, vermehrten den Lärm nur noch mehr durch ihren Appell an die Menge, „dem Mann eine faire Chance" zu geben. Diese kleine Leibwache umgab den Wagen dicht, als er sich langsam den Berg hinabbewegte. Doch waren ihm die anderen an Zahl weit überlegen, und da der Mob unzufrieden war mit dem Tempo, in welchem sich der Wagen vorwärts bewegte, begann er zu brüllen: „Schiebt ihnen Beine, nehmt ihnen den Wagen weg," und die verschiedensten Versuche wurden gemacht, diesen Vorschlag in die Tat umzusetzen.

Ein paar von den Verteidigern wurden durch ihre Kameraden herbeigerufen, aber mit ungeheurer Mühe gelang es ihnen, die Pferde zurückzuhalten, bis der Fuß des Berges erreicht war. Da stolperte einer den ersten Stein. Durch einen seltsamen Zufall traf er einen Radfahrer, dessen Kopf bereits bandagiert war. Es ist möglich, daß derselbe Mann, der am Sonntag verletzt worden war. Der Stein traf auf der Plattform war der nächste, der getroffen wurde. Der Mann kriegte einen Stein an den Mund, und als er sein Taschentuch dagegen preßte, um das Blut zurückzuhalten, traf ihn ein anderer an der Stirn, gerade an der Schläfe, und er fiel nach vorn, das Gesicht, als wenn er erschossen worden wäre.

Das Gespann setzte sich in ein schnelleres Tempo, und ein riesiger Hagel von Steinwürfen ergoß sich auf das Dach und die Seiten des Wagens und auf die Radfahrer. Die Menge folgte ihnen mit den Fersen, johlend und ganze Salven von Flüchen ausstoßend. „Wir werden den Schweinen zeigen, was Sozialismus ist," brüllte Craß, dessen Mund buchstäblich schäumte.

„Wir werden sie lehren, hierher zu kommen, um unsere Kinder zu untergraben", heulte Dick Wantlen.

Sie verfolgten den Wagen eine gute Strecke, und dann einigten sich der Mob an die ortsansässigen Sozialisten, aber die waren nicht mehr zu sehen. Sobald der Wagen klar gemacht war, hatten sie sich vorsichtigerweise zurückgezogen. Nach diesem Siege hielt die Verteidiger des gegenwärtigen Systems zu dem vorgenannten Stück Boden oben auf dem Berge zurück, wo ein Herr in Schwarz und Gehrock auf einem kleinen Hügel stand und eine Rede hielt. Er sagte nichts über die kleinen Kinder, die ohne richtige Kleidung und ohne richtiges Essen zur Schule gingen, er erwähnte nicht, daß im nächsten Winter geschehen sollte, wenn jeder wieder arbeitete, sein würde, aber er sagte eine Menge über das ruhmreiche Reich und die Flagge, und seine Bemerkungen wurden mit lebhaftem Beifall und geschäftlichem Applaus angenommen. Am Schluß seiner Rede ging die Menge die Nationalhymne mit großem Enthusiasmus, und sie löste sich auf und alle gratulierten sich, daß sie nach ihren Kräften gezeigt hatten, was Schmutzburg vom Sozialismus [illegible]

(Fortsetzung folgt.)

*) Der Roman ist auch in Buchform erschienen. Sonderpreis für unsere Leser: Broschierte Ausgabe statt 2,80 Mk. nur 2 Mk.; Pappband-Ausgabe statt 3,80 Mk. nur 2,50 Mk. Zu beziehen durch die Bezirksbuchhandlung Halle, Lerchenfeldstr. 14, oder deren auswärtige Filialen. Bestellungen nehmen auch alle „Klassenkampf"-Trägerinnen entgegen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260809-16/fragment/page=0008

Halle und Saalkreis

Vornehme Politik

Von Erich Weinert

Das „Volksblatt" hat am Sonnabend wieder einmal Feiertagskleidung angelegt. Anläßlich einer Reichsbannerdemonstration in Bitterfeld schmückte es sich mit Bildern, Gedichten, Ethik und Antibolschewismus und zeigte sein ganzes Programm staatserhaltender bürgerlicher Gesinnung. J. D. H. Schulz hat zu diesem Zweck geleitartikelt, und dabei kommt folgendes vor: „Diese Tatsache den Feinden der Republik, aber auch den ewig Lauen und Zögernden, den Schwankenden und Wankenden, den Konjunkturspekulanten zum Bewußtsein zu bringen, sie zu warnen, zu ernüchtern, ist die oberste Aufgabe der von uns alljährlich veranstalteten Reichsbannerausmärsche."

Was es nun mit den ewig Lauen und Zögernden, den Schwankenden und Wankenden auf sich hat, zeigt der bekannte Satiriker Erich Weinert in einem Gedicht, das in der „Weltbühne" erschien und der SPD. ins Stammbuch geschrieben ist. D. Red.

Sie stehn noch unter ihrer alten Fahne,
Die sich so vornehm und gemäßigt bauscht,
Und reden ideologisch saure Sahne
Mit etwas abgeordnetem Organ;
Und nur der Seele Vollbart wallt und rauscht.

Denn: wer es auf die Sympathiegewinnung
Des Gegners absieht, rede nicht so scharf!
Es bleiben ja, trotz taktischer Verdünnung,
Noch reichlich Sedimente von Gesinnung;
Und das genügt schon für den Hausbedarf.

Auf den verstimmten schwarzrotgoldnen Bratschen
Spielt man wie Philipp oder Friederich.
Sowas macht Eindruck bei den Demokratschen,
Die unterm selben Einheitsbanner laschen.
Denn taktisch geht man auf denselben Strich

In ihrer Freud- und Leidartikelprosa
Ist alles Unvornehme abgebbt.
So geht es vorwärts (nomina odiosa!).
Das alte Rot rangiert schon hinter Rosa.
Na wennschon! Hier verlangt es das Rezept.

Auch wenn der deutsche Großpapa aus Eisen
Versehentlich an der Verfassung dreht —
Gott, auch ein Präsident kann mal entgleisen!
Und außerdem hat man Respekt vor Greisen
Und einen Hang zur Objektivität.

Sie kriegen jeden Tag eins auf die Platten.
Doch ihre Politik ist unbeirrt.
Sie stellen sich bescheiden in den Schatten,
Den sie sich selbst vorausgeworfen hatten,
Und der nun täglich immer länger wird.

Das ist die Disziplin der alten Garde:
Das Banner fällt, wenn nur die Mannen stehn'
Sie werden mit wattierter Hellebarde,
Ein Tout comprendre hinter der Kokarde
Und taktisch vornehm in die Binsen gehn.

An alle Zellengruppenleitungen von Halle!

Der für heute, Montag, den 9. August, angesetzte Informationsabend fällt aus. Der Termin für das Stattfinden des Informationsabends wird noch bekanntgegeben. BU.

Freispruch wegen Unzurechnungsfähigkeit

Der 21jährige Schneidergeselle Karl Hahn aus Bamberg, der im März dieses Jahres den Autofahrschulbesitzer Mayer, bei dem er Unterricht genommen hatte, in einem Streite wegen der Rückzahlung von Honorar durch mehrere Stiche in den Kopf erheblich verletzt hatte, hatte sich jetzt vor Gericht zu verantworten: Auf Grund des Urteils des psychiatrischen Sachverständigen, demzufolge Hahn als Psychopath und daher als für sein Tun nicht verantwortlich bezeichnet wird, sprach das Gericht den Angeklagten frei.

14. Sommerkonzert im „Volkspark". Morgen, Dienstag, abend 8 Uhr findet ein Mendelssohn-Konzert statt. Der Frauen- und Mädchenchor wird mit Orchesterbegleitung seine Lieder zu Gehör bringen.

Tagung der Freidenker-Organisationen

Die Vereinigungsverhandlungen zwischen der Gemeinschaft proletarischer Freidenker und dem Verein der Freidenker für Feuerbestattung

Während in seiner Sonnabendnummer das „Volksblatt" in großer Aufmachung von der Tagung der „religiösen Sozialisten" einen Bericht brachte, gingen vorgestern und gestern hier in Halle die Verhandlungen zu einer Vereinigung der beiden größten Freidenkerorganisationen der Arbeiterschaft vor sich.

Diese Einigungsverhandlungen wurden Sonnabend abend eröffnet durch eine große öffentliche Kundgebung im großen „Volkspark"-Saal, wo die Führer der Freidenkerbewegung, Lehrer Pöhlitz, Leipzig, Oberlehrer Lindemann, Gotha, und an Stelle des erkrankten Professor Mager, München, der Präsident der Freidenker-Internationale Professor Hartwig, Brünn, sprachen.

Es war bedauerlich, daß zu dieser öffentlichen Kundgebung nur wenig Arbeiter erschienen waren. Immerhin waren es etwa 500 bis 600 Menschen, die den zum Teil vorzüglichen Ausführungen der Redner lauschten. In sehr lebendiger und frischer Art entwickelte zuerst der Lehrer Pöhlitz von der GpF. das Programm und die Ziele der proletarischen Freidenkerbewegung. Ganz klar wies Genosse Pöhlitz immer wieder darauf hin, **daß die proletarische Freidenkerbewegung nicht selbständig und isoliert ihre Ziele verfolgen könne**, sondern daß dazu die politischen Parteien der Arbeiterschaft notwendig seien. Es gelte, an vier Fronten zu kämpfen. An der politischen Front durch die Partei, an der wirtschaftlichen Front durch die Gewerkschaften, an der Verbraucherfront durch die Genossenschaften und an der kulturellen Front durch die Freidenkerorganisationen. Aber erst dann könne die Bewegung der proletarischen Freidenker zum Ziele gelangen, **wenn die proletarische Revolution gesiegt habe.** Mit einem warmen Appell für die Einheitsfronder beiden größten Freidenkerorganisationen schloß der Genosse Pöhlitz seine Ausführungen.

Nach ihm sprach der Genosse Oberlehrer Lindemann aus Gotha, der vor allen Dingen auf die Erstarkung der Kirche in Deutschland einging. Sehr interessant waren seine Ausführungen über das bayrische Konkordat und über die Etatzahlen für die protestantische und katholische Kirche, die durch die Parlamente diesen Institutionen bewilligt worden sind. In Thüringen z. B. muß jeder Bewohner vier Mark pro Kopf für die Kirchen aufbringen, und das bayrische Konkordat hat der katholischen Kirche über eine Milliarde Goldmark an Kirchenbesitz zugesichert.

Zuletzt sprach der Genosse Professor Hartwig aus Brünn (Tschechoslowakei), der an Stelle des erkrankten Professor Mager aus München erschienen war. Genosse Hartwig, der schon einmal hier in Halle gesprochen hatte, fesselte jeden einzelnen Anwesenden durch seine ungemein launigen Ausführungen, die große Lachstürme hervorriefen. Mit beißender Ironie und glänzender Dialektik griff er die Kirche und die Religion an. Aber neben seiner Ironie wußte er auch mit tiefem Ernst und großer Leidenschaftlichkeit sein Thema zu behandeln. In der Diskussion sprach ein Herr Dörfer, dessen Ausführungen durch seine undeutsche Aussprache meistens verlorengingen. Immerhin konnte man soviel daraus entnehmen, daß er zu den ernsten Bibelforschern gehörte. Genosse Hartwig gab ihm die Antwort. Und die war wirklich glänzend. Herr Dörfer regte sich furchtbar auf, aber der Genosse Hartwig rief ihm zu: Lieber Christ: Sei demütig und geduldig. Sei sanftmütig und [illegible] Deine Feinde. So Dir jemand auf die rechte Bade schlägt, [illegible] reiche ihm auch die linke dar. — Wir glauben, daß Herr Dörfer [illegible] nicht mehr den Mut finden wird, sich mit Professor Hartwig [illegible] einanderzusetzen.

*

Die eigentlichen Verhandlungen begannen Sonntag vormittag. Am Morgen tagten die beiden Organisationen unter sich, um [illegible] einmal gründlich die ganzen schwierigen Fragen der Vereinigung zu behandeln. Die Schwierigkeit der Vereinigung liegt darin, [illegible] lich in der Unterschiedlichkeit dieser beiden Organisationen. Während die GpF das Schwergewicht ihrer Tätigkeit auf den agitatorischen Kampf gegen die reaktionäre Schule und das Pfaffentum legt, ist das Hauptgewicht des Vereins für Freidenker und Feuerbestattung am stärksten auf die Feuerbestattung konzentriert. Es ergaben sich Schwierigkeiten über die Namensnennung und die Verwendung von Geldern für Kulturpropaganda gegen die reaktionäre Schule und gegen das Pfaffentum in der neuen einheitlichen Organisation

Am Nachmittag tagten dann die beiden Organisationen gemeinsam. Dort gab für den Verein für Freidenker und Feuerbestattung Sievert den Bericht, während Jorns [illegible] entwickelte. Jorns legte sechs Punkte vor, die die Vereinigung zustande bringen sollte, so daß wirklich eine Einheitsorganisation gewährleistet sei. Unter anderem enthielten jene sechs Punkte die Frage der Regelung der neuen Satzung. Zu diesem Zweck hatte Jorns im Auftrage der GpF. vorgeschlagen, die Satzungen [illegible] von beiden Organisationen gestützten Gründungsversammlungen [illegible] legen zu lassen. Dem Verein für Freidenker und Feuerbestattung war dies nicht sogleich akzeptabel, und man beschloß deshalb, [illegible] einmal getrennte Beratungen abzuhalten.

In den Abendstunden war noch keine Klärung erzielt, doch steht zu hoffen, daß die Konferenz dieser beiden größten Freidenkerorganisationen nicht auseinandergeht, ohne die entscheidenden Schritte zur Vereinigung getan zu haben. Die Plattform der GpF. ist der Beweis dafür, daß dort alles getan worden ist, um wirklich eine Einigung zustandezubringen, die die gegebenen Reibungen und Schwierigkeiten für immer ausschaltet.

Eröffnung der Nähstube der IAH. Halle. Die Tätigkeit in der Nähstube der IAH. beginnt heute, Montag, 9. August, wieder. Dieselbe ist geöffnet am Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag jeder Woche. Genossinnen, welche bereit sind, sich für die Arbeiten in der Nähstube noch zur Verfügung zu stellen, kommen wir auf, sich am Montag, ¾4 Uhr, in der Nähstube (Lutherstraße (Schlosserstraße) einzufinden.

Von der Universität Halle. Professor D. Dr. Georg Wobbermin (Göttingen) hat den Ruf auf den Lehrstuhl der systematischen Theologie an der Universität Halle als Nachfolger von Professor Stephan abgelehnt.

*

Antikriegsausstellung: Aus „Großer Zeit"

„Erst die Weltrevolution, das Ende aller Kriege!" [illegible] ist die leitende Parole [illegible] während der Antikriegsausstellung in Berlin-Charlottenburg [illegible] anstalteten Antikriegsausstellung. Es ist hier gelungen, eine wirklich revolutionäre Antikriegsausstellung ohne [illegible] tistische Illusionen zu organisieren. Werke von Schlichter, Groß, Eichmeyer und anderen revolutionären Künstlern [illegible] dort ausgestellt.

*

Rosa Bergers Wandlung

7] Der Roman einer Entwicklung

Von Otto Müller Gloja

Copyright by Kalmäuser Verlag, Raunheim

Fritz atmete erleichtert auf, als er wenigstens hörte, daß Kroll nicht zum Abendbrot bleiben und seinen Auftrag gleich erledigen wolle, weil er unbedingt noch an einer wichtigen Sitzung teilnehmen müsse. Fritz hoffte, die ganze „Feierlichkeit" gehe vorüber, bevor Werner komme. So ging denn Frau Seidel gleich daran, die von ihr für notwendig erachteten Vorbereitungen zu treffen. Sie rückte einen kleinen Tisch in die Mitte des Zimmers, deckte ihn weiß und stellte eine kleine Büste von Marx auf, die sie zu diesem Zweck extra gekauft hatte. Rechts und links davon kam eine hohe Vase zu stehen, in denen sich weiße Lilien befanden; kostbare Blumen, die Fritzens Redaktionskollegen geschickt hatten. Dazu legte Frau Seidel noch die neuen Bücher, die ihrem Sohn anläßlich seiner Trauung geschenkt worden waren und seine Mutter sehr stolz machten. Vor diesen Tisch plazierte sie zwei Stühle, auf denen Fritz und Rosa während der Rede sitzen sollten.

Da erhob Fritz Widerspruch gegen dieses Arrangement, indem er noch bestärkt wurde, als in diesem Moment Otto Werner erschien und Fritz mit den Worten lachend begrüßte: „Dir haben sie wohl einen Freidenkeraltar gebaut ...? Na also, mein Herz, was willst Du noch mehr?"

Doch diesen Auffassungen trat Frau Seidel entgegen: „Mache doch keine Geschichten, Fritz; wir sind doch jetzt nicht in der Parteiversammlung. Der Tag ist nur einmal in Deinem Leben, und den kann man nicht so mir nichts dir nichts vorübergehen lassen. Nicht wahr, Richard", so wandte sie sich jetzt an ihren Bruder, „Du bist auch in der Partei und schon lange genug, aber mußt Du mir da nicht rechtgeben?" Richard blinzelte Fritz zu und sagte: „Lasse sie doch machen, die Weiber wollen nun mal nicht ohne Brimborium sein; wir sind ja hier so ziemlich unter uns." Aber Fritz entgegnete: „Konsequent ist das nicht, Richard, wir Sozialisten brauchen keinen Kirchenersatz, und wer ihn braucht, der beweist nur, daß er noch nicht wirklich los ist von der Kirche."

Seine Mutter ließ sich freilich nicht überzeugen. „Ich weiß gar nicht", eiferte sie, „was Du jagst. Das kommt gar nicht aus Dir. Du redest bloß so, weil Genosse Werner da ist und's dem immer nicht radikal genug zugeht .... Aber warte mal ab, bis der sich mal verheiratet; vielleicht kriegt der mal eine, mit der er sich in der Kirche trauen lassen muß." Werner lachte ostentativ. „Na Genosse Otto", fuhr Frau Seidel ein wenig geärgert fort, „Sie sind jetzt noch jung, und man hat das in der Partei schon erlebt, daß gerade solche, die erst so radikal sind, dann ganz anders werden, wenn sie mal älter werden. Da hat schon mancher umgeworfen, dem es erst nicht radikal genug ging."

„Mutter, rede doch nicht solch dummes Zeug", fiel ihr Fritz jetzt ins Wort, weil er Werner genau kannte und wußte, aus welcher tiefbegründeten Ueberzeugung heraus er links stand. „Na ja", erwiderte jetzt Frau Seidel gekränkt, „bei Euch ist man ja immer dumm, wenn Du es tätst Dir wieder mal überlegen, Fritz, was Du mir zu verdanken hast, da würdest Du anders reden. Ich habe Dir schon als Schuljunge Gedichte auswendig lernen lassen und Dir gesagt, wie betont wird, und Bücher habe ich Dir immer gegeben, aus denen Du was gelernt hast." Und jetzt wendete sie sich an ihre Gäste. „Guckt mal unsere Bibliothek an und sucht mal bei manchen Leuten solche Bücher. Die haben wir alle schon gehabt, bis er dann sich selber welche kaufte; der hat seine Bücher ja drüben in seiner Stube. Mein Mann ist ja auch nicht so belesen, aber ich ... ach, was habe ich schon als Mädchen gelesen ... Aber jetzt will der Fritz nichts mehr davon wissen, jetzt hört er auf alle anderen, nur nicht auf seine Mutter ... Na, er wird's schon auch mal einsehen, wenn er mal selber Kinder hat und die wollen gescheiter sein als er, und mein Fritz wird gewiß seine Kinder ordentlich erziehen können, weil er selber was gelernt hat ... Ich bin sehr froh, daß uns der Herr Doktor den Gefallen tut und gekommen ist ... Aber jetzt trägt Lotte erst ein Gedicht vor, das ich ihr ausgesucht habe. Komm, Lotte!"

Lotte Hofmann, die Tochter Richards, war nur zur Feier gekommen, um etwas vorzutragen. Sie rezitierte aus der „Hymne an die Liebe" von Hölderlin.

„Froh der süßen Augenweide, wallen wir auf grüner Flur.
Unser Priestertum ist Freude, unser Tempel die Natur;
Heute soll kein Auge trübe, Sorge nicht hinieden sein!
Jedes Wesen soll der Liebe, frei und froh, wie wir sich freu'n!
Höhnt im Stolze, Schwestern, Brüder! Höhnt der scheuen Knechte Tand!
Jubelt kühn das Lied der Lieder, festgeschlungen Hand in Hand!
Steigt hinauf am Rebenhügel, blickt hinab ins weite Tal!
Ueberoll der Liebe Flügel, hold und herrlich überall!
An die wilden Berge reihet sie die sanften Täler an,
Die entbrannte Sonn' erfreuet sie im stillen Ozean,
Siehe, mit der Erde gattet sich des Himmels heil'ge Luft,
Von den Wettern überschattet, bebt entzückt der Mutter Brust.
Mächtig durch die Liebe, winden von den Fesseln wir uns los
Und die trunkenen Geister schwinden zu den Sternen, frei und groß!
Unter Schwur und Kuß vergessen wir die träge Flut der Zeit,
Und die Seele naht vermessen Deiner Lust, Unendlichkeit ...

Das Gedicht, aus dessen Betonung zu erkennen war, daß es gut studiert" worden sei, wurde mit großem Beifall aufgenommen. Frau Seidel erntete Bewunderung dafür, „ein so schönes Gedicht" zu haben, was sie zu der Bemerkung veranlaßte, daß ihr die Kinder immer wieder die liebsten Dichter seien. Nunmehr bat Frau Seidel den Redner, das Wort zu nehmen. Rosa zog Fritz mit zum Sofa, während sie sagte: „Komm, Fritz, tue es mir zuliebe, damit es keinen Streit mehr gibt."

Kroll, ein Mann von etwa vierzig Jahren, im schwarzen Rock und der für den Bürger bei solchen Anlässen obligatorischen weißen Binde, trat vor das Paar hin, ließ seine Hände übereinanderhängen und begann in feierlich getragenem Ton zu sprechen, wobei er seinen Kopf ernst nach vorn neigte: „Liebe neuvermählte Sinnungsfreunde und deren Anverwandte! Da unser junges Paar auf die übliche kirchliche Feier verzichtet hat, erhielt ich den ehrenvollen Auftrag, einige Worte zu sprechen. Sie sollen auf das [illegible] Sinn dieses Lebensabschnittes hinweisen und der ernsten Stunde ihre besondere Weihe verleihen. Ich möchte nun meinen Ausführungen einige Worte des Dichterphilosophen zugrunde legen: „Ehe: so heiße ich den Willen zu zweien, das eine zu schaffen mehr ist, als die es schufen. Ehrfurcht voreinander nenne ich die Ehe als vor den Wollenden eines solchen Willens ... Ich [illegible] mit gutem Grund sagen zu können, daß in Euch, liebe Neuvermählte, solche Gedanken zu Hause sind. Wie ich Euch, lieber Genosse Fritz Seidel, kenne, hat in Dir die Ehrfurcht vor dem [illegible] Menschen so recht eine Heimat; ja man möchte fast sagen, Deine ganze Lebensanschauung ist fundiert auf der Ehrfurcht vor den anderen Menschen ... Und Sie, verehrte Rosa Seidel geborene Berger, haben meines Erachtens durch die Wahl Ihres Gatten eindeutig bekundet, daß auch in Ihnen Schätzung und Ehrfurcht vorhanden ist. Ihnen darf ich in dieser Stunde [illegible] gratulieren zu Ihrer Wahl, denn Sie haben einen Kameraden fürs Leben gefunden, der auch Ihrem Willen vollkommene Einheit bieten vermag in seinem Wesen. Er wird Ehrfurcht haben [illegible] Ihrem Leben. Ihrem Denken und Ihrem Wollen, dessen bin ich mir gewiß. Aber auch Sie werden wissen, daß nunmehr Ihr [illegible] Brudergeschaft schließen und sozusagen Einkehr halten muß in [illegible] Ihres Mannes, Ihres Kameraden und Weggefährten.

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260809-16/fragment/page=0009

Generalappell zum Dummensang

Die religiösen Besprechungen im Waldkater

Die Paulus-Kirchengemeinde zeichnete sich beim Volksentscheid [illegible] durch ihre Hetze gegen alle Kreise, welche mit Ja [illegible] wollten, aus. Sie scheint überhaupt Leute an der Spitze zu haben, die sozialgen das Ideal aller alten Jungfern sind. Da [illegible] Beispiel der Pastor A. v. Broecker, der jetzt allerdings [illegible] Ruhestand treten will. Um nun noch einmal allen seinen [illegible] Lästerungsvolle Lehren mit auf den Weg zu geben, verfaßte [illegible] ein Rundschreiben, in dem er zu einem letzten freundschaftlichen Abschiedszusammensein auffordert und einen Generalappell an alle von ihm Konfirmierten richtet, welcher Kur sich [illegible] das Jahr 1809 zurückerstreckt. Wenn das geschehen ist, [illegible] er sich mit sozialethischen und sozialreligiösen Fragen beschäftigen, denen er sich auf volkswirtschaftlicher Grundlage widmen will. Vielleicht schreibt er ein Buch vom Arbeitsfrieden, von dem „harten Muß" der niedrigen Löhne und der langen Arbeitszeit. „Wahrlich ich sage Euch, [illegible] Kinder, je länger Ihr arbeitet, um so weniger Gelegenheit habt Ihr, Geld auszugeben. Also werdet Ihr mit niedrigen Löhnen um so besser auskommen, je länger Ihr arbeitet." So [illegible] vielleicht die Quintessenz seiner Ausführungen lauten. Vorher [illegible] will der Herr Pastor nochmal ein „echtes inniges Familienzusammensein" herbeiführen. Am Dienstag, dem 17. August, [illegible] dann ein **Schlußaufslug der religiösen Besprechungen im Kreise seines „intimsten Gemeindekreises" nach dem „Waldkater".** [illegible] Zusammenkunftsstätte des Stahlhelm dürfte auch der geeignete Ort für religiöse Besprechungen sein. Da wäre gleich [illegible] Gelegenheit, an Hand der Wehrsportgedanken über den Krieg die christliche Nächstenliebe zu demonstrieren, die [illegible] wieder die Kanonen einsegnen wird.

Es wird Herr Pastor A. v. Broecker das tun? Das Rundschreiben [illegible] Ausruft: „In hoher Ehrfurcht und Vertrauen auf Gott" [illegible] (in schlechtem Deutsch), „in entschlossener Nachfolge Christi, [illegible] Meisters und Erlösers, in einer großen dienenden Bruderliebe gegen die Menschen, in sehr scharfem Kampf gegen die [illegible] Volksnöte, von denen ich Unzucht, Trunksucht, Haß, Parteiungerechtigkeit besonders nenne. Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot." Wie der Herr Pastor sich diesen Kampf denkt, [illegible] wenigst er leider in seinem Rundschreiben. Aber vielleicht [illegible] er im intimsten Gemeindekreis bei den religiösen Besprechungen im „Waldkater" das Geheimnis verraten.

Ein Affentheater

[illegible] man am Sonnabend nachmittag in Halle erleben. Es war [illegible] kein Parlament, sondern ein richtiges Affen- und Papageienthea[illegible] im Zoologischen Garten. Die von Ernst Perzina [illegible] Affen und Papageien führten die lustigsten Kunststücke [illegible] zahmes Kaninchen lief bedächtig um aufgestellte Weinflaschen herum und glitt eine Miniaturrutschbahn hinunter. Die [illegible] und Gesangsgabe der Papageien, von denen der eine schon [illegible] ist und infolge seines Alters viele Federn lassen mußte, [illegible] sich auf einer hohen Stufe. Wenn sie auch ab und zu bei [illegible] Frage, wie der Hund bellt, „miau" riefen, so wissen sie [illegible] genau, daß der Hauptredeschatz des „Herrn Leutnant" „äh, [illegible] heißt, was den Papageipflegevater zwar mit einem Blick auf [illegible] zweimarkgroten Honorationen von Halle veranlaßte zu bemerken, daß es sich natürlich nur um einen Leutnant aus dem Sozialismus" handle.

Die Affen- und Papageien-Kabarett ist hauptsächlich ein Vergnügen für die Kinder. Aber wo sollen Arbeiter die Möglichkeit bekommen, mit ihren Kindern dorthin zu gehen? Rechnet man den Preis für eine erwachsene Person und ein Kind, so kommt eine Summe von fast zwei Mark heraus. Bei solchen Vorstellungen müßte also zumindest die Eintrittspreise in den Zoo selbst erhebbar herabgesetzt werden, damit auch die Kinder der Minderbemittelten die Möglichkeit haben, den Darstellungen von Perzinas Künstlern beizuwohnen.

Rücksichtslose Autofahrerei

[illegible] wird geschrieben:

[illegible] Sonnabend, dem 7. August, nach dem Gewitter, ging ich durch [illegible] Leipziger Straße. Rücksichtslos fuhr ein Sportauto durch die [illegible] Pfützen. Ich hatte dasselbe nicht bemerkt, da es von [illegible] kam, und wurde über und über mit Dreck beschmutzt. Ein [illegible] konnte den Nummer war mir nicht möglich, da dieselbe verdeckt war.

[illegible] entrüstete mich bei einem Kraftwagenbesitzer über das Verhalten und erfuhr, **daß die Autobesitzer bei derartigen Beschmutzungen [illegible] rechtspflichtig seien** nach der neueren Rechtsprechung. [illegible] Supers dessen bekam ich den Ausschnitt eines Prospektes, [illegible] hervorgeht, daß der Allgemeine Deutsche Automobilklub [illegible] Mitglieder warnt. Wer die Besitzer scheren sich einen Teufel [illegible] Sie lassen, sofortige Zeitungsnotiz, die Dreckspritzer zu verhüten, und haben wir nicht notwendig, etwas dagegen zu tun. Vielleicht sind und verhandeln, um die Dreckspritzer zu verhüten, und [illegible] Aufgabe der Polizeibehörde sein, Maßnahmen dagegen [illegible] Dieselben sind in anderen Städten schon getroffen worden. Es würde meines Erachtens gut sein, wenn diese Sache einmal in der Oeffentlichkeit erörtert würde, denn es sind doch zumeist die Arbeiter, die sich den Luxus einer Straßenbahnfahrt bei schlechtem Wetter nicht leisten können, die darunter leiden.

Hallische Tageschronik

Verkehrsunfälle. Am 7. August gegen 5.40 Uhr nachmittags stieß in der Großen Steinstraße eine Radfahrerin mit einem Personenkraftwagen zusammen, wobei das Fahrrad leicht beschädigt wurde. Personen kamen nicht zu Schaden. — Am 7. August gegen 7 Uhr nachmittags wurde in der Glauchaer Straße ein zehnjähriges Mädchen von einem Radfahrer umgefahren. Das Kind kam ohne Verletzungen davon.

In ein Kellerloch geraten. Am 7. August gegen 11.45 Uhr nachts trat eine Frau in das nicht abgedeckte Kellerloch eines Grundstückes in der Großen Steinstraße, wodurch sie sich eine Verstauchung des linken Fußes zuzog.

Die Leiche gelandet. Am 8. August gegen 8 Uhr vormittags wurde an Lüttigs Holzplatz in der Pfarrstraße die Leiche des am 3. August am Wehr an den Pulverweiden ertrunkenen jungen Mannes gelandet. Die Leiche wurde nach dem Gertraudenfriedhof übergeführt.

Schlägerei. Am 8. August gegen 11.30 Uhr nachts entstand in der Friedrichstraße eine Schlägerei zwischen einer männlichen und einer weiblichen Person, wobei sich etwa 300 Personen angesammelt hatten. Durch das herbeigerufene Ueberfallkommando wurde der Streit geschlichtet, die Menschenansammlung zerstreut und die am Streit Beteiligten der Polizeiwache zugeführt.

Prügelei in der Eisenbahn. Am 8. August gegen 12.45 Uhr mittags wurde das Ueberfallkommando nach dem Hettstedter Bahnhof gerufen, da im Zuge auf der Fahrt von Dölau nach Halle zwischen mehreren Personen eine Schlägerei entstanden war. Drei Beteiligte wurden durch das Ueberfallkommando der Polizeiwache zugeführt.

Beim Sommerfest der Kegler wurden folgende Nummern der Tombola gezogen: 117, 1366, 925, 283, 5, 191, 265, 178, 579, 61, 36, 1389, 988, 271, 177, 991, 974, 1267, 282, 257, 926, 1269, 957, 920, 598, 986, 286, 316, 436, 404, 652, 956, 166, 581, 60. Die Inhaber dieser Nummern werden ersucht, die Preise bis Donnerstagabend bei Paul Spieß, Triftstraße 1, abzuholen.

Ammendorf

Die gesamte Arbeiterschaft von Ammendorf wird aufgefordert, am Mittwoch, dem 11. August, an der Antikriegskundgebung teilzunehmen. Die Arbeiterschaft muß der Reaktion zeigen, daß sie nach wie vor auf dem Posten ist gegen drohende Kriegsgefahren. Der Abmarsch geschieht um 7 Uhr vom „Dreierhaus" in Osendorf und vom „Deutschen Haus" in Beesen. Die Kundgebung findet auf dem Schillerplatz statt.

Neues vom Tage

Der Falkenberger Sparkassen-Defraudant lebt herrlich und in Freuden

Der flüchtige Sparkassenkassierer Werner hat sich, wie jetzt festgestellt werden konnte, seit dem 15. Juli in Bad Harzburg aufgehalten und dort den Lebemann gespielt. Er besuchte dort alle Tummelplätze der Bourgeoisie, Kurgarten, Nennplatz usw. und gab sich als Vertreter einer Schultheißbiermeiderlage aus Falkenberg aus und lebte auch dementsprechend. Seit dem 1. August ist er **aus Bad Harzburg verschwunden, ohne seine Hotelrechnung zu bezahlen.** Wahrscheinlich hat er diesen neuen Gaunertrick gegenüber von seinen Neigungen zu Gaunereien angewandt. Es ist aber ebenso gut möglich, daß der „ehrbare" junge Mann die unterschlagenen Gelder bereits verjubelt hat und nun versuchen wird, sich durch neue Verbrechen in den Besitz größerer Summen zu bringen.

Die Handlungsweise des Betrügers ist um so mehr gemein, als zur selben Zeit, wo er die Spargelder der kleinen Leute veruntreute und verjubelte, ein völlig unschuldiger, pflichtgetreuer Beamter, der Sparkassenrendant Schulz, Selbstmord verübte, weil die bürgerliche Gesellschaft versuchte, ihm einen Teil der Schuld aufzubürden, um dadurch die schofle Handlungsweise des 50fachen Betrügers Werner herabzumildern.

Es muß Aufgabe der Kriminalpolizei sein, die Fährte dieses Burschen intensiver zu verfolgen, um ihn möglichst schnell in „Nummer Sicher" zu transportieren.

Verhaftung des Defraudanten

Soeben erhalten wir von unserem Berichterstatter folgende Nachricht:

„Am Sonnabend, dem 7. August, wurde der Kassenpreller K. Werner von hier mit einem Barvermögen von 0,60 Mk. und einer Rechnung in Höhe von 80 Mk. (o, armer Vater), herstammend vom Hotel „Fürstenhof" in Bad Harzburg, auf dem Heuboden seines Vaters verhaftet.

Werner junior landete am Freitag, dem 6. August, nachts 3 Uhr, in Falkenberg, jedenfalls um den nötigen Elternschutz zu suchen. Er lampierte bis Sonnabend, den 7. August, auf dem Heuboden, wo ihn der Vater versandt und der hiesigen Polizei ausliefernde.

Um Sonntagsvormittag transportierte man ihn nach dem Torgauer Gerichtsgefängnis, wo er hoffentlich der gerechten Strafe entgegengehen wird."

Fürchterliche Bluttat

Aus Leuchhammer meldet das WTB.: In dem benachbarten Orte Zschornegosda schoß heute morgen der Aufseher Böhm auf die Frau eines Nachbarn, mit der er in Streit lebte und verletzte sie nicht unerheblich. Dann erschoß er seine eigene Frau und hierauf auch noch seinen Hund und beging darauf Selbstmord, indem er sich an einer Türklinke erhängte und eine Kugel in den Leib jagte.

Obdach- und Heimatlose die Opfer einer Brandkatastrophe

Wie die Zeitungen aus Prag melden, geriet dort in der Nacht zum Mittwoch ein großer Heuschober in Brand. Die Feuerwehr hatte große Mühe, das Feuer von den anliegenden Getreidefeldern abzuhalten, und sie konnte den Brand erst nach schwerer Arbeit dämmen. Bei den Aufräumungsarbeiten wurden zwölf gänzlich verkohlte menschliche Skelette aufgefunden. Es handelt sich um obdachlose Landstreicher (!!!) und auch um Wanderer, die in dem Schober übernachten wollten. Die Gerichtskommission ist der Meinung, daß es sich um mehr als zwölf Opfer handelt, doch sei es schwer, eine bestimmte Zahl zu nennen, da die Opfer vollkommen verkohlt sind.

Besser als in dieser Notiz kann der moralische Tiefstand des Bürgertums kaum erkennbar werden. Wenn man von zwölf Toten spricht, die durch das Unternehmertum brot- und obdachlos gemacht wurden und dadurch gezwungen waren, in Scheunen zu übernachten, dann sollte man das Wort „Landstreicher" nicht gebrauchen. Das Wort paßt besser für einen minderwertigen Skribifax, wie es der Verfasser der Notiz zu sein scheint.

Folgenschwerer Automobilunfall

Rothenburg o. d. Tauber, 5. August. Heute nacht um 12 Uhr stürzte eine Limousine, welche von Burgbernheim nach Uffenheim unterwegs war, auf steilen Bergstraße, die von Wildbad Burgbernheim nach dem Ort Burgbernheim führt und sich in sehr schlechtem Zustande befindet, wahrscheinlich infolge Versagens der Bremse ab. Der Wagen fiel die 20 Meter hohe Böschung hinunter und auf das Bahngleis, sich dabei mehrmals überschlagend. Von den Insassen waren sofort fünf Damen tot. Als der Wagen auf dem Gleis lag, fuhr eine Leerlokomotive in ihn hinein und schleifte ihn noch etwa 150 Meter weit, wodurch weitere zwei Personen den Tod fanden. Alle Personen waren gräßlich verstümmelt und bis zur Unkenntlichkeit entstellt.

Theater und Konzerte

Nachtvorstellung im Walhalla-Theater

Das Neuartige einer Nachtvorstellung, verbunden mit der angekündigten Pikanterie, hatte ein zahlreiches Publikum in das Theater gelockt. Auch Besucher unter 18 Jahren, denen bekanntlich der Zutritt untersagt sein sollte, waren in gewisgender Zahl vorhanden. Man hätte ihnen den Zutritt auch offen gehalten können, denn es wurde nichts geboten, was die im Pubertätsalter befindlichen hätte besonders in Erregung versetzen können. „Die Frau ohne Hemd", der erste Sketch, der über die Bretter lief, zeigte eine der sattsam bekannten harmlosen Verwechslungsgeschichten. Die Frau auf der Bühne war nicht ohne Hemd und hatte überdies auch noch ein Kleid an. Das zweite Stück, „Im Hotelzimmer", war inhaltlich besser, bot aber auch nur ein bramsiftrieter Witz, dessen Pointe darin lag, daß eine Hochstaplerin einen Ausländer unter der Beschuldigung, er habe sie vergewaltigen wollen, der Polizei übergab. Und die Pointe? Der Beschuldigte legitimierte sich als Oberscharlach aus dem Harem eines orientalischen Fürsten. „Der Tod von Joleph", das letzte Stück, ist sogar als alter „Kolauer" bekannt, konnte alle keine sonderliche Spannung hervorrufen.

Es handelte sich auch keineswegs um eine Nachtvorstellung im Sinne des Wortes. Trotz längerer Pausen leerte sich das Theater bereits eine Viertelstunde vor der Polizeistunde. Die Zeitansetzung auf Seite der Leitung. Das Publikum hatte mehr in Qualität wie Quantität erwartet, und so dürfte bei einer ähnlichen Veranstaltung die Direktion eine Enttäuschung erleben. Ta.

Internationale Ringkämpfe im Walhalla-Theater. Die Ringkämpfe im Walhalla-Theater brachten am Sonntagabend wieder spannende Begegnungen. Schon der erste Kampf, welcher die Entscheidung zwischen dem Ukrainer Omelchenko und dem deutschen Meister Grunewald brachte, gab wieder die schönsten Ringkampfbilder. In einer Gesamtzeit von einer Stunde neun Minuten siegte schließlich Grunewald durch Halsdrehung. Beim zweiten Kampf siegte Max Steinke (Stettin) und beim Holländer v. d. Born gab es wieder recht bewegte Augenblicke. Der Kampf endete mit Unentschieden. Zum Schluß traten die beiden Gleichwertigen Opitz (Naumburg) und Kochanske (Köln) zu ihrem entscheidenden Gang an. Auch hier wogte der Kampf eine lange Zeit wechselvoll hin und her, ohne ein Resultat zu bringen. Schon sollte der Gongschlag um 11 Uhr dem Kampf ein Ende machen, aber der einmal gefaßte Griff mußte durchgeführt werden, und unter größter Kraftanstrengung konnte schließlich noch Kochanske über seinen Gegner durch Eindrücken der Brücke triumphieren. — Heute, Montag, treffen sich Lappe (der deutsche Meister) gegen Lebie (Nürnberg). Ferner Europa-Meister Wehram und Kochanske (Köln). Der Hauptkampf dürfte aber der Entscheidungskampf zwischen Urbach (Köln) und dem Stettiner Steinke sein.

Solbad Wittekind. Morgen, Dienstag, früh 5/7 Uhr, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr Konzerte des Hallischen Sinfonie-Orchesters. Abendprogramm: Die Operette von „Strauß bis Lehar". Mittwoch, den 11. August, früh 5/7 Uhr, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr Konzerte des Hallischen Sinfonie-Orchesters. Abendprogramm: Deutscher Opernabend.

Solbad Wittekind. Am Dienstag gelangen durch das Hallische Sinfonie-Orchester zur Aufführung Werke: Ouverture Römischer Karneval", zwei Stücke aus „Faustes Verdammnis"; Tschaikowsky: Andante cantabile.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Krob, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

S.P.D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg. Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Leiter Sämich, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Sitzung der Ortsleitung am Dienstag, 10. August, abends 8 Uhr, im „Hallischen Hof". Alle Genossen haben zu erscheinen.

Kassenkassierstundegebung am Mittwoch, den 11. August, abends 8 Uhr, im Schillerplatz.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg und Umgegend. Dienstag, den 10. August, abends punkt 8 Uhr, in der Gastwirtschaft weiter Kurfürstenbeck. Alle nicht ganz dringend verhinderten Mitglieder müssen erscheinen. Schluß 10½ Uhr.

Querfurt. Unterbezirksleitungssitzung Montag, 9. August, abends 7 Uhr. Auch die Ortsleiter müssen erscheinen.

Bürgerstern und Großpetna. Mittwoch, 11. August, abends 8 Uhr, im Feldschlößchen weiter Kurfürstenbeck. Alle nicht ganz dringend verhinderten Mitglieder müssen erscheinen.

Zeitz. Sitzung der Unterbezirksleitung am Montag, 9. August, abends 7 Uhr. Alle Ortsleiter müssen erscheinen.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Bitterfeld. Antikriegskundgebung Mittwoch, 11. August, abends 8 Uhr, im Kaiserhof. Genosse Heinert, Halle.

Wittenberg. Mitgliederversammlung Dienstag, den 10. August, abends 8 Uhr, im „Lutherhof". Alle Genossen haben bestimmt zu erscheinen.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Montag, 9. August, abends 8 Uhr, im „Lindenhof" Gewerkschaftskartell. Wichtige Tagesordnung.

Eilenburg. Sitzung der Orts-Abteilung Dienstag, 10. August, abends 8 Uhr, im Schützenhaus. Wichtige Tagesordnung.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Eisleben. Mitgliederversammlung Mittwoch, den 11. August, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Alle Genossen haben bestimmt zu erscheinen.

Unterbezirk Merseburg-Nietleben

Merseburg. Große Funktionärsitzung Montag, den 9. August, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Alle Funktionäre haben bestimmt zu erscheinen.

Abteilung 5 (Zentrum). Dienstag, den 10. August, abends 8 Uhr, bei Köpchen, Unterberg. Funktionärsitzung.

Bölberg-Wörmlitz. Dienstag, den 10. August, abends 8 Uhr, in Schmidts Lokal, Bölberger Weg 58, Funktionärsitzung. Material abrechnen.

Bölberg-Wörmlitz. Freitag, den 13. August, abends 8 Uhr, bei Rauschenbach, Gasthof Wörmlitz, Mitgliederversammlung. Alles hat zu erscheinen.

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Montag, den 9. August, abends 7½ Uhr, große Funktionärversammlung beim ersten Kassierbenden.

Merseburg. Dienstag, den 10. August, Umzug des Spielmannszuges mit Plakaten um 7½ Uhr.

Merseburg. Mittwoch, den 11. August, große öffentliche Jungfrauen-Kundgebung in der „Junkenburg".

Merseburg. Freitag, 13. August, Nachtausmarsch. Antreten 7½ Uhr „Stadt Leipzig".

Merseburg. Sonntag, den 15. August, Pflichtausmarsch nach Naumburg-Freyburg. Abfahrt 6.30 Uhr. Zug.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Donnerstag, 12. August, abends 8 Uhr, Vorstandssitzung im „Lindenhof".

Delitzsch. Freitag, 13. August, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Lindenhof".

Gräfen. Am Dienstagabend pünktlich 5/8 Uhr findet die gesamte Ortsgruppe an der Straßenkreuzung Kühlo-Gräfenhain (Linde) zum Einüben des Sprechchors zum Roten Tag. Alles muß erscheinen. Spielleute ohne Instrumente.

Unterbezirk Mansfeld (Seekreis)

Am Sonntag, den 15. August, findet eine Unterbezirkskonferenz statt. Zu erscheinen haben alle Vorsitzenden der Ortsgruppen des Unterbezirks Mansfeld. Lokal und Ort wird noch bekanntgegeben.

Zeppenhof. Freitag, den 13. August, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung. Thema: Gegen imperialistische Kriege. Teilnehmen haben der gesamte Werbebezirk Hohnstedt und der Werbebezirk Leitin.

Unterbezirk Sangerhausen

Blankenheim. Mittwoch, den 11. August, abends 8 Uhr, findet im Gasthof „Zum Eichgarten" eine Mitgliederversammlung statt. Alle Kameraden vom Werbebezirk Sangerhausen haben zu erscheinen.

Artern. Montag, 9. August, abends 8½ Uhr, Monatsversammlung im Goethehaus. Artern. Donnerstag, den 12. August, abends 7½ Uhr, Antreten am „Anker" zum Pflichtausmarsch. Musikkapelle zur Stelle.

Unterbezirk Bitterfeld

Gräfenhainichen. Mittwoch, den 11. August, abends 8 Uhr, öffentliche Werbeversammlung. Referent angesagt.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Mittwoch, den 11. August, abends 8 Uhr, im „Lindenhof" Gruppenabend (Gegen den imperialistischen Krieg).

Unterbezirk Wittenberg

Wittenberg. Donnerstag, 12. August, 8 Uhr, auf dem Schloßplatz Volkstänze.

Piesteritz. Alle in der Roten Jungfront organisierten Genossen nehmen an der Versammlung am Mittwoch teil.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Bundesleitung (Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtig. Kameraden [illegible] 11 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 5 bis 8 Uhr sowie jeden [illegible] im Monat von 5 bis 8 Uhr verzeichnen für die gesamte Mitgliedschaft. [illegible] Bund Dölcher, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. Telephon 9012.

Untergau Halle-Saalkreis

Abteilung 1 (Osten). Montag, 9. August, bei Lole Funktionärsitzung. [illegible] Tagesordnung. Erscheinen ist Pflicht.

Abteilung 2 (Süden), 3. Kameradschaft. Montag, 9. August, abends 8 Uhr, [illegible] Pflichtversammlung.

Abteilung 3 (Süden), 3a Kameradschaft. Montag, 9. August, abends 8 Uhr, [illegible] Pflichtversammlung.

Abteilung 5 (Zentrum), 15. Kameradschaft. Montag, 9. August, abends [illegible] bei Köpchen, Unterberg. Versammlung.

Abteilung 4 (Norden), 16. Kameradschaft. Montag, 9. August, abends 8 Uhr, [illegible] Pflichtversammlung im Restaurant „Lüderitzberg". Erscheinen ist Pflicht.

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg

Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Heute, 6 Uhr, Gruppe Zentrum im Bureau zur Besprechung der Zehnerführer.

Halle. Montag Unterbezirksleitungssitzung pünktlich 5/8 Uhr in der Jugendherberge (Mönchgarten). Gruppenleitungen müssen restlos vertreten sein.

Mittwoch von 7 Uhr an Spielen auf der Peißnitz.

Donnerstag Gruppe Süd 5/8 Uhr in Loeks Hof Gruppenabend. Thema: Warum muß sich ein Jungarbeiter organisieren. Referent: Genosse Vogel. Erscheinen pflichtig.

Ammendorf. Dienstag, den 10. August, Diskussionsabend (Sozialistischer Aufbau in Rußland).

Freiroda. Donnerstag, 12. August, findet in Freiroda eine Gründungsversammlung statt. Die Genossen der umliegenden Ortsgruppen müssen unbedingt erscheinen.

Modelwitz. Mittwoch, den 11. August, abends 8 Uhr, im Lokal Landesgrenze Jungarbeiterschule. Alle Genossen der Ortsgruppen Modelwitz, Cursdorf, Schleudig und Zetzsche müssen unbedingt erscheinen.

Bund der Freunde der JAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg

Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Halle. Die August-Nummer der „Arbeiterhilfe" ist eingetroffen. Wir bitten die Kassierer, dieselben vom Bureau abzuholen.

Eilenburg. Dienstag, den 10. August, abends 7½ Uhr, in der „Stadt Leipzig" Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Sendershausen, Bitterfeld. Erscheinen jedes Mitgliedes ist Pflicht.

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27

(Volkspark) ca. 5000 Bände stehen allen organisierten Arbeitern und Angestellten zur Verfügung.

Geöffnet Dienstag und Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr

Büchervorschläge zu haben in der Volksbuchhandlung, Harz 42/44

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260809-16/fragment/page=0010